

Stenografisches Protokoll

- Endgültige Fassung* -

der 33. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 10. Februar 2011, 10.00 Uhr
Europasaal im Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

Zeugenvernehmungen

Seiten

1 - 79

- Herr Prof. Dr. Kurt Schetelig
gemäß Beweisbeschluss 17-188
- Herr Dr. Thomas Diettrich
gemäß Beweisbeschluss 17-155

* Hinweis:

Die Korrekturen der Zeugen Prof. Dr. Kurt Schetelig (siehe Schreiben vom 2. März 2011, Anlage 1) und Dr. Thomas Diettrich (siehe Schreiben vom 20. Februar 2011, Anlage 2) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 10.37 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Professor Schetelig, ich glaube, wir sind jetzt tatsächlich so weit, dass wir beginnen können mit unserer öffentlichen Sitzung.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Prof. Dr. Kurt Schetelig
gemäß Beweisbeschluss 17-188

Herr Dr. Thomas Dietrich
gemäß Beweisbeschluss 17-155

Ich will vor Eintritt in die Tagesordnung - - Wir haben gar keine Medien da heute bis auf wenige Zuschauer. Wenn denn Medien da sein sollten, dann bitte ich, Ton- und Filmaufnahmen zu unterlassen während der öffentlichen Beweisaufnahme. Ich will noch mal androhen, dass das nicht nur Verweis aus dem Haus, sondern auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann, und ich erinnere all unsere Zuhörerinnen und Zuhörer - unsere zwei Zuhörerinnen - auf der Besuchertribüne, dass es nach einem Beschluss des Ältestenrates des Deutschen Bundestages vom 16. September 1993 nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen, und auch die Nutzung von Mobiltelefonen ist während der gesamten Sitzung nicht gestattet.

**Vernehmung des Zeugen
Prof. Dr. Kurt Schetelig**

Herr Professor Schetelig, ich begrüße Sie sehr, sehr herzlich nun auch offiziell und von dieser Stelle zu unserer Ausschusssitzung, und ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-188, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Ich muss Sie nun belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen,

was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Konsequenzen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder eines Dienstvergehens, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin - die Kolleginnen und Kollegen -, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie bis jetzt hierzu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Nein. - Dann darf ich nach diesen notwendigen Vorbemerkungen Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und möchte Sie fragen, ob die bei Ihrer Ladung verwandte Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Zunächst, Frau Vorsitzende, vielen Dank für die freundliche Begrüßung.

Mein Name ist Kurt Schetelig. Die Adresse, [REDACTED] ist nach wie vor gültig. - Sollte ich noch etwas zum beruflichen Werdegang oder so etwas sagen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Nein. Jetzt, im Moment, verraten Sie uns zunächst bitte nur noch, wie alt Sie sind.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ach so.
74.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: 74. Vielen Dank. - Dann würden wir jetzt tatsächlich die Vernehmung zur Sache beginnen.

Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock in Gorleben untertägig und keinen anderen Standort daneben mehr obertägig zu erkunden, irgendwelche Manipulationen gegeben hat.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. - Bitte schön.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, das erscheint mir zweckmäßig, um meine Beteiligung an verschiedensten Stellen überhaupt erst mal deutlich zu machen, damit Sie, also die Ausschussmitglieder, das dann beurteilen können.

Das Erste: In den 70er-Jahren war der Auftrag von der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, kurz DWK, an Lahmeyer International, eine erste Phase allgemeiner Art der Baugrunderkundung, primär aus geologischer Sicht, im Hinblick auf das damals geplante Endlagerzentrum oder Wiederaufbereitungsanlage durchzuführen. Das betraf etwa 30 Aufschlussbohrungen, Spülbohrungen und Rammkernbohrungen bis maximal 100 Meter Tiefe. Diese Grenze ist in Deutschland weitgehend durch das Bergrecht bestimmt.

Ich sage das deswegen: Es gab parallel ein zweites Programm, das wurde von dem Büro Professor Pickel durchgeführt, das sogenannte Hydrogeologie-Programm. Das hatte das Ziel, das hydrogeologische Umfeld des Salzstockes zu erkunden, und tat dies mit Bohrungen, die bis in den Salzstock gerade hereinreichen. Die eigentliche, primäre Salzstockerkundung selbst, also gewissermaßen das Innere, sein Gefüge und sein mechanisches Verhalten, war, wenn meine Erinnerung mich nicht trügt, damals ausschließlich in den Händen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bzw. dann später der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Diese beiden Institutionen haben auch diese Untersuchungen selbstständig durchgeführt - soweit mir bekannt ist - und auch alle Unterlagen bekommen, die für diese Entscheidungen von den - - relevant sein könnten, soweit sie von irgendwelchen Auftragnehmern erarbeitet worden sind. Mit

anderen Worten: Es ist zwar so gewesen, dass zwischen diesen drei Gruppen - sage ich mal -, also Lahmeyer auf der einen Seite, Pickel auf der anderen Seite und dann der Bundesanstalt, es von Anfang an einen Austausch der Informationen gab; aber übergeordnet war sozusagen die strenge, strikte Aufgabentrennung. Das war in den 70er-Jahren.

Ich bin ja dann Ende 1979 bei Lahmeyer ausgeschieden. Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, wann diese Arbeiten zu Ende geführt worden sind. Sie betrafen die Ausschreibung, die Planung und die Bauüberwachung und auch eine gewisse Auswertung.

Ende 1979 wechselte ich an die TU Darmstadt, hatte also dann zunächst mit dem Lahmeyer-Auftrag gar nichts mehr zu tun, wurde aber kurze Zeit später von Professor Simons, dem Leiter des Instituts für Bodenmechanik und Grundbau an der TU Braunschweig, noch mal zugezogen, sozusagen für den Geologiepart, für seine Bearbeitungen im Auftrage der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Das war vor allem eine differenzierte, zusammenfassende Auswertung der Bohrungen der DWK bzw. Lahmeyer, der Bohrungen Pickel und Bohrungen, die das Institut für Grundbau und Bodenmechanik im Auftrag der PTB selber durchgeführt hatte. Das ist zusammengeführt worden in einem Bericht vom März 1983, von dem ich hier sozusagen im Archiv noch einen Entwurf gefunden habe.

Im Großen und Ganzen endete damit die Tätigkeit für Gorleben. Weil es bestimmte Abhängigkeiten gab zwischen den verschiedensten Arbeitsgebieten, hat sich damals schon die Frage „Eignung Salzstock, Eignung für die Übertageeinlagerung“ etwas einander angenähert. Ich darf vielleicht die Hauptpunkte nennen; dann können Sie das auch erkennen, worauf sich das bezieht.

Aus den ersten Ausarbeitungen der, ich sage mal, 70er-Jahre oder bis 1980 war nicht klar zu erkennen, ob es für große Industrieanlagen aufgrund der in Teilbereichen sehr komplexen geologischen Verhältnisse und angesichts der zum Teil sehr schweren Lasten, die in den Untergrund eingetragen werden sollten, zu unterschiedlichen Setzungen kommen könnte, die entweder ganz besondere Maßnahmen erfordern würden oder gegebenenfalls kaum mehr beherrschbar wären. Insbesondere bezog sich das darauf, dass die Untergrenze der horizontal liegenden Elbesedimente in der ersten Phase noch

nicht mit der für diese Frage wünschenswerten Genauigkeit definiert werden konnte.

Die zweite Frage betraf mögliche Orte und mögliche Intensitäten von Salzablauungen im Bereich des Standortes oder, umgekehrt, die Frage nach - - bzw. dem Ort möglicher Salzhebungen oder andersartiger Verformungen des Salzstocks, die gegebenenfalls bis in die Gegenwart andauern könnten. Die dritte, mehr im Detail war - brauche ich aber - - wollte ich jetzt nur der Vollständigkeit halber erwähnen -, das war eine Erklärung für die Sonderform: das sogenannte Weiße Moor.

Was außerdem noch anstand in den 80er-Jahren, war ein Auftrag an Herrn Simons, bei dem ich dann auch mitgewirkt habe, über die Untersuchung - eine Ersterkundung, eine ganz allgemeine Ersterkundung - von acht Alternativstandorten. Auch diese Untersuchung bezog sich primär bei dem Auftrag an uns auf die Übertageanlagen.

Auf der anderen Seite hatten wir immer das Gefühl, dass ein Alternativstandort nur dann infrage kommt, wenn darunter auch im Prinzip ein Endlager möglich wäre. Es handelte sich nach den Unterlagen, die ich noch gefunden habe, um acht Alternativstandorte. Auf Wunsch könnte ich diejenigen, die ich weiß, nennen. Es waren allgemeine Erkundungen, die lediglich die Unterlagen auswerteten, die allgemein verfügbar waren. Eine intensive Ortsbegehung hat stattgefunden, aber es sind keinerlei Bohrungen oder geophysikalische oder sonstige Untersuchungen durchgeführt worden. Und die Unterlagen, die ich davon noch habe, beziehen sich hauptsächlich auf die Frage der Seismologie, also der Erdbebengefährdung.

Vielleicht noch eine allgemeine Frage zu den alternativen Standorten bzw. alternativen Wirtsgesteinen. Diese Untersuchungen beinhalteten keine Alternativbetrachtung der Vor- und Nachteile von Salzkristallin¹, Tonstein oder anderen Materialien. Die ist in dem Bereich, in dem ich tätig war, auch nie durchgeführt worden. Ich möchte aber sagen: Es hat in jener Zeit, also Anfang der 80er-Jahre, auf nationaler und internationaler Ebene einen sehr intensiven Austausch gegeben zwischen den beteiligten Fachleuten. Amerikaner haben hierzulande in mehreren Vorträgen die Ideen der USA vorgetragen, Franzo-

sen haben Cap de la Hague erläutert, die Schweden ihre Konzeption und die Schweizer.

Nur der Vollständigkeit halber: Ich war einerseits nur als Korreferent bei einer Untersuchung, letztlich einer Doktorarbeit, in Frankreich beteiligt, die vor allem die Dichtigkeit des Endlagers im Kristallin im Hinblick auf die Transurane und im Hinblick auf gasförmige Belastungen betrachten sollte. Und eine etwas anders gelagerte, aber im Prinzip ähnliche Frage war ein deutsch-amerikanisches Vorhaben, was zwischen der RWTH Aachen, wo ich dann ab 1990 war, und der Berkeley-Universität in Kalifornien lief. Das hatte aber wahrscheinlich primär einen anderen Hintergrund. Es bezog sich nicht - oder nur untergeordnet - auf Endlagerfragen; es zielte wohl mehr darauf, dass nach Meinung der entsprechenden Fachleute aus dem Öl- und Gassektor etwa - es wird geschätzt - zwischen 30 und 90 Prozent unserer Gaslagerstätten von der Dichtigkeit des Salzes abhängen. Und es zielte darauf, nach Möglichkeit diese Gasdichtigkeit von Salzschiechten näher zu quantifizieren. - Ich glaube, das wäre erst mal genug.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank, Herr Professor Schetelig, für diese einführenden Ausführungen. - Ich würde jetzt mit meinen Fragen gern beginnen.

Können Sie bitte noch mal sagen - - Die Firma Lahmeyer führte im Auftrag der DWK, wie wir wissen, Untersuchungen in der Region Gorleben durch. Könnten Sie freundlicherweise noch mal im Detail sagen, was das für Untersuchungen waren, und insbesondere auch, welche Erkenntnisse denn im Rahmen dieser Untersuchungen entsprechend dem Auftrag gewonnen werden sollten?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja. -

Also, der Auftrag umfasste die schon vom Auftraggeber, also der DWK, ins Auge gefassten rund 30 Bohrungen. Die haben wir damals einfach sozusagen übernommen, und es schien uns eine angemessene Zahl für eine Ersterkundung. Das waren etwa zur Hälfte einfache Spülbohrungen, bei denen mit einem relativ billigen, raschen Bohrvorhaben die Bohrungen abgeteuft werden können, aber der Probengewinn relativ bescheiden, also sehr bescheiden ist.

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Salzkristallin“, setze „Salz, Kristallin“, Anlage 1

Die zweiten waren wesentlich teurere, sogenannte Rammkernbohrungen, die hochwertige Proben lieferten. Aber Lahmeyer hat kein eigenes Labor, und diese Proben sind dann auch - außer der allgemeinen Ansprache von Lahmeyer - nicht weiter bearbeitet worden, sondern - ja, ich weiß das im Einzelnen nicht, ich nehme aber an - die sind dann letztlich an das Institut für Bodenmechanik und Grundbau nach Braunschweig gegangen - das war ja sozusagen der nächste Ort - und dort weiter untersucht worden.

Das Ziel war - ganz klar -, die Eignung des Standortes im Hinblick auf ausgedehnte, große Industrieanlagen, wie sie für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen notwendig gewesen wäre, zu prüfen. Das heißt also vor allem: Ist eine genügend setzungsarme Gründung möglich, vor allem eine Gründung, bei der schädliche, unterschiedliche Setzungen oder Setzungsunterschiede mit der gebotenen Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden können? Das war das eigentliche Ziel. Dieses Ziel ist zu wichtigen Punkten, so wie ich das einschätze und wie das auch in dem nachfolgenden Bericht von 1983 vom Institut in Braunschweig geschildert wurde, erreicht worden, aber nicht in allen Punkten. Die Punkte, die ich vorher genannt hatte, konnten nur näherungsweise beantwortet werden, also nicht mit der für ein Ingenieurbauwerk erforderlichen Zuverlässigkeit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine Nachfrage: Könnten Sie sagen, wie tief diese Bohrungen waren? Und könnten Sie sagen, ob im Rahmen dieser Bohrungen Aussagen über die Eignung des Salzstockes selbst getroffen werden konnten?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Zunächst waren die Bohrungen maximal 100 Meter; sie waren im Großen und Ganzen also 50 bis 100 Meter tief, wenn ich mich richtig erinnere. Der Bericht selber - - der liegt mir nicht vor, und so genau ist natürlich auch die Erinnerung nicht mehr an diese Zeiten. - Einen Moment noch mal - - Ihre - - Können Sie es noch mal?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine Frage war, ob Sie den Salzstock selbst damit beurteilen konnten.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ach so, ja. Ich weiß schon. Also, eine direkte - - Die

Bohrungen endeten also mindestens 200 Meter oberhalb des Salzstockes. Und allein schon aus dieser Differenz ist ja ersichtlich, dass eine wirklich fundierte Aussage zum Salzstock auf diesem Wege überhaupt nicht möglich war; war auch nicht angestrebt. Das war ja Aufgabe der anderen Partner.

Auf der anderen Seite ist schon mit diesen - sage ich mal - oberflächennahen Bohrungen, vor allem mit den Rammkernbohrungen, deutlich geworden, dass in Teilbereichen des Standortes ziemlich komplexe Lagerungsverhältnisse herrschen, wie sie von Anfang an vermutet worden waren, und zwar als Folge vor allem der Saaleeiszeit. In der Saaleeiszeit hat ja eine Eisdecke von etwa 2 bis 400 Meter² Mächtigkeit - die Schätzung stammt von mir - über dem Standort gelegen, im Maximum. Dieses Eis ist von Skandinavien kommend über diesen Standort hinweggewandert und kam erst sozusagen am Nordrand der Mittelgebirge zum Stehen. Und dieses Eis führte zu einer starken Schubbewegung, Bewegungen vor allem an der Fuge zwischen dem gefrorenen Boden und dann dem nicht mehr gefrorenen Untergrund. Der lag dort, nach allem, was wir heute wissen, in rund 150 Meter Tiefe und führte dann zu sehr steilen bis zu vertikalen Aufschuppungen der tertiären Deckschichten. Und diese komplexen Lagerungsverhältnisse, die sind, wenn Sie so wollen, ansatzweise, aber doch sehr deutlich vor allem im Nordbereich des Standortes damals sehr, sehr früh, sage ich mal, entdeckt worden. Aber, wie gesagt, das bezog sich primär auf den Baugrund.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Waren Sie während dieser Tätigkeiten in Gorleben der Vorgesetzte von Herrn Dr. Thomas Diettrich?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie mit ihm vor Ort dann auch tatsächlich gearbeitet, gegebenenfalls mit weiteren Mitarbeitern? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich war damals Leiter der Abteilung Geologie, und der Herr Dr. Diettrich war - sage ich mal - der maßgebliche Sachbearbeiter - man könnte

² Richtigstellung des Zeugen: streiche „2 bis 400 Meter“, setze „200 bis 400 Meter“, Anlage 1

auch sagen: Projektleiter oder so -, der also die wesentlichen Arbeiten sowohl im Büro damals in Frankfurt als auch vor Ort gemacht hat. Aber ich war sozusagen bei den wichtigsten Koordinations - - bei den wichtigen Koordinationssitzungen war ich meines Wissens immer dabei. Wir haben naturgemäß laufend die Ergebnisse ausgetauscht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben einen Artikel vorliegen aus der *Frankfurter Rundschau* vom 20.05.2010. Da beschreibt Herr Dr. Diettrich seine damalige Aufgabe wie folgt; er sagt:

„Mein Job war damals, die Daten ... aus Geotechnik, Hydrologie und menschlichen Verhaltensmustern in mathematischen Modellen zu erfassen, um die dauerhafte Sicherheit eines möglichen Endlagers bewerten zu können“ ...

Ehrlich gesagt, kriege ich das jetzt nicht zusammen mit dem, was Sie uns gerade erklärt haben. Könnten Sie das noch mal erläutern? Könnten Sie mir sagen, wie diese unterschiedlichen Aufgaben, die ich jetzt verstanden habe, auf der einen Seite das, was Herr Diettrich der Zeitung sagt, auf der anderen Seite das, was Sie uns jetzt hier gerade erläutert haben bezüglich der Geeignetheit des Baugrundes, wie man das zusammenbringen kann?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja. Also, mir ist diese Aussage bekannt. Ich kann sie in dieser Form auch nicht nachvollziehen. Sie werden ihn ja dann anschließend befragen. Einmal weiß ich nicht, ob nicht vielleicht in anderer Form es noch Aktivitäten von Herrn Dr. Diettrich damals gab, ob er in irgendeiner Form später zu anderen Aufgaben zugezogen wurde oder ob das gewissermaßen - sage ich mal einfach - seine persönlichen Empfindungen gewesen sind. Aber rein formal war nach dem Vertragstext und nach der Art und Weise, wie dieser Auftrag erfüllt wurde und wie es sich auch in allen nachfolgenden Unterlagen für mich darstellt, der Auftrag ausschließlich auf die - sage ich mal - vergleichsweise oberflächennahe Baugrunderkundung begrenzt, und Lahmeyer hatte keinen Auftrag, zur Sicherheit des Endlagers Stellung zu nehmen.

Natürlich ist in Fachkreisen diese Frage weithin diskutiert worden. Ob da ein anderer Auftrag noch hineingespielt haben

könnte - - Lahmeyer hat noch einen Auftrag bekommen, zur Sicherheitsstudie des schwedischen Endlagers Stellung zu nehmen. Das war gleichzeitig. Diesen Auftrag hat auch der Herr Dr. Diettrich erledigt und den entsprechenden Bericht im Wesentlichen selbstständig geschrieben. Ich kann nicht ausschließen, dass gerade bei diesen Fragen im Zusammenhang mit dem gedachten schwedischen Endlager solche Fragen wie - Sie sagten gerade - menschliches Verhalten und dergleichen eine Rolle gespielt haben oder - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Schweden, nicht Gorleben!)

- Bitte?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Fahren Sie doch weiter fort.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ach so. - Also, ob das eine Rolle gespielt hat, kann ich nicht sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie sagen aber, dass im Rahmen dessen, was Sie überblickt haben im Rahmen Ihrer Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Diettrich, Sie mir das jetzt auch nicht weiter erläutern können.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein, kann ich nicht weiter erläutern. Ich meine, ich habe das schon gewusst, dass der Herr Dr. Diettrich zu dem Gesamtvorhaben eine etwas kritische Stellungnahme hatte. Aber das hat aus meiner Sicht und, soweit ich das beurteilen konnte, in keinsten Weise sich auf die Qualität oder die Intensität seiner Arbeit oder die Aussagen im Bericht in irgendeiner Weise ausgewirkt. Also, da habe ich keinerlei Einwendungen gehabt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: In dem Artikel, den wir eben gerade schon mal zitiert haben, gibt Herr Dr. Diettrich an, dass DWK-Verantwortliche ihn und seine Kollegen angewiesen hätten, nur die besten Zahlen auszuwählen, und er sagt darüber hinaus, einmal habe ein Sicherheitsbeauftragter, der die Experten an ihrem temporären Wohnort in Lüchow-Dannenberg betreute, sogar die wissenschaftliche Diskussion im Fachkollegenkreis zu den Messergebnissen untersagt. Da würde ich gerne von Ihnen wissen: Haben Sie damals jemals von DWK-Verantwortlichen ähnliche Anweisungen bezüglich

von Messergebnissen bekommen, die erhoben worden sind?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Auch dazu, muss ich sagen, ist mir im Zusammenhang mit der Abwicklung des Auftrages durch die DWK in keiner Weise etwas bekannt. Man sollte vielleicht dazu Folgendes sagen: Es ist natürlich kein Bauherr und kein Auftraggeber davon begeistert, wenn ihm der Auftragnehmer auch eine Fülle von sehr ungünstigen Ergebnissen mitteilt; das ist nun mal so. Aber in der Form, wie das hier in dem Zeitungsartikel formuliert worden ist, habe ich das in keinsten Weise verspürt, kann das auch nicht nachvollziehen.

Ich möchte vielleicht, um das auch in einem anderen Rahmen zu sehen - - Wir hatten damals von Lahmeyer aus zwei andere Projekte. In dem einen war nur ich involviert, bei dem anderen war in der Zeit vorher auch Herr Dr. Diettrich involviert gewesen, wo man schon eher von so was sprechen kann. Aber ich sage vorweg: Man muss auch vielleicht die Finanzinstitutionen und man muss die Auftraggeber verstehen.

Das, was mir bis heute am meisten in Erinnerung ist und was ich meinen Studenten in Darmstadt und Aachen immer erzählt habe, worauf sie sich einstellen müssen, das war ein enormer Druck, über den damals die Deutsche Bundesbahn klagte, der sozusagen vom Haushaltsausschuss hier des Bundestages ausgeübt worden sei. Uns war allen klar - einschließlich der Bundesbahn -, dass der Haushaltsausschuss nicht das Geld hatte, was die Bahn gewünscht hatte. Aber das hatte immerhin zur Auswirkung, dass die Bahn ganz massiv gezwungen war, auf der einen Seite selbst darüber nachzudenken, und mit uns als Auftragnehmer - - wir unter einen, ja, sagen wir doch, Druck gesetzt wurden, wie ich ihn niemals vor- und nachher verspürt habe, ob man nicht die Sicherheitsanlagen der Bahn reduzieren könnte, um Kosten zu sparen. Das hat mich damals selber sehr beeindruckt, und der Eindruck reicht bis heute.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Schetelig - -

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Und bei einem zweiten Beispiel, da ging es um ein Grundwasserwerk, was wir gebaut hatten. Da war von zahlreichen Seiten der Politik, als es darum ging, das Wasserrecht festzuset-

zen und das Grundwasserschutzgebiet auszuweisen - - ist von verschiedensten Ebenen massiver Druck ausgeübt worden auf den Zweckverband, nach Möglichkeit auf die Festlegung von Wasserrechten und Wasserschutzgebiete zu verzichten. Das hatte immerhin mehrjährige Prozesse zur Folge, die bis zum Oberverwaltungsgericht von Rheinland-Pfalz gingen. Das hat mich damals sehr viel beeindruckt, weil ich auch da in verschiedenster Weise selbst involviert war. Gemessen daran, was sicherlich, wenn es so etwas gegeben hat, das hier bei der DWK - ich sage jetzt mal - vergleichsweise geringfügig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau das wollen wir ja herausfinden. Dass es haushalterische Zwänge gibt, das kennen wir heute, ehrlich gesagt, immer noch. Sicherheitskriterien bei der Bahn ist auch ein Thema. Das alles aber erörtern wir nicht in diesem Ausschuss, -

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein, das ist mir schon klar.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - sondern dieser Ausschuss möchte tatsächlich wissen, wie das denn war mit der Erkundung von Gorleben, wie es zu der Festlegung auf diesen Standort kam und ob es in diesem Zusammenhang Manipulationen gegeben hat, ob es die Unterdrückung von Ergebnissen gegeben hat. Da wirft ja Herr Dr. Diettrich massiv Vorwürfe in die Diskussion ein, indem er sagt, es hätten nur die besten Zahlen ausgewählt werden dürfen und es sei untersagt worden, im Fachkollegenkreis zu Messergebnissen zu diskutieren. Ich würde jetzt von Ihnen gerne wissen, ob Sie das bestätigen können, ob Sie darüber wissen, würde gerne fragen: Hat es denn überhaupt Diskussionen unter Fachkollegen gegeben, und wie ist man denn mit den Ergebnissen solcher Diskussionen umgegangen?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, die Ergebnisse - - Diese Diskussion hat es gegeben, und es ist ein Ergebnis vorgelegt worden. Aber wie ich vorhin schon ausgeführt hatte, hat dieser Abschlussbericht ja mit einer Reihe von offenen Fragen geendet, und diese offenen Fragen waren ja dann der Anlass für die zweite Erkundungsphase, die sich sehr viel intensiver mit den Fragen der

Lagerungsverhältnisse befasste und im Wesentlichen in den Jahren 81/83 durchgeführt wurde, unter der Regie - wie gesagt - dieses Instituts für Grundbau und Bodenmechanik, an dem ich dann allerdings von Darmstadt her sozusagen als Subunternehmer mitgewirkt habe. Aber das war ja der Anlass. Wenn das Gutachten, das erste, völlig ausreichend gewesen wäre, dann hätte man sicherlich - gehe ich mal davon aus - kein zweites angeschlossen. Aber das ist nicht etwa - das muss man auch dazu sagen - Lahmeyer konnte sicherlich aufgrund der damaligen Randbedingungen nicht mehr machen als das, was sie in diesen ersten Ergebnissen zusammengestellt haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Frage ist jetzt eben tatsächlich ja nur, ob die Ergebnisse, die sie festgestellt haben, ungefiltert weitergegeben worden sind oder aber ob sie, wie Herr Dr. Dietrich der *Frankfurter Rundschau* gesagt hat, eben gefiltert worden sind, um das so zu sagen, also dass eben nur die besten Ergebnisse weitergegeben worden sind und dass untersagt worden ist, in kritischen Diskussionen nicht so gute Ergebnisse aufzuarbeiten bzw. dann ja auch letztendlich in Berichte einfließen zu lassen.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Das kann ich eigentlich aus zwei Gründen nicht nachvollziehen. Der erste Grund - - Gut, ich habe vielleicht die Endfassung des Berichtes nicht mehr gesehen, und ich kenne ihn jetzt auch nicht. Aber er wird ausreichend zitiert, und auf die Ergebnisse wird in den nachfolgenden Berichten eingegangen, sodass ich mir also gut vorstellen kann, wie die Ergebnisse von dem - sage ich mal - Bericht Lahmeyer dargestellt wurden.

Der zweite Punkt. Die Ergebnisse sind ja nicht nur in diesen Berichten dargestellt worden, sondern es hat ja - ich sage jetzt mal - eine Vielzahl von kleineren und größeren Veröffentlichungen, Vorträgen und dergleichen gegeben, wo von verschiedensten Institutionen die Situation um den Salzstock Gorleben dargestellt wurde - ich nehme auch an, auch im Ausland. Aber das tut jetzt nichts zur Sache. Die Fragen, die die eigentliche Eignung des Salzstocks betreffen, sind - so wie mir bekannt ist - von Anfang an in aller Deutlichkeit von den Autoren angesprochen worden. Also - ich sage jetzt mal -, es ist natürlich zu berücksichtigen, das liegt jetzt alles schon ein bisschen zurück, und ich

kann vielleicht nicht mehr ganz genau entscheiden: Was habe ich in den 70er-Jahren gewusst, was hat sich ereignet, und was in den 80ern?

Aber die Frage: Was ist die Ursache des Salzes im Grundwasser? Wie ist die Salzwasser-/Süßwassergrenze zu interpretieren? Wie sind gewisse Salzgehalte in den umliegenden Wässern zu interpretieren? Welches Problem kann sich aus dem Carnallit ergeben? Wie sieht es aus, wenn die Temperaturen in dem Salzstock steigen? Wie ist der Kontakt zwischen den sandigen Kiesen der Saale-Eiszeit direkt am Salz in der sogenannten Gorleben-Rinne zu interpretieren? Also, das nur als Beispiel. Diese Fragen sind meines Wissens ganz, ganz früh sehr breit in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Das sind ja sozusagen die Fragen - wenn Sie so wollen -, die bis heute im Raum stehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Konnten Sie diese Fragen aus Ihren eigenen Erkenntnissen im Rahmen Ihrer eigenen Tätigkeiten am Salzstock mit beantworten oder Diskussionsbeiträge liefern - ,

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - oder ist das, was Sie uns jetzt sagen, referiert aus dem, was in der wissenschaftlichen Community so diskutiert wurde?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, das ist sozusagen referiert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann frage ich Sie noch mal in Bezug auf das, was wir in der *Frankfurter Rundschau* lesen können, nämlich Dr. Dietrich wirft nicht nur vor, dass Zahlen möglicherweise geschönt worden seien, sondern er sagt, die Vorgesetzten hätten auch Warnungen vor Gefahren durch Tongesteine im Deckgebirge unterdrückt, und dann wird weiter ausgeführt, dass es im Jahre 1987 tatsächlich beim Abteufen des Schachtes zu einem Unfall kam und dass letztendlich sieben Arbeiter verletzt wurden, einer davon tödlich. Also, der Vorwurf ja tatsächlich, dass seine Vorgesetzten - Sie haben eben gesagt, dass Sie das gewesen seien - Warnungen vor Gefahren durch Tongesteine im Deckgebirge unterdrückt hätten. Waren Ihnen diese geologischen Formationen, also diese quelfähigen Tonge-

steine im Untergrund bekannt? Hat Ihnen Herr Dr. Diettrich darüber berichtet, und wie sind Sie mit diesen Erkenntnissen umgegangen?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Zunächst muss ich mal feststellen, Gefahren aus dem Tongestein ist in diesem Falle sicherlich keine - jetzt sage ich mal - richtig zutreffende Beschreibung. Wenn man mit den Rupeltonen zu tun hat, wie sie dort in großem Umfang den Salzstock umschließen - - und der Umstand, dass in großem Maße der Salzstock Gorleben von den oligozänen Rupeltonen umschlossen wird, ist ja sozusagen ein wichtiger Aspekt, der - jetzt sage ich mal - für seine Eignung spricht, weil das natürlich die beste Abdichtung ist, die man bei einem Salzstock überhaupt erwarten kann.

Der zweite Punkt ist, dass diese Tongesteine, vor allem wenn sie sogenannte quellfähige Tonminerale enthalten, und das ist bei diesen Rupeltonen in wechselndem Maße und an wechselnden Orten meistens der Fall - zumindest wissen wir das heute; damals hat man das vielleicht noch nicht in dem Umfang gewusst; aber heute wissen wir das, und es war im Prinzip von anderen Gegenden bekannt, dass man damit rechnen muss - - dann muss man sich darauf einstellen. Ich weiß auch, dass es diesen Unfall gegeben hat. Ich war zu der - - Ich hatte nichts mit diesem Schacht zu tun, kann Ihnen also auch nichts weiter zur Ursachenforschung oder zur Ursachenklärung für diesen Unfall beitragen.

Aber man muss dazu sagen, dass Tongesteine in größeren Tiefen grundsätzlich besondere Untersuchungen erfordern und deren Eigenschaften zum Teil besonders geschätzt werden. Deswegen sind ja die Tongesteine, auch gerade deren Quelleigenschaften, mit als mögliches Wirtsgestein von verschiedensten Seiten diskutiert worden - ich weiß nicht, ob sie das heute noch werden; aber ich nenne mal die Schweiz -, sowohl als Gestein, um unmittelbar Schadstoffe zu umschließen, als auch als geologische Barriere. Diese Erfahrungen müssen schrittweise für jeden Standort, in dem diese Problematik ansteht, neu untersucht werden. Ich habe mich später, also in den 80er-Jahren, in Darmstadt zusammen mit dem Kollegen Franke sehr intensiv dieser Probleme angenommen. Wir meinen, dass wir da einen Beitrag haben leisten können, um dieser

Klärung näherzukommen. Das Gleiche gilt für einige amerikanische und britische Kollegen. Aber man muss sagen: Die Frage der Tone wirft bis heute in ihrer praktischen Handhabung nach wie vor bautechnische oder - im Bergbau - bergtechnische Probleme auf.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Was ich jetzt noch mal gerne von Ihnen wissen möchte: Haben Sie im Rahmen Ihrer eigenen Untersuchungen bzw. der Untersuchungen, die Herr Dr. Diettrich an dem Salzstock bzw. an dem Baugrund im Bereich Gorleben durchgeführt hat, Erkenntnisse gewonnen, dass es dort Tongesteine gibt?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, natürlich. Die Tonsteine des Oligozäns wurden ja auch, zumindest in einigen - sage ich mal - bis mehreren Bohrungen erfasst und ange troffen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Und jetzt würde ich weiter gerne wissen wollen - - Herr Dr. Diettrich sagt in der - - oder es wird ihm so in den Mund gelegt, in indirekter Rede, in diesem besagten Artikel in der *Frankfurter Rundschau*:

Die Vorgesetzten hätten auch Warnungen vor Gefahren durch Tongesteine im Deckgebirge „unterdrückt“.

Ich möchte jetzt wissen: Erstens. Sind die Erkenntnisse, die Sie da gefunden haben aufgrund der Tongesteine, entsprechend weiter kommuniziert worden? Zweitens. Haben Sie da versucht, in irgendeiner Weise diese Tongesteine so darzustellen, dass sie also nicht in ihrer ganzen Bedeutung sozusagen gewürdigt worden wären?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein, also, ich möchte es - - Wenn ich mich daran erinnere, wie das damals gewesen sein mag - das liegt ja jetzt so an die 35 Jahre zurück fast oder jedenfalls über 30 -, dann kann es durchaus sein, dass ich dem Herrn Dr. Diettrich gesagt habe: Also, wir werden keine Szenarien schon vorausmalen, die völlig aus der Luft gegriffen sind und nicht belegt sind. Wir können nur das einigermaßen darstellen, was angemessen belegt ist. - Das kann durchaus sein und dass wir da vielleicht auch nicht ganz einer Meinung waren.

Der zweite Punkt ist aber, dass ja offensichtlich - sonst wären die Folgeberichte gar nicht entstanden - diese Problematik angesprochen worden war und dann weiter bearbeitet worden ist bis zu dem Bereich, also mindestens bis zu dem Stand, wie er 1983 war. Dort sind, soweit - - ich kenne also nur jetzt hier diesen 83er-Bericht. Dort sind keine besonders negativen Eigenschaften dieser Tone erwähnt worden. Die haben sich offensichtlich - - Wenn es solche Befürchtungen gegeben haben sollte, dann haben sie sich bei den nachfolgenden Untersuchungen dann nicht bestätigt. Das ist kein Argument zur Erklärung des Unfalls im Schacht, sage ich jetzt mal gleich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Professor Schetelig, vielen Dank. - Ich gebe das Fragerecht jetzt weiter an die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Noch mal zur Erläuterung, warum wir immer nach der *Frankfurter Rundschau* und Herrn Diettrich fragen: Das Problem ist einfach, dass wir in den Unterlagen über Ihre Arbeit, die uns bisher, also den ministeriellen Unterlagen, erreicht haben, nichts finden und dass eben der Anlass für die Zeugenvernehmung der Artikel in der *Frankfurter Rundschau* ist. Es geht uns einfach darum - das ist ja nicht ganz unwichtig -, den Wahrheitsgehalt herauszufinden. Natürlich brauchen wir, weil wir nicht dabei waren, weil wir vielleicht auch zu wenig geologische Kenntnisse haben, um aus eigener Erkenntnis Herrn Diettrich widerlegen zu können, Ihre Aussage, um den Wahrheitsgehalt seiner Aussage abprüfen zu können.

Jetzt würde ich gern noch mal wissen wollen: Können Sie erinnern, in welchem Zeitraum er in Gorleben überhaupt tätig war?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, er weiß - - Er kann Ihnen das wahrscheinlich am besten selbst sagen. Ich habe keine Unterlagen. Ich nehme an - -

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Bitte? Weiß es jemand?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein, nein. Herr Professor Schetelig, nur Sie haben jetzt das Wort. Die Kollegen grummeln so ein bisschen vor sich hin.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie müssen wissen, ich darf hier nicht dazwischen rufen, die Opposition immer. Insofern - - Das ist aber das Spiel.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich hatte jetzt nur gedacht, irgendjemand hätte - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie sich überhaupt nicht beeinflussen. Solange ich Ihnen das Wort nicht entziehe, dürfen Sie reden. - So. Bitte schön.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich weiß nicht mehr genau, wann der Auftrag erteilt worden ist. Ich nehme an, er ist 1978 erteilt worden. Sonst wäre er nicht in der Zeit abgeschlossen worden. Ich vermute mal, dass die Arbeiten entweder 78 schon begonnen haben oder spätestens dann 79. Sie sind relativ schnell gelaufen und waren - wenn ich mich da erinnere -, ich glaube, Mitte 79 schon abgeschlossen. Das heißt, sein Zeitraum - - Er war sicherlich mehrere Male, dann auch immer wochenweise dort. Ich schätze mal, dass der Gesamtaufenthalt von ihm in Gorleben vielleicht drei Monate war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Kann aber ein bisschen mehr sein oder auch weniger.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Frage ist - Sie haben gesprochen von Baugrunduntersuchungen, von Flachbohrungen, 200 Meter über dem Salzstock -: War Herr Diettrich denn Ihrer Kenntnis nach möglicherweise noch an anderen Projekten beteiligt über das, was Sie an Aufgabenstellung Ihres Projektes hinaus uns geschildert haben?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Diese Frage kann ich nicht voll beantworten, also ob das - - Da kann ich weder Ja noch Nein dazu sagen. Zu meiner Zeit sicherlich nicht. Also, den einzigen Auftrag, den ich kenne, das war im Zusammenhang mit dem schwedischen Endlager. Ob es irgendwelche Folgeaufgaben, Folgeaufträge in Gorleben gegeben hat, die nach meiner Zeit - - also, ich bin Ende 79 ausgeschieden bei Lahmeyer -, das ist mir nicht bekannt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich frage das deshalb, weil - wie gesagt - in diesem besagten Artikel der *Frankfurter Rundschau* er zitiert wird, dass

der Gorlebener Salzstock der wohl ungeeignetste aller Standorte für ein Endlager ist, die ich in 30 Jahren in zahlreichen Ländern der Welt gesehen habe.

Da würde ich gerne wissen, ob von dem, was er dort an Bohrungen gemacht hat in den - das hatte ich mir auch wesentlich eindrucksvoller vorgestellt - mal drei Monaten, die, wie Sie gesagt haben, er dort tätig war - - ob er aufgrund dieser Erfahrungen aus eigener Erkenntnis überhaupt zu einer solchen Aussage kommen kann.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, mit den 100-Meter-Bohrungen hat man an keiner Stelle den Salzstock erreicht, und insofern war aufgrund der eigenen Bohrungen und der eigenen Auswertungen eine direkte Aussage über den Salzstock und seine Eignung schon aus diesem Grunde nicht möglich. Dann kommt natürlich auch noch der formale Punkt hinzu, dass die eigentliche Salzstockeignung in den Händen der Bundesanstalt lag.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Hat Ihrer Erinnerung nach denn Herr Diettrich irgendwann einmal - Sie werden ja den Artikel in der *Frankfurter Rundschau*, Sie werden dort ja auch zitiert, gelesen haben - Ihnen gegenüber derartige Behauptungen erhoben? Das wäre ja eigentlich eher natürlich, dass man es frisch macht, wenn man gerade bei der Arbeit ist, als 30 Jahre später.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, ich habe das sehr wohl gemerkt, dass er dem - ich sage jetzt mal einfach - Vorhaben Gorleben persönlich - sage ich mal - nicht gerade wohlwollend gegenüberstand vielleicht. So. Das habe ich gemerkt. Aber das ist natürlich sozusagen eine - wie gesagt - persönliche Einstellung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich mal nachfragen, worauf sich diese Einschätzung Ihrerseits bezieht? Denn zum damaligen Zeitpunkt ging es ja in Gorleben nicht nur um ein Endlager, sondern ein Entsorgungszentrum, das mit Wiederaufarbeitungsanlage und vielen anderen Dingen - Sie

haben das ja auch in Ihren einleitenden Bemerkungen dargestellt - geplant war. Bezog sich denn diese Einstellung, die Sie wahrgenommen haben, von Herrn Diettrich auf die Frage Endlager oder dieses ganze Projekt Entsorgungszentrum?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich könnte mir vorstellen, dass der Herr mit diesen sehr kritischen Anmerkungen, der Herr Dr. Diettrich, die Gesamtsituation Gorleben mehr im Auge hatte; denn man könnte es natürlich auch so sagen: Die Frage der reinen Gründung der Übertageanlagen ist zwar - - Sicherlich muss die ordentlich untersucht werden. Aber das ist ja nun - sagen wir mal - keine Frage, die weltbewegend wäre. Das sind ja keine Gründungen, die - sagen wir mal - schwieriger wären als jedes normale größere Hochhaus von 100 oder mehr Metern hier in Berlin oder anderswo. Insofern hat es sich vermutlich mehr auf die Gesamtsituation bezogen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich noch mal fragen - -

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Und das ist seine persönliche Meinung vielleicht gewesen; das kann durchaus sein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will schon eigenes Wissen von Ihnen, keine Vermutungen hören. Die Frage ist, weil Sie sagen, der - ich sage es mit meinen Worten jetzt mal - hatte persönlich da was gegen dieses Projekt. Können Sie noch mal - weil das ja wichtig ist - sagen: weil das jemand war, das war ein Grüner, oder das war jemand, der die Behandlung von den Gegnern da nicht so gut fand oder was weiß ich, oder beruhten diese wirklich auf fachlich begründeten Einschätzungen? Können Sie das erinnern?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das jetzt eine Frage nach einer Wertung?)

- Nein, es geht um die Erinnerung, wieso er zu seiner Einschätzung kommt, der Herr Diettrich habe sich kritisch dem Projekt gegenüber verhalten. War es sozusagen - -

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Angenommen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was muss ich - - Ich habe es nicht - - Gut.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, welcher politischen Partei er nahestand, das möchte ich jetzt nachträglich nicht konstruieren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sollen Sie auch nicht.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Das Zweite ist: Was sicherlich richtig ist, ist, dass die ganzen - na, ich sage jetzt mal schon - Überwachungssysteme, die damals schon für die Bohrungen notwendig waren, um überhaupt die durchführen zu können, dass ihm das zutiefst miss - - in keinsten Weise behagt hat und dass dadurch sozusagen vielleicht schon ein innerer Widerstand sich aufgebaut hat; das kann sein.

Das Zweite ist, was man sagen kann: Er ist vielleicht auch ein Mann, der auf manche Randbedingungen schon auch mit einer gewissen Sensibilität reagiert, was sich auch in anderen Punkten gelegentlich ausgewirkt hat, wobei ich aber sagen muss - ich habe ja schließlich für seine Einstellung plädiert damals -: Ich persönlich habe von Herrn Dietrich nur abgeschlossene Arbeiten bekommen, die aus meiner Sicht völlig in Ordnung waren. Also, diese anderen Äußerungen haben mich natürlich überrascht, als ich das so gelesen habe. So habe ich das damals in keinsten Weise empfunden. Aber, ich sage mal so, ändern kann ich daran auch nichts.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Meine Frage geht schon natürlich in die Richtung, weil das ja für unseren Untersuchungsausschuss wichtig ist. Sind die Gründe über die Frage der Geeignetheit des Salzstocks, die er jetzt in dem Artikel heute in der *Frankfurter Rundschau* anführt, die Gründe, die die von Ihnen angesprochene kritische Grundhaltung auch damals schon ausmachten? Also, mit anderen Worten: Wenn Sie sagen, der fand die Überwachungsmaßnahmen, also - ich sage jetzt mal mit meinen Worten - das Drumherum nicht schön und belastend, er war sensibel; das ist natürlich auch ernst zu nehmen. Aber das hat ja mit den Gründen, die er heute angibt, was die Geeignetheit des

Standortes oder des Salzstocks angeht, nichts zu tun. Das ist eben die Frage. Wenn Sie sagen, na ja, so ein bisschen kritisch - so habe ich das verstanden - war der damals auch schon. Für mich ist eben die Frage wichtig: Begründete sich das auf Ergebnissen Ihrer Arbeit - dann wäre es ja besonders ernst zu nehmen, weil es ja dann sich auch um eine Bewertung der Untersuchungsergebnisse - - angeht, oder waren es eben allgemeine, ich sage mal, politische Überlegungen, die ihn zu einer kritischen Haltung bewogen haben? Das ist ja für die Frage - - Sind die Inhalte, die er heute in der *Frankfurter Rundschau* oder vielmehr in dem Artikel letztes Jahr vorgetragen hat, diejenigen, die er Ihnen auch damals vorgetragen hat? Ich habe es so verstanden, dass das, was Sie als kritische Stellungnahme bewerten, nicht sozusagen seine Ursache in den Ergebnissen seiner Arbeit hatte.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, so würde ich das sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist ganz wichtig.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Denn ich kann mir nicht vorstellen - ich meine, Sie können ihn selbst ja danach befragen -, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber ich wollte mal vorher fragen.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: - dass er aus dem Antreffen des Tertiärs und der damals bei den Erkundungsbohrungen ja erst weitgehend zum Teil vermuteten eistektonischen Beanspruchung, die sich dann später als richtig herausgestellt hat, diese Annahme, dass er aufgrund dieser Befunde allein zu einer solch kritischen Einstellung gekommen wäre. Das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, klar. Vielen Dank. - Herr Monstadt würde weitermachen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich darf dann weiterfragen, Herr Professor Schetelig. - Ich darf Ihnen mal zwei Zitate vorhalten aus diesem Zeitungsartikel. Dort wird Herr Dr. Dietrich zitiert, unter anderem mit der Bemerkung:

Die geologische Struktur im Deckgebirge über dem Salzstock war sehr zerklüftet und die Gefahr groß, dass Oberflächenwasser vergleichsweise schnell in Kontakt mit dem Salzstock kommt.

Meine Frage dazu wäre: War aufgrund der Bohrungen, die Sie uns beschrieben haben, eine solche Feststellung überhaupt möglich? Ich habe Sie vorhin so verstanden, dass die Tiefe der Bohrung, weil sie den Salzstock nicht erreicht hat, eine solche Aussage überhaupt nicht hätte ergeben können.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja. Also, diese Aussage muss man auch eigentlich ganz schlicht und einfach als falsch zurückweisen. Sie stimmt einfach nicht. Denn all das, was die Bohrungen zutage gefördert haben, auch die Durchlässigkeitsversuche, hat gezeigt, dass diese tertiären Tone und zum Teil kretazischen Tone, Schluffsteine, so plastisch sind - das ist ja gerade eines der Probleme, was angesprochen wurde; das ist ein besonderes Verhalten -, dass in diesen a) überhaupt keine offenen Klüfte, wie ich angesprochen habe, entstehen konnten, und wenn sie entstanden wären in der Vergangenheit, dann wären sie geschlossen worden. Diese hohe Dichtigkeit ist ja durch all die Bohrungen in der Summe in hohem Maße nachgewiesen worden. Also, das kann es nicht sein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - War das denn mit den Bohrungen, die die Firma damals durchgeführt hat, überhaupt möglich, solche Erkenntnisse zu gewinnen, oder ist das eine Aussage, die sich auch auf andere Bohrerergebnisse stützt? Das war ja meine eigentliche Frage. Damals haben Sie von oberflächlichen Bohrungen bis circa 150, 100 Meter gesprochen.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, ja. - Also, wenn man Glück gehabt hätte, hätte man natürlich durch die Rammkernbohrungen, wenn es offene Fugen oder Hinweise auf offene Fugen gegeben hätte, die finden können, sage ich mal so.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gab es denn Rammkernbohrungen damals?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, es gab die Rammkernbohrungen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Auch die von Herrn Dr. Diettrich betreut wurden?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Da waren auch welche, ja; da waren welche dabei. Das heißt also, insofern hätte er - - Wenn es solche Befunde gegeben hätte damals, dann hätten die aufgefunden werden können. Der zweite Bericht von Braunschweig kommt aber zu dem Ergebnis, dass nach kritischer Überprüfung all dieser Bohrungen, also auch der nachfolgenden von 1982, es keinen Hinweis gibt, dass irgendwo im Tertiär offene Fugen vorhanden sind oder auch überhaupt möglich gewesen wären, einfach aus mechanischen Gründen, weil sie gewissermaßen zugedrückt werden und in den Tonen nicht offen bleiben.

Eine andere Frage - wenn das vielleicht gemeint gewesen wäre; aber das wäre nach der Darstellung in der *Rundschau* dann zumindest unglücklich formuliert - ist, ob es Fugen und offene Klüfte im Gipsstut gegeben haben kann oder gibt. Das ist eine Frage, für die es einige Indizien gibt, und man kann sich das auch sehr gut vorstellen, dass es im Gipsstut auch offene Fugen gibt. Das ist eine andere Frage. Aber die Frage hinsichtlich der großen Umhüllung durch die tertiären Tone, also vor allem die des Oligozäns, die da immer angesprochen werden - - Da ist meines Erachtens, so wie ich das heute auch sehe, der zusammenfassende Befund aus sämtlichen Bohrungen, wie er hier niedergelegt worden ist in dem Bericht von 83, ich will mal sagen, unstrittig.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - Gestatten Sie mir noch eine weitere Frage aus dem Zusammenhang. Ich zitiere aus diesem Zeitungsartikel insoweit weiter:

Auch viele Daten zur „Fließgeschwindigkeit“ des Salzes - wichtig für den Bau der Stollen und Lager Räume im Salzstock - seien ungünstig gewesen.

Daran schließt sich dann die Frage an: Waren mit den Bohrungen, die die Firma damals durchgeführt hat und von Herrn Dr. Diettrich betreut wurden, Aussagen zur Fließgeschwindigkeit des Salzes - ich stelle mir das als Laie tiefer unten vor - überhaupt möglich?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein, das war da nicht möglich. Diese Frage der Fließgeschwindigkeit des Salzes oder, sagen

wir es mal neutral: das viskoplastische Verhalten, das ist ja intensiv, und zwar über viele Jahre, von der Bundesanstalt, von der Arbeitsgruppe Professor Langer/Dr. Wallner untersucht worden. Die haben dazu auch, ich sage jetzt mal, die allgemeinen Stoffgesetze geliefert, die, soweit ich das beurteilen kann, allgemein weltweit anerkannt werden und also auch zum Beispiel von den Kollegen in Amerika für deren Überlegungen zugrunde gelegt werden, soweit sie nicht lokal modifiziert werden oder modifiziert werden müssen aufgrund anderer Zusammensetzung.

Also, dieses viskoplastische Verhalten ist in Hannover ermittelt worden, und die Bundesanstalt hat das auch alleine gemacht und hat auch aus meiner Sicht als alleinige Institution sowohl die Versuchseinrichtungen, Zugang zu den Hohlräumen und Messeinrichtungen unter Tage als auch zu den ganzen theoretischen Kompetenzen, die dafür erforderlich sind, also Kompetenzen aus der Salzmechanik - - Sie ist die einzige Institution hier in Mitteleuropa, die so eine Frage wirklich kompetent beantworten kann.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Dazu noch eine ergänzende Frage. Hatte Ihre Firma damals überhaupt den Auftrag, beide Fragen, die ich angesprochen habe, die sich auf Zitate gründen aus dem Zeitungsartikel, zu untersuchen?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein, nur die Baugrunderkundung für die Überbaueanlagen. Das war der Auftrag.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Sind denn, wenn Sie sagen, Sie haben mit Herrn Dr. Dietrich mal darüber gesprochen - so will ich das mal zusammenfassen -, diese negativen Aussagen in der Form, wie ich sie gerade zitiert habe, mit Ihnen mal im damaligen Umfeld erörtert worden?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, so wie sie heute klingen, nicht. Außer, sagen wir mal, einer gewissen Zurückhaltung habe ich da nichts gemerkt. Also, so negativ, wie sie heute hier klingen in dem Artikel der *Frankfurter Rundschau*, das ist mir nicht bekannt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich darf dann für die Union weiterfragen. - Herr Professor Schetelig, in dem Artikel der *Frankfurter Rundschau* dreht es sich ja insbeson-

dere um den Vorwurf der Manipulation. Jetzt stelle ich die Frage an Sie: Die Bohrungen, die Sie auch mit betreut haben, wie muss ich mir die Auswertung der Ergebnisse vorstellen? An welchen Stellen gab es denn da überhaupt Möglichkeiten vonseiten des Auftraggebers, auf die Ergebnisse einzuwirken, also eine Manipulation vorzunehmen? Wurden die also von den Auftraggebern noch einmal qualitätsgesichert in irgendeiner Form, oder wie fanden die dann Eingang in die späteren Abschlussdokumente?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, die Überwachung fand in der Form statt, dass bei den Spülbohrungen laufend Proben genommen wurden, so etwa alle 2 Meter. Die lassen zwar den Baugrundaufbau erkennen, wenn man anschließend die ganzen Probe-säckchen, sage ich mal, unter dem Mikroskop untersucht oder vielleicht andere Indizien hat, mit denen man sie, durch Farbe oder was, feststellen kann. Die liefern in der Regel nur grobe Anhaltspunkte, haben aber den Vorteil - - Deswegen werden sie gemacht: weil es sehr schnell geht und relativ billig ist und man auf diese Weise ein Bohrnetz verdichten kann.

Wenn ich jetzt auf den Kern komme, nämlich die, wie man sie auch nennt, Schlüsselbohrungen, die Rammkernbohrungen, dann wird also versucht, einen durchgehenden Bohrkern zu gewinnen. Ich sage „versucht“, weil das auf den sandigen Böden allein nicht geht. Da hat man dann häufiger Kernverluste, weil einfach der Sand nicht zusammenbleibt; aber mit entsprechenden Geräten geht auch das. Dann werden diese Rammkernbohrungen, wobei ich jetzt nicht mehr weiß, von welcher Qualitätsstufe die damals waren - - Das weiß ich jetzt nicht mehr. Aber wenn die höchste Qualitätsstufe schon damals angewandt worden sein sollte - ich sage das mal so; also dieselbe Qualitätsstufe, die 1982 angelegt worden ist -, dann können Sie die Proben im Labor aufschneiden und können also den ganzen Bohrkern sich sozusagen vollständig im Labor ansehen und dann beliebig genau untersuchen, mit Pollenuntersuchungen, Schwermineraluntersuchungen, Gerölluntersuchungen, paläontologischen Untersuchungen oder auch geophysikalischen Untersuchungen.

Was ich aber nicht weiß: ob bei den Rammkernbohrungen 1979 ein derart hoher Standard bereits angelegt wurde. Es könnte

sein, dass dieser Begriff „Rammkernbohrungen“, wie er da drinsteht, na ja, ich sage jetzt mal, eine einfachere Variante für die Ersterkundung war. Das macht man häufig so. Denn es macht natürlich einen Unterschied, ob ein Bohrkern damals, sagen wir mal, 100 Mark oder 500 bis 700 gekostet hat. Meistens macht man es so, dass man erst mal mit einfacheren Maßnahmen beginnt, um dann die sehr teuren und aufwendigen Untersuchungen auf die entscheidenden Punkte und auf die entscheidenden Fragen zu konzentrieren. Das ist die übliche Vorgehensweise, um, jetzt sage ich mal, die Kosten zu begrenzen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Meine Frage ging dahin, dass die - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Die zählt noch, oder?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, gut.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Meine Frage ging dahin: Wenn der Vorwurf der Manipulation im Raum steht, heißt das ja, irgendjemand muss zu irgendeinem Zeitpunkt Gelegenheit gehabt haben, auf diese Ergebnisse Einfluss zu nehmen. Nach dem Verfahren, das Sie uns jetzt hier geschildert haben, dass eben die Bohrkerns dann aufgeschnitten, ausgewertet werden - - Das vollzog sich ja dann im Bereich des Auftragnehmers Lahmeyer; davon gehe ich mal aus. An welcher Stelle hätte dann - - Oder: Gab es denn da die Möglichkeit für den Auftraggeber, zu sagen: „Stopp! Das Ergebnis stimmt nicht; rechne noch mal nach“ bzw. „Ich setze jetzt eine andere Zahl“? Gab es diese Möglichkeit überhaupt?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, ich möchte das völlig ausschließen. Lahmeyer selber hat gar kein Labor gehabt, hat auch heute keins, um so was zu machen. Die haben das grundsätzlich weggegeben. Also, wenn so detaillierte Untersuchungen 78/79 gemacht worden sind oder sein sollten - das weiß ich aber auch nicht mehr -, dann sind sie in Braunschweig gemacht worden; da ist man dann vielleicht hingefahren und ist dabei

gewesen oder wie auch immer. Es kann aber sein, dass es ein Befund war, der auf der Bohrstelle erfolgte, mit den Möglichkeiten, die man dann vor Ort hat. Aber 1982/83, da weiß ich, dass diese sehr, sehr detaillierten Untersuchungen im Labor in Braunschweig gemacht worden sind. Aber das kann sein, dass das in der ersten Phase nicht war, und es kann auch sein, dass die Qualität der Bohrproben und das Bohrverfahren das damals gar nicht hergegeben haben. Aber dazu kann ich heute nichts mehr sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, das war jetzt noch eine Nachfrage fürs Geburtstagskind. - Jetzt geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Herr Professor Schetelig, Sie haben vorhin von Unterlagen gesprochen, die Sie noch gefunden haben. Könnten Sie uns sagen, um welche Unterlagen es sich da handelt?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja. Da handelt es sich auf der einen Seite um einen Entwurf - aber wohl eine sehr endgültige Phase - eines Berichtes, der im März 1983 vom Institut für Grundbau und Bodenmechanik der TU Braunschweig erstellt worden ist und wo Sie auch meinen Namen finden. Ich war sozusagen für den Geologieteil mit zuständig und damals Professor in Darmstadt.

Ute Vogt (SPD): Aber der Bericht ist nicht entstanden während der - -

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein, der ist später - - Der ist also, ich sage jetzt mal, drei bis vier Jahre später entstanden.

Ute Vogt (SPD): Also nicht unmittelbar die Ergebnisse aus dieser Arbeit.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein, das nicht. - Genauso: Alles andere betrifft auch die 80er-Jahre. Das ist also eine Art Vorbericht vom Dezember 1982, sozusagen im Wesentlichen Abschlussbericht Baugrundaufbau Entsorgungszentrum Gorleben, und dann betrifft es, wie gesagt, diverse Unterlagen, aber einige Skizzen nur von den Untersuchungen von Alternativstandorten in Hessen. Von Rheinland-Pfalz habe ich keine Unterlagen gefunden.

Ute Vogt (SPD): Also, das würde uns interessieren deshalb, weil ja, wie schon gesagt, die Firma Lahmeyer ja gesagt hat, sie hat selbst keinerlei Unterlagen mehr. Also, zumindest - - Vielleicht könnten Sie - wir würden das dann kopieren - diese Unterlagen zu dem Thema „Alternative Standorte“ dem Ausschuss überlassen.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Die würde ich Ihnen dalassen.

Ute Vogt (SPD): Das fände ich ganz hilfreich. - Sie haben gesagt, es waren acht alternative Standorte, die Sie damals praktisch begangen haben. Könnten Sie sagen - haben Sie da eine Liste? -, welche acht das waren?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja. Also, ich möchte vorweg eine Bemerkung machen. Ich hatte gerade unmittelbar vor der Anhörung ein Gespräch hier mit Herrn Kühne (?). Also, das sind ja Arbeitsunterlagen. Der Auftrag ist damals erteilt worden vermutlich auch von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt an den Professor Simons. Ich weiß auch nicht mehr, ob das damals in irgendeiner Form unter „Vertraulich“ oder „Nicht vertraulich“ fällt. Aber ich glaube, es bestehen - aus meiner Sicht jedenfalls - keine Bedenken, dem Ausschuss das einfach zu übergeben, und dann können - -

Ute Vogt (SPD): Wir könnten das ja prüfen und gegebenenfalls einen Beweisabschluss machen.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja. Also, ich wollte - - Mir ist es recht, wenn ich Ihnen alles einfach dalassen kann.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sehr gut.

Ute Vogt (SPD): Prima.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich brauche es nicht.

Ute Vogt (SPD): Gut. Danke schön.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Und die Standorte - - Das war noch die Frage.

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Es sind - - Einen Moment, das waren also mehrere Standorte. Jetzt hole ich sie mal raus.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

In Nordhessen - - Soll ich die Standorte nennen?

Ute Vogt (SPD): Ja, wenn es unkompliziert geht.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Für mich ist das unkompliziert. - Das war ein Standort Grebenstein in Nordhessen - das liegt 30, 40 Kilometer nordwestlich von Kassel -, in der Nähe, etwas weiter südlich, Rhoden-Ost (?), dann war ein Standort Spangenberg im Gespräch - das liegt, jetzt sage ich einmal grob, zwischen Kassel und Bad Hersfeld -, dann war im Gespräch Friedewald-Ost - so hieß es, glaube ich, also bei Friedewald -; das ist ja eine bekannte Ausfahrt an der A 4, und es ist dort, wo die Untertagedeponie Herfa-Neurode ist. Also, im Prinzip war damals die Frage gestellt worden: Ist es empfehlenswert, einen Standort in unmittelbarer Nachbarschaft dieser Untertagedeponie zu untersuchen?

Dann war ein weiterer Rabenau; das ist Mittelhessen, in der Nähe von Gießen, sage ich mal, etwa 20 Kilometer nordöstlich von Gießen. Dann waren da noch - - Ich meine, es wären zwei Standorte gewesen in Rheinland-Pfalz; da habe ich aber keine Namen mehr. Die wären so, ich sage mal ganz grob, ungefähr gelegen zwischen Donnersberg und Kusel, also im westlichen Pfälzer Wald. Und dann fällt mir noch gerade ein: Merenberg im Taunus. Das sind so ungefähr die, die ich weiß. Und es ist die Zahl acht genannt. Jetzt habe ich gar nicht durchgezählt, ob ich jetzt acht genannt habe; aber so ungefähr. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass von anderen Kollegen in anderen Bundesländern welche untersucht wurden. Also, wir hatten zum Beispiel keinen in Bayern und Baden-Württemberg dabei; das wäre ja naheliegend gewesen.

Ute Vogt (SPD): Sie haben - - Das sind aber jetzt nicht nur Salzstandorte, sondern das sind sehr unterschiedliche, wie ich das so sehe.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Das sind ganz verschiedene. Man kann sagen:

Es ist nur ein richtiger Salzstandort dabei; das war Friedewald. Der Unterschied ist, dass in Friedewald kein Salzstock vorhanden ist, sondern ein mehr oder minder horizontales, rund 300 Meter mächtiges Salzlager, in dem also jetzt auch die Untertagedeponie drinliegt, und dass man dort einfach einen Anschluss hergestellt hätte. Alle anderen Standorte wären im Wesentlichen in Tonen und Tonsteinen zu liegen gekommen, wenn man dort also auch das Endlager hätte errichten wollen.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie Kenntnis, wieso Sie dann ausschließlich bei - - Also, Sie haben ja alle Standorte begangen, wenn ich es richtig verstanden habe, und nur bei Gorleben dann speziell die Deckgebirgsuntersuchung vorgenommen. Haben Sie Kenntnis, wie es dazu kam, dass Sie nur bei Gorleben untersucht haben?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, zunächst muss man sagen: Diese Alternativuntersuchung oder der Auftrag an uns ist erst erteilt worden, ich nehme mal an, 81/82. Also, da war ich schon nicht mehr bei Lahmeyer, sondern das ist auch an den Herrn Simons gegangen. Es ist natürlich so: So ein Untersuchungsaufwand wie in Gorleben ist ja nicht ganz billig und führt natürlich auch zu einigem Wirbel in der Öffentlichkeit, sage ich mal einfach, ganz egal, wo Sie das machen. Ich weiß zum Beispiel nicht oder nicht mehr, ob damals, sage ich mal einfach, die Bürgermeister bei diesen Standorten Kenntnis hatten. Also, wir sollten uns nicht um diese Fragen kümmern. Wir haben nur den Standort begangen, und da ist also nichts weiter gemacht worden. - Das ist mal das eine.

Woher diese Entscheidung kam, war - - Man könnte es vielleicht folgendermaßen formulieren: Die Akzeptanz eines Ton- oder Tonsteinstandortes in Deutschland war damals nicht sehr ausgeprägt. Ich weiß - wir hatten das auch mit den österreichischen Kollegen besprochen -: Österreich favorisierte Tone - die haben ja auch kein Salz -, in der Schweiz wurde es intensiv untersucht, und die Amerikaner und die Franzosen enthielten sich, waren, sagen wir mal, etwas unentschieden.

Die Tone und Tonsteine haben natürlich den Vorteil, dass sie nicht ausgelaugt werden können. Sie haben einen weiteren Vorteil: dass sie bis zu einem gewissen Grade, gerade wenn es sich um diese Rupeltone han-

delt, wie wir sie in Gorleben haben, auch gewisse Selbstheilungskräfte haben. Das heißt, dass sich also Fugen, die auf irgendeine Weise, geologisch oder nichtgeologisch, entstehen, bis zu einem gewissen Grade vollständig schließen oder schließen können - das ist natürlich ein großer Vorteil -, und sie haben natürlich eine sehr hohe Dichtigkeit.

Der Nachteil eines Tonstandortes ist, dass dieser Nachweis, dass es fugenfrei ist, nicht so leicht zu führen ist. Ein weiterer Nachteil, der im Ton gesehen wird, ist natürlich die Stabilität. Also, die Standsicherheit von Stollen und Kavernen in Ton und Tonstein ist natürlich in viel geringerem Maße gegeben. Sie brauchen ganz andere, Sie brauchen massive Sicherungsmaßnahmen, wenn Sie dort sozusagen einen Lagerraum einrichten möchten. Das war aber nicht unsere Aufgabe, dieses zu Ende zu diskutieren.

Ute Vogt (SPD): Habe ich es richtig verstanden: Sie haben zuerst in Gorleben den Auftrag gehabt, das Deckgebirge zu untersuchen. Das war das, was Sie zu Anfang - - Und danach haben Sie noch mal diese Begutachtung gemacht dieser acht oder eben dieser anderen Standorte?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja. Also, das ist, wie gesagt - - Also, erstens war das - - Ob das ein anderer Auftraggeber war, weiß ich gar nicht; aber es ist jedenfalls etwa drei bis vier Jahre später gewesen.

Ute Vogt (SPD): Das ist interessant. - Sie haben den Namen Professor Simons erwähnt - Sie kennen ihn -, und Sie haben erwähnt, er hat dann einen Auftrag erhalten. Was hat er dann für einen Auftrag bekommen?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Der hatte offensichtlich auf der einen Seite den Auftrag, die eigentliche bodenmechanische Begutachtung für das Entsorgungszentrum Gorleben durchzuführen, und hat dann von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt offensichtlich - das ist jedenfalls der Einleitung dieses Entwurfs zu entnehmen - einen Auftrag bekommen, sämtliche Bohrungen, die überhaupt vorlagen bis zum Jahre 1982, sage ich mal, zusammenfassend auszuwerten und dabei einerseits die vorher genannten offenen Baugrundfragen anzusprechen

als auch, soweit es möglich ist, gewisse Rückschlüsse zu ziehen, die für die Beurteilung der Eignung des Salzstockes relevant sein können oder werden oder wie auch immer. Das war offensichtlich der Auftrag.

Ute Vogt (SPD): Warum hat nicht zum Beispiel die Firma Lahmeyer das weiter bearbeitet?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, diese Frage, warum nicht, kann ich Ihnen nicht beantworten.

Ute Vogt (SPD): Aber sie wären dazu in der Lage gewesen?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein. Für diese detaillierte Untersuchung, die damals, 82/83, durchgeführt wurde, hätte Lahmeyer weder die Laboreinrichtung noch das Personal gehabt. Also, das konnte sicherlich nur ein Hochschulinstitut. Das steht zwar hier nicht drin; aber ich vermute, dass das Braunschweig auch nicht alleine gemacht hat, sondern dass da noch andere Hochschulinstitute, die hier zwar - aus welchen Gründen auch immer - nicht aufgeführt sind, mit beteiligt waren, also nicht nur ich von Darmstadt aus, sondern auch für die Laboruntersuchungen waren vermutlich andere beteiligt. Also, ich kann eine Vermutung äußern: Die Geröll- und Schwermineralanalysen hätten damals vermutlich am besten von der TU Berlin gemacht werden können. Ob die es gemacht hat, weiß ich nicht; das steht nicht drin.

Ute Vogt (SPD): Da können wir ja mal suchen; okay. - Sie haben vorhin gesagt, Sie hatten keinen Auftrag zur Überprüfung der Sicherheit des Endlagers. Aber Sie haben ja den Auftrag gehabt, das Deckgebirge zu überprüfen. Ist nicht ein Deckgebirge auch ein Bestandteil, der Aussagen macht über die Sicherheit eines darunter befindlichen Endlagers?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, das meinte ich jetzt gerade mit dem, dass also der Auftrag damals war - der konnte aber auch erst 82/83 gemacht werden, als alles vorlag -, alles zusammenzustellen - sagen wir es, um auf Ihre Frage genauer einzugehen -: Was gibt das Deckgebirge an Informationen her, die für die Beurteilung der Eignung des Salzstockes relevant sind oder sein können? Ist das ausreichend? Das sollte in diesem Bericht dokumentiert werden.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, es mag darüber hinaus noch weitere Berichte gegeben haben. Ich war ja mit im Ausschuss für die Verbringung von Stoffen nach unter Tage, also keine radioaktiven. Dort waren aber die Kollegen auch Mitglied, die die, jetzt sage ich mal, maßgeblichen Berechnungen zu der Dauerstandsicherheit des Salzstockes durchgeführt haben von der PTB und von der BGR. Ich vermute, dass diese Berichte etwa zu einem ähnlichen Zeitpunkt vorlagen; aber da müssten Sie die PTB oder die BGR fragen - oder das Ministerium. Ich weiß nicht; das wäre - -

Ute Vogt (SPD): Da kriegen Sie meistens nichts. - Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Professor Dr. Schetelig, meine Fragen gehen noch mal dahin, was die Firma Lahmeyer heute zu diesem Bericht in der *Frankfurter Rundschau* an Bewertung abgegeben hat, und zwar am 25. Januar 2011.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Schetelig, die Kollegin sitzt auf der anderen Seite, wenn Sie sie ansehen wollen, genau auf der anderen Seite, rechts von mir.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Entschuldigung, ich habe falsch geguckt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. - Bitte schön.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Es ist doch angenehmer, wenn man sich beim Reden angucken kann.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, genau.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich beziehe mich noch mal auf die Aussagen der Firma Lahmeyer, die sie jetzt selbst aufgrund dieses *Frankfurter-Rundschau*-Artikels gemacht hat. Das findet man auch wieder in MAT A 145 zu BB 17-189 in der Anlage. Die sagen, dass sie mit der eigentlichen Erkundung gar nichts zu tun gehabt haben. Nun haben Sie gerade gesagt, Deckgebirgebegutachtung ist vielleicht auch schon ein Minitel oder ein Teil von Erkundung. Auf jeden Fall haben die ja auf Nachfragen ehemaliger Mitarbeiter den Satz hier formuliert:

Mit der Erkundung des Salzstockes waren wir nach Aussagen der ehemaligen Mitarbeiter zu keinem Zeitpunkt befasst.

Nun ist es ja aber so gewesen, wenn ich die Geschichte so zurück begutachte, dass zum damaligen Zeitpunkt das nationale Entsorgungszentrum diskutiert wurde, also alles unter einem Dach sozusagen, und dass die politische Stimmung damals gegen das nationale Entsorgungszentrum schon sehr formiert war. Insofern war es ja auch, sagen wir mal, ein ungewöhnliches Arbeitsklima damals. Es waren ja auch Sicherheitsdienste dabei, Sicherheitsbeauftragte. Da würde ich Sie ganz gerne fragen - - Ich weiß ja nicht, ob Sie häufig auf der Baustelle waren oder ob Sie überhaupt auf der Baustelle waren. Vielleicht das erst mal als Frage.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich kenne die, ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Sie waren häufiger da? - Ja. Wie haben Sie das denn empfunden? Waren diese Sicherheitsmitarbeiter hilfreich, oder fühlten Sie sich bei Ihrer Arbeit eingeschränkt? Waren das Externe? Inwieweit waren denn diese Sicherheitsmitarbeiter überhaupt mit Ihnen, sagen wir mal, im Gespräch?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, zunächst einmal muss ich vielleicht, um das noch mal deutlich zu machen, sagen: Man muss unterscheiden zwischen den Arbeiten, die Lahmeyer in den 70er-Jahren gemacht hat, ich sage mal, schwerpunktmäßig 78/79, und dem, was ich gerade gesagt habe zu diesem Bericht 83; da war ich ja kein Mitarbeiter von Lahmeyer mehr. Das war ja ein paar Jahre später. Da habe ich sozusagen einfach als, ich will mal sagen, mit angefrag-

ter Hochschullehrer mitgearbeitet, und Lahmeyer hatte damals das nicht im Auftrag.

Um das auch klar zu sagen: Ich kenne natürlich das Auftragsschreiben heute nicht mehr. Aber in dem Auftragsschreiben war auf der einen Seite - - So eine Urteilung war sicherlich nicht ausgeschlossen, aber sie war auch nicht gefordert. Das war damals überhaupt nicht erkennbar, dass diese Fragen kommen könnten, sondern es stand damals nur die Baugrunderkundung im Vordergrund. Aber nach Aussagen von Lahmeyer haben die ja auch nichts mehr. Und mit „ehemaligen Mitarbeitern“, da meinten sie wohl - - Jetzt weiß ich nicht, ob die den Herrn Diettrich auch angerufen haben oder er Kontakt hatte. Also, ich hatte telefonischen Kontakt. Das bezieht sich, wenn Sie so wollen, auf mich.

Der andere Punkt: Natürlich ist so eine Baustelle mit so einem Sicherheitspersonal nicht so idyllisch, als wenn Sie sich irgendwo in Brandenburg, in der Eifel oder im Erzgebirge frei bewegen können. Auf der anderen Seite ist es so: Als wir den Auftrag übernommen hatten, wussten wir gar nicht sozusagen, was auf uns zukam. So ist das halt auch. Ob wir außer der reinen Entgegennahme von Hinweisen mit den Sicherheitskräften, die damals vor Ort waren, irgendwelchen Kontakt hatten, also in der Form, wie Sie es ansprechen, mit Gesprächen, hilfreich oder so etwas, das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Also, ich war einige Male am Standort. Ich war auch damals am Standort; das weiß ich sehr genau. Ich bin aber auch später noch am Standort gewesen, ich sage mal, zu einem Zeitpunkt, als man sich völlig ungeniert überall bewegen konnte und meinetwegen sogar eine Autonummer haben konnte, die jedermann Aufschluss gab, wo man herkommt. Also, sagen wir mal: Die konnten uns nicht helfen, diese Hilfe. Aber das war auch nicht deren Aufgabe.

Angelika Brunkhorst (FDP): Das waren dann wohl externe Sicherheitsbeauftragte.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, ja. Also, dazu habe ich keine positiven, negativen oder irgendwelche Erinnerungen. Die mussten halt ihre Arbeit machen und wir die unsere.

Angelika Brunkhorst (FDP): Es wird ja hier von Herrn Dr. Diettrich auch gesagt, dass Sicherheitsmitarbeiter - er spricht von Sicherheitsmitarbeitern - wissenschaftliche

Diskussionen im Kollegenkreis zu Messergebnissen untersagt haben. Jetzt stelle ich mir dazu die entsprechende Szene vor: Da sind jetzt Gutachter vor Ort und wollen sich über die Messergebnisse unterhalten, und dann ist eingegriffen worden. Wie muss ich mir das denn vorstellen? Da habe ich überhaupt gar keine Vorstellung zu. Das wäre ja dann schon fast so was wie eine Aufsicht von wissenschaftlicher Arbeit. Können Sie sich überhaupt vorstellen, dass es so gewesen sein könnte?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich weiß es jetzt nicht, wie man sich das im Einzelnen vorzustellen hat, ob damals eine Befürchtung im Raum stand. Ich kenne das ja von anderen Seiten auch, also, beispielsweise etwas, was völlig unverdächtig ist: Wenn Sie Wasserbohrungen in der Eifel machen, dann kommt es natürlich unter Umständen dazu - das hat es sicherlich in Gorleben gegeben -, dass alle möglichen Leute dazukamen, ob das jetzt Leute aus der Nachbarschaft waren oder Journalisten oder Demonstranten oder was, die überall zuhören wollten und etwas herauslesen wollten, und dann las man das natürlich. Dann konnte man - das war jetzt nicht in Gorleben der Fall, aber andernorts - lesen, man hätte gerade einen Vulkan getroffen und angebohrt, nur deswegen, weil jemand der Außenstehenden einen schwarzen Torf für einen Basalt gehalten hatte und meinte, da raucht es gleich. Also, das habe ich natürlich ein paarmal erlebt. Aber ich würde mal sagen: Damit muss man leben; damit muss man fertig werden. Also, mich hat das nicht so furchtbar beeindruckt, wenn man dann natürlich auch mal entsprechend behandelt wird.

Also, in der Regel habe ich es persönlich als hilfreich empfunden. Wenn man in solchen Fällen, wenn Leute da sind, mit denen nett redet, dann kommt man mit denen auch in der Regel gut zurecht. Sie können sagen, ich wäre ein bisschen naiv. Aber diese Methode hat sich auch im Ausland bestens bewährt; denn - mein Gott - da kommen auch mal Leute, die - Da wird man dann meistens, wenn man Wasser sucht, als Erstes gefragt, ob man nicht auch Gold sucht und ob man nicht für so was zuständig ist. Dann muss man auch mit den Leuten zurechtkommen. Am besten kommt man auf gute Art und Weise mit denen zurecht.

Angelika Brunkhorst (FDP): Dann habe ich aus Ihren Ausführungen jetzt entnommen, dass man keine großartigen Diskussionen um die Bohrerergebnisse haben wollte, um da nicht irgendwelchen Legendenbildungen Vorschub zu leisten, so ungefähr.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, gut. - Ich hätte gern jetzt noch einen anderen Punkt, und zwar: Sie haben sich eben schon mehrfach zum Deckgebirge geäußert. Ich würde Sie ganz gerne noch mal fragen wollen: Den Herrn Professor Röthemeyer, den kennen Sie ja auch. Der hat gesagt, dass zum Beispiel die fehlende Deckschicht, die ja häufig moniert wurde, überhaupt keine Relevanz hat, weil der Salzstock eine Mächtigkeit an sich hatte, und Sie hatten sich ja auch so geäußert, dass die Mächtigkeit des Salzstocks an sich ausreichend ist. Vielleicht können Sie dazu noch zwei, drei Sätze sagen.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, wie man nun Größe definiert, darüber kann man sich vielleicht unterhalten. Aber der Salzstock Gorleben ist, soweit ich die Situation kenne, entweder der größte oder der zweitgrößte, den wir in Deutschland haben. Wenn Sie nur den Teil westlich der Elbe, also in Niedersachsen betrachten, westlich der berühmten Gorleben-Rinne, dann ist er, glaube ich, 17 Kilometer lang, und wenn Sie den Teil in Mecklenburg-Vorpommern, damals DDR, dazurechnen, kommt man auf rund 30. Dann hat der Salzstock, ich glaube, an der schmalsten Stelle etwa anderthalb Kilometer, meistens ist er so zwischen 2 und gut 4 Kilometern breit, an der breitesten etwa 5. Er ist irgendwo in der Gegend von 3 bis 4 Kilometern mächtig. Das ist ja nun ein gewaltiges Salzvorkommen. Und wenn man bedenkt, dieses Salz ist also eine Viertelmilliarde Jahre, also rund 250 Millionen Jahre alt - hat den Salzaufstieg am Ende der Jura- und Kreidezeit miterlebt, damals, als das Salz als Salzgletscher offenbar ins Meer geflossen ist und abgelaugt wurde; dann ist es wieder zugedeckt worden und dann die weiteren Salzbewegungen -, und wenn Sie bedenken, dass heute noch so ein gewaltiger Salzkörper übrig ist, dann muss man natürlich dies ins Verhältnis setzen: Wenn bei den vielen, vielen Kubikkilometern, die vorhanden sind,

sozusagen, sage ich mal einfach, wenn es wirklich überhaupt so viel ist, Tonnen pro Jahr abgelaugt werden, also, dann kann der noch Hunderte von Millionen Jahren alt werden.

Vielleicht ein Hinweis auch zu dem Kontakt - also, das stammt nicht von mir; das stammt aus den Bohrungen, aus der Untersuchung vom BGR bzw. dem Niedersächsischen Landesamt -: Es ist ja sehr früh bekannt geworden, dass Sande und Kiese in der Gorleben-Rinne direkt Kontakt zum Salz haben an einer Stelle; hat man zufällig direkt mit einer Bohrung auch gefunden und zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Dieser Kontakt ist wohl vor 110 bis 130 000 Jahren entstanden und seitdem vorhanden. Das Grundwasser stagniert in so hohem Maße, dass schon in wenigen Metern Abstand von diesem Salz der Salzgehalt rapide runtergegangen ist. Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, wie viel Milligramm je Liter da die Konzentration ist. Aber Sie haben dort sozusagen ein fantastisches Modell für reines Diffusionsverhalten, das heißt also, keine Grundwasserströmung. Daran sieht man also Stabilität von geologischen Verhältnissen, wenn Sie das meinen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht liegt jetzt bei den Linken.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Ich wollte noch mal zu der konkreten Planung des NEZ fragen. Damals ging es ja gar nicht darum, ein Endlager zu bauen, sondern erst mal ein nukleares Entsorgungszentrum. Das brauchte Standsicherheit, und das brauchte ja auch eine Sicherheit für das Tritium, das zu erwarten war. Spielte das bei Ihrer - -

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Bitte?

Johanna Voß (DIE LINKE): Tritium.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ach so, ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Dieses Tritium sollte in der ursprünglichen Planung in den Boden verpresst werden, und dafür brauchte man ja auch eine hydrogeologische

Sicherheit, die festgestellt wird, damit sich das nicht irgendwo anders wiederfindet. Haben Sie irgendwelche Erkenntnisse damals durch diese Bohrungen gehabt zu den Fließgeschwindigkeiten oder Fließrichtungen? Wohin geht das Grundwasser, das sich über dem Salzstock Gorleben befindet? Haben Sie da Erkenntnisse? - Das ist die eine Frage.

Dann wollte ich gleich noch mitfragen, ob das - - Nein, lassen wir erst mal das hier, die Frage.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Die Frage Tritium spielte in unserem Untersuchungsbereich überhaupt keine Rolle. Ob sie in dem Bereich Hydrogeologiebohrungen - Pickel - in irgendeiner Weise mit betrachtet wurde oder betrachtet werden sollte, das kann ich Ihnen nicht sagen. Auf der anderen Seite kann man klar sagen: Aufgrund der Untersuchungen von Pickel können Sie die Frage Grundwasserfließrichtungen, Grundwasserschichtungen, Salzgehalte doch mit einer hohen Auflösung beantworten. Das wäre die eine Frage.

Der Kernpunkt bei Tritium ist aber ein anderer. Wenn man Tritium verpressen möchte, dann ist das Problem - - dann soll das ja in großer Tiefe verpresst werden, ich sage mal, so 3 000 Meter. Und die Frage ist nicht so sehr die Fließrichtung des oberflächennahen Grundwassers, zwar auch, aber nur ein Teilaspekt. Die Kernfrage ist: Kann es bei den hohen Drücken, die man bei so einer Verpressung anwenden muss, passieren, dass unbeabsichtigt Fugen aufreißen, durch die das Tritium dann entweicht? - Das ist im Prinzip dieselbe Frage, die man heute bei der CO₂-Verpressung oder bei anderen Verpressungen auch hat.

Das war übrigens eine der Fragen, die maßgeblich waren für die Untersuchungen, wo ich da in Frankreich beteiligt war; denn im Kristallin ist diese Frage noch ein bisschen heikler zu beantworten als im Salz. Da ist das Ganze noch ein bisschen günstiger. Sie könnten ja unter das Salz gehen. Dann haben Sie das Salz als relativ dichten Deckel, und beim Kristallin in der Bretagne haben Sie diese Möglichkeit nicht. Das hat also dort die Franzosen - - Aber direkt befasst war ich nicht, niemals.

Johanna Voß (DIE LINKE): Es war ja damals schon bekannt, dass unter dem Salzstock auch ein großes Gaslager ist. Das

ist aber da im Zusammenhang mit Tritiumverpressung in der ähnlichen Tiefe nicht so zum Tragen gekommen? Also, es war ja sogar die Firma Preussag/Elwerath, die das Bohrgestänge für die Bohrung wohl geliefert hat, die damals direkt auch das Recht hatte, dort nach Gas zu schürfen. Die wollten da ja eigentlich Gas bohren zu dem Zeitpunkt, haben dann aber das Bohrgestänge und so für die anderen Bohrungen geliefert.

Noch mal: Konnten Sie auch umfassend bohren? Es waren ja und es sind ja auch immer noch nicht alle Salzrechte vorhanden. Also, das gräfliche Salz, das kirchliche Salz sind ja wichtige Teile vom Salzstock, wo keine Erkundungen gemacht werden konnten. Oder konnten die damals gemacht werden? Wenn sie nicht gemacht werden konnten, konnten Sie dann eine umfassende Aussage über Fließrichtungen von Oberflächen-, Trinkwasser, Grundwasser machen oder gar nicht so sehr?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich möchte es mal so unterteilen, hoffe, dass ich Ihre Frage richtig verstanden habe. Also, das Grundwasser fließt ja nur außerhalb des Salzstocks bzw. über ihn hinweg. Die Frage eventuell vorhandener Gasvorkommen: Von denen ist mir nicht bekannt, ob die je definitiv wirklich geklärt worden sind. Dann müsste man auch noch sehen: Was heißt „Gasvorkommen“? Sind es nutzbare Gasvorkommen, oder ist das nur Gas in - sagen wir mal - nicht wirtschaftlichen Mengen? Diese Frage kann ich Ihnen auch nicht beantworten. Da müsste man also Elwerath fragen oder jemanden, der das untersucht hat, oder es wird eben nicht untersucht.

Die Frage der Erkundung eines eigentlichen Endlagers, da ist folgende Frage zu beantworten: In Gorleben war der Gedanke - - Wenn ich mich richtig erinnere, die äußersten Endlagerkammern sollten einen Mindestabstand von 50 Metern vom Außenrand haben, und zwar in allen Richtungen. Wenn Sie dieses einhalten wollen, dann dürfen Sie natürlich nicht von außen den Bereich des Endlagers durchbohren, sondern daher der Gedanke, mit einem zentralen Schacht nach unten zu gehen und nur von unten heraus aufzufahren und dann zu sehen: Habe ich überall - - Und dann auch nicht diese Grenzen zu durchstoßen. Ich weiß, dass das umstritten ist. Das ist sogar bei ganz gewöhnlichen Deponien umstritten, wo

man kein Salz hat. Darf man die Ränder durchbohren, oder darf man die Ränder nicht durchbohren? - Das wird allenthalben diskutiert, über alle Parteien hinweg und über alle fachlichen Grenzen hinweg. Das ist das Konzept.

Es würde natürlich für jedes andere Endlager auch gelten. Das gilt für jede Untertagedeponie. Wenn Sie unter Tage Stoffe lagern wollen oder - was jetzt auch immer wieder diskutiert wird - irgendwelche Stoffe, wie zum Beispiel Öl oder Gas, auch in Felskavernen lagern wollen, dann gilt natürlich auch die Frage. Sie sollten nicht die Wandung durchstoßen; denn jedes Durchbohren oder jeder Schacht stellt natürlich zunächst einmal eine Verwundung dar, von der Sie nicht wissen, ob Sie die wieder richtig heilen können. - Ich weiß nicht, ob das die Antwort auf die Frage ist.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann Bündnis 90/Die Grünen, bitte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Professor Schetelig, mich treibt noch etwas die Frage um, ob die Firma Lahmeyer jetzt tatsächlich ausschließlich Baugrunduntersuchungen gemacht hat oder ob da nicht eine Verflechtung war auch mit anderen Untersuchungen. Also, bei dem, was ich bisher gelesen habe, schien mir das alles ziemlich miteinander verflochten und auch so, dass am Anfang der Untersuchungen bei Gorleben auf alle Fälle hydrogeologische Untersuchungen standen und die Baugrunduntersuchungen erst sehr viel später dazukamen. Deckt sich das mit Ihrer Erinnerung?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein. Also, der Auftrag, der damals im Rahmen einer Ingenieur Anfrage, wenn Sie so wollen, ausgeschrieben wurde und den wir dann bekommen haben, der bezog sich - wie gesagt, ich habe das Auftragsschreiben nicht; es ist nicht mehr auffindbar; höchstens der Bauherr könnte es haben - auf diese Baugrunderkundung. Und das müsste nach allen Zitaten und weit späteren Unterlagen - also das, was ich hier noch sozusagen im Speicher und Keller oder Archiven gefunden habe - auch so gewesen sein. Die Hydroge-

ologie hat im Prinzip gleichzeitig begonnen; denn der Auftrag an Pickel ist gleichzeitig erteilt worden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich habe hier eine Unterlage. Die lasse ich Ihnen auch - - Ich wollte die nicht zum Durchlesen für euch, sondern ich wollte bitten, dass das dem Zeugen gegeben wird; die Unterlage sollte bitte durchgegeben werden. Für das Protokoll: Das ist MAT A 102/1, Band 147, Paginierung 113. Da ist von der BGR vom Dezember 1977 eine Tabelle aufgezeichnet, Beginn der Geländearbeiten. Links ist die Zeitschiene. Da steht: eineinhalb Jahre ausschließlich Hydrogeologie und Salzgeologie, danach Beweis-sicherung, Untersuchung zur Erdbebensicherheit usw., und dann nach drei Jahren erst die Baugrunduntersuchung.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Wenn das ein Zeitplan dort von 1977 war, dann kann es natürlich sehr - - Also, was ich nicht weiß, ist, ob eventuell schon früher hydrogeologische Untersuchungen begonnen haben als die von Pickel und wann dessen Auftragserteilung war. Aber die Baugrunduntersuchungen müssen meines Erachtens so um 19 - - Ende 78 oder Anfang 79 in Auftrag gegeben worden sein; denn sonst hätte Ende 79, spätestens Anfang 1980 nicht schon auf die Ergebnisse zurückgegriffen werden können. So entnehme ich das. - Einen Moment, ich kann mal gerade nachsehen, wann - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen auch noch was geben, -

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Aha.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Professor Schetelig, wenn Sie erlauben, weil wir haben noch ein paar mehr Dinge. Also, für das Protokoll: MAT A 123, Band 15, Paginierung 120 f. Hier geht es um ein Schreiben der PTB an die BGR unter Bezugnahme auf eine Besprechung am 22.12.1977. Und im dritten Absatz auf der ersten Seite steht, dass die DWK die Firma Lahmeyer nicht nur mit Baugrunduntersuchungen, sondern auch mit hydrogeologischen Untersuchungen beauftragt hat. Dazu gibt es dann auch ein Antwortschreiben der

BGR vom 29.05.1978. Das ist da anschließend, also Paginierung 125 f. dann. Darin wird ausgeführt, dass die hydrogeologischen Verhältnisse weitaus komplizierter seien, als dies im Bericht der DWK dargestellt wurde. Auf der Seite, also Paginierung 128 heißt es dann:

Ein erstes Ziel des Untersuchungsprogrammes ist es, die Eignung des ins Auge gefaßten Standortes Gorleben für den Bau des NEZ zu erkunden. Hierfür sind zunächst Geländearbeiten erforderlich, die neben geoelektrischen Oberflächen-sondierungen vor allem hydrogeologische Aufschlußbohrungen mit geophysikalischen Bohrlochvermessungen umfassen müssen. Insgesamt werden rd. 100 Aufschlußbohrungen mit einer mittleren Tiefe von 250 m sowie ca. 450 geoelektrische Oberflächen-sondierungen notwendig sein.

Das hat doch die Firma Lahmeyer, wenn ich das richtig verstehe, gemacht.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, die tieferen Bohrungen - - Also nach meinen Kenntnissen und nach dem, was ich hier finde, hatten wir damals nur die Bohrungen bis 100 Meter Tiefe, und alle tieferen waren im Auftrag Pickel oder sogar von Dritten. Das ist meine Kenntnis. Aber, wie gesagt, mehr kann ich dazu auch nicht mehr sagen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das widerspricht aber, wenn Sie mal entschuldigen, Professor Schetelig, Ihrer Aussage, die Sie bei der *Frankfurter Rundschau* gemacht haben, weil da steht: Professor Schetelig „bestätigt der FR, dass das Unternehmen geologische Untersuchungen des Gorleben-Deckgebirges und möglicherweise auch oberer Salzsichten im Auftrag der DWK gemacht hat.“ Also, da haben Sie eingeräumt, dass das auch tiefer ging und dass Sie das möglicherweise entweder nicht mehr wissen oder auch damals keine Kenntnis davon hatten.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, wenn das da so drinsteht - ich weiß jetzt - - dann ist damals gemeint gewesen, erstens das, was ich vorhin gesagt habe, dass man natürlich aus den oberflächennahen Strukturen unter Umständen Rückschlüsse auf die Tiefe ziehen kann, oder es bezieht sich auf

die weiteren Untersuchungen hier, 1982/83. Die berücksichtigten ja auch die ganzen tieferen Bohrungen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es geht um die Firma Lahmeyer, nicht um Simons?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Die war damals nicht mehr dabei.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber hier geht es bei Ihnen - - Sie bestätigen, dass die Firma Lahmeyer diese Untersuchungen gemacht hat, in der *Frankfurter Rundschau*. Hier ist nur von der Firma Lahmeyer die Rede.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, dann ist das möglicherweise entweder - - Dann ist das vielleicht ein Missverständnis oder, sagen wir mal, in diesem Detaillierungsgrad nicht enthalten. Lahmeyer hat nur den DWK-Auftrag gehabt. Mir ist ein weiterer Auftrag nicht bekannt. Also, das müsste von anderer Seite - - Sie können ja den Herrn Diettrich fragen; der kommt ja gleich.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, den fragen wir auch. Aber jetzt geht es mir ja um Ihre Aussage.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Fragen Sie ihn, ob es über den DWK-Auftrag hinaus einen weiteren Auftrag gegeben hat, den Lahmeyer abgewickelt hat. Der ist mir nicht bekannt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt aber, dass Herr Diettrich möglicherweise mehr weiß als Sie.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Das ist durchaus drin.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Erwähnt ist das in der Literatur nicht. Aber es könnte ja sein.

Das Zweite ist: Zu trennen zwischen Baugrund und Grundwasser, das ist so eine Sache. Das Wasser hat einen dermaßen entscheidenden Anteil auf die Gründungsverhältnisse, dass Sie das eigentlich überhaupt

nicht trennen können. Das heißt also, zu jeder Baugrunderkundung gehört, dass der gesamte Grundwasserbereich bis in genügend große Tiefen mit berücksichtigt wird. Also, da zu trennen, das geht nicht. Wenn man damals dieses so formuliert hat, dann war damit sicherlich vorrangig gemeint, dass alle Beobachtungen über die Wasserverhältnisse in den Bohrungen bzw. alle Versuche, die vermutlich damals möglicherweise auch zur Bestimmung der Durchlässigkeit gemacht wurden, dass diese Ergebnisse mit ausgewertet und behandelt werden müssen. Aber das, würde ich sagen, ist Teil der Baugrunderkundung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mein Eindruck war auch, dass das nicht zu trennen ist. - Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Wir sind jetzt am Ende der ersten Berliner Runde. Gibt es weiteren Fragebedarf? - Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, nur ganz kurz. - Wenn Sie gerade gesagt haben, der Herr Diettrich weiß mehr als Sie, bezieht sich das nicht darauf, dass der fachlich geeigneter wäre, sondern darauf, dass Sie 79 bei Lahmeyer ausgeschieden sind und er möglicherweise später für Lahmeyer gearbeitet hat, was Sie nicht mehr wissen können.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, das ist damit gemeint.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, man muss hier alles klarstellen. Sonst wundern Sie sich, was am Ende alles mit Ihrer Aussage gemacht wird. Das gilt ja auch für den Zeitungsartikel. Ich meine, diese Aussage, die Ihnen da untergeschoben wird - das ist ja kein Zitat, sondern indirekte Rede -, kann ja auch - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt gibt es Protest! Aussagen, die „untergeschoben“ werden! - Gegenruf von der CDU/CSU: Nicht von Ihnen, von der Zeitung! Jetzt regen Sie sich doch mal ab!)

Frau Vorsitzende, kann ich meine Frage stellen, oder wer hat das Wort?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grindel, wenn Sie diese Frage tatsächlich in die Form einer Frage kleiden würden, wäre das noch hilfreich. Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, ich bin ja dabei; man muss mich nur lassen. Es kann ja auch sein, dass Ihnen Herr Wille diese Äußerung - - oder ein bisschen ungenau sozusagen diese Äußerung wiedergegeben hat. Das ist auch der Grund meiner Frage, weshalb ich mich überhaupt noch mal gemeldet habe. Wie Herr Dietrich an die Zeitung gekommen ist, können wir ihn natürlich auch fragen. Mich wundert - - Sie sind ja 79 bei Lahmeyer ausgeschieden. Wissen Sie, wie der Herr Wille darauf gekommen ist, Sie dann offenbar ja auch anzufragen und Ihre Stellungnahme einzuholen? Wie ist das damals gelaufen?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Meine Stellung - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Halt, halt!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kotting-Uhl hat eine Frage zur Geschäftsordnung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung. - Nach dem Gespräch heute Morgen bin ich nicht bereit, eine Frage zuzulassen, was er sich vorstellt, wie Herr Wille wohl auf irgendetwas gekommen ist.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, das kann er ihm ja gesagt haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein. Also, Moment. Die Frage war - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Entschuldigen Sie. Ich habe gefragt, wie ist der - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grindel, ich rede jetzt. Danke schön. - Die Frage war: Wissen Sie, wie Herr Wille auf Sie gekommen ist? - Das ist eine Frage, die ohne Zweifel zulässig ist. Dazu kann Herr Schetelig sagen, dass er das weiß oder dass er das nicht weiß, und damit gut.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): „Können Sie
sich vorstellen ...?“ war die Frage)

- Nein, die Frage war: „Wissen Sie ...?“ Darauf habe ich nun sehr, sehr gut geachtet, liebe Frau Kollegin Kotting-Uhl, auch nach dem, was wir jetzt alles an gemeinsamen Erfahrungen gemacht haben. - Bitte schön, Herr Grindel bzw. Herr Professor Schetelig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde ganz gerne meine Frage - - Ich möchte gerne wissen, ob die Zeit angehalten ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt läuft sie wieder.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich wäre dankbar, wenn man mit mir hier ordentlich umgeht. Ich habe eine Frage gestellt, die völlig in Ordnung ist. Ich habe gefragt: Wissen Sie, wie Herr Wille auf die Idee gekommen ist, obwohl Sie vor über 30 Jahren bei der Firma ausgeschieden sind, Sie zu fragen?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Wie er auf die
Idee gekommen ist!)

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Herr Wille, ist das ein Reporter?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Mit Mikrofon, bitte, Herr Professor Schetelig. Bitte das Mikrofon einschalten.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Entschuldigung. - Wahrscheinlich ist er auf die Idee gekommen, weil der Herr Dietrich meinen Namen genannt hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat Herr Wille Ihnen gesagt?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich habe mit dem Herrn Dietrich nie gesprochen. Das kann durchaus sein. Und das Zweite: Da hat er mich also auf irgendeine Weise gefunden, nicht? Also, wenn man meinen Namen ins Internet eingibt, dann findet man mich schon.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich noch mal nachfragen? Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, mit dem Herrn Wille, dem Autor des Artikels, haben Sie gar nicht gesprochen?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich glaube - - Ich bin mir jetzt nicht mehr ganz

sicher, aber ich meine, der hätte mich angerufen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der hat Sie angerufen?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich meine, er hätte mich angerufen, der Herr Wille, und hat mich dazu befragt. Aber das war ein Telefongespräch. Jetzt können Sie sich vorstellen, wie differenziert man in einem Telefongespräch solche Fragen beantwortet oder beantworten kann und ein anderer aufnehmen kann.³

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Schetelig, worum es mir geht, weil das für die Glaubwürdigkeit des Zeugen Dietrich eine entscheidende Frage ist: Also, wenn mich ein Journalist anruft und nach Sachverhalten fragt, die 31 Jahre zurück sind, dann würde ich ja die Frage stellen: Wie kommen Sie überhaupt auf mich? - Das war meine Überlegung. Haben Sie ihm eine solche Frage gestellt, dass er Ihnen dargelegt hat, wie er darauf gekommen ist, Sie anzurufen?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein. Also, wie er mich gefunden hat, habe ich ihn nicht gefragt, weil das - - Mich finden mehrere Leute, wenn sie mich suchen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Und der andere Punkt ist: Er hat mir sehr wohl gesagt - also, das ist jetzt natürlich auch Erinnerung -, dass er da mit dem Herrn Dietrich dieses Gespräch hatte, und ich habe ihm sicherlich auch gesagt, dass natürlich, wenn man jetzt so spontan angesprochen wird und die Ereignisse 30 Jahre oder mehr zurückliegen, dass dann die Erinnerung vielleicht doch etwas getrübt sein kann, vor allem, weil sich das ja bei mir auf eine Zeit bei Lahmeyer bezieht und auf eine Zeit danach. Und in der Zeit danach war ich ja dann doch, ich sage jetzt mal, durch nationale und internationale Verflechtungen, sehr viel breiter gestreut.

³ Ergänzung des Zeugen: „Ergänzend kann ich zu Seite 25, den Fragen zu dem Telefongespräch mit Herrn Wille, Redakteur der „Frankfurter Rundschau“, noch mitteilen, dass mich Herr Wille am Ende des Telefongesprächs um eine kurze Telefonnotiz mit Bestätigung der wichtigsten Aussagen gebeten hat. Dieser Bitte habe ich entsprochen. In der Anhörung habe ich daran nicht mehr gedacht.“, Anlage 2

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Erinnern Sie sich, ob Herr Wille Äußerungen gemacht hat, wie Herr Dietrich auf ihn zugegangen ist oder wie das überhaupt dazu gekommen ist, dass dieser Artikel vorbereitet und dann später auch erschienen ist?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein, habe ich nicht gemacht. Sagen wir es mal so: Das habe ich absichtlich nicht hinterfragt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Warum absichtlich nicht?

(Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist
das noch Untersuchungsauftrag?)

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Weil ich a) nicht geglaubt hätte, dass das irgendwie weiter zur Wahrheitsfindung beiträgt, und b) war ich der Meinung, das müssen die beiden miteinander ausmachen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was meinen Sie, wenn Sie sagen, Sie glaubten nicht, dass das zur Wahrheitsfindung beiträgt?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Wenn ich den Herrn Wille frage, ob er auf den Herrn Dietrich zugegangen ist oder umgekehrt, was bringt das?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber immerhin.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Was bringt das? Also ich würde mal sagen: Da haben sich zwei gefunden, und das müssen die miteinander ausmachen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Herr Wille hat Ihnen aber nicht gesagt, ob er Herrn Dietrich kannte aus irgendeinem Zusammenhang?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein, hat er mir nicht erzählt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ich habe aber auch nicht danach gefragt. Wissen Sie, ich weiß ja gar nicht, ob ich da eine richtige Antwort gekriegt hätte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Da haben Sie auch recht.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Das ist so der Grund.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Franz Obermeier.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Professor Schetelig, wenn ich jetzt das alles richtig verstanden habe, dann hatten Sie seinerzeit den Auftrag, die geologischen Verhältnisse für die Standsicherheit der Bauwerke in dem NEZ für den Bauherren zu erkunden, also die Frage zu beantworten, ob die Untergrundverhältnisse geeignet sind, um dort die einschlägigen Bauwerke zu errichten. Jetzt komme ich wieder auf den schon mehrfach genannten Zeitungsbericht. Und da wird beschrieben:

Er betreute erste Probebohrungen in der 1977 von der niedersächsischen Landesregierung für ein „nationales Entsorgungszentrum“ bestimmten Salzstock-Region und wertete sie aus.

In Anführungszeichen:

„Mein Job war damals, die Daten etwa aus Geotechnik, Hydrologie und menschlichen Verhaltensmustern in mathematischen Modellen zu erfassen, um die dauerhafte Sicherheit eines möglichen Endlagers ...“

zu bewerten. Also, ich habe Sie so verstanden, dass Sie von obertägigen Bauwerken gesprochen haben. Hier ist von einem möglichen Endlager die Rede.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja. Ich weiß, dass das nicht zusammenpasst. Das habe ich voll begriffen. Und ich kann dazu nur sagen: Wenn ich das mal klar formuliere, dann trifft aus meiner Sicht und auch nach meiner Erinnerung diese Aussage vom Herrn Dr. Dietrich nicht zu. Dann müssten Sie ihn selber fragen, ob es da einen zusätzlichen Auftrag gab oder irgendwas gab und woher der kommt. Mir ist davon nichts bekannt. Ich kenne nur diesen Auftrag Baugrunderkundung, und ich habe auch nichts gefunden in den Unterlagen danach. Also, wenn so etwas existieren würde, dann hätte es ja eigentlich in den Schriftstücken, die später erstellt worden wären, in irgendeiner Form auftauchen

müssen, als Zitat oder Bericht oder in irgendeiner Form. So etwas ist mir nicht bekannt. Und ich muss auch sagen: Ich kann mir zwar ein bisschen vorstellen, was er damit meint - „menschliche Verhaltensmuster“ -, aber Sie können sich auch vorstellen, ohne dass wir das jetzt vertiefen, wie fragwürdig das ist, wenn man menschliche Verhaltensmuster in ein mathematisches Modell einbringt zur Eignung eines Salzstocks - -

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Professor, die Firma Lahmeyer ist mir durchweg bekannt, seit vielen Jahren. Ich wusste nicht, dass die Firma Lahmeyer Aufträge angenommen hat in Bezug auf Beratung eines Kunden für „Verhaltensmuster“.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein. Das wäre mir auch völlig neu und völlig fremd.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Gab es bei Lahmeyer überhaupt eine Abteilung, die sich mit solchen Themen, auch in späteren Jahren noch - - Gab es überhaupt solche fachkundigen Leute bei Lahmeyer?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein, hat es nicht gegeben. Soweit ich das Unternehmen bis heute kenne, hat es die nicht gegeben und gibt es auch nicht.

Ich will vielleicht höchstens mal eines sagen: Bei internationalen Projekten spielen solche Fragen wie Verhaltensmuster eine Rolle. Da haben das aber in der Regel unsere Partner gemacht, und zwar die amerikanischen Partner. Ein Beispiel, wo ich selber dabei war, um die Randbedingungen einzugeben, war: Wenn ein Stausee entsteht, der die Möglichkeit hat, dass ein großes Fischereipotenzial dabei ist, wie können wir die bisher am Rande lebenden Bauern dazu bewegen, dass auch einige von ihnen Fischer werden? Oder: Wie können wir, wenn Handwerksbetriebe plötzlich Strom haben, Schreiner oder Schlosser dazu bewegen, dass sie sich plötzlich eine Maschine zulegen, damit sie auch irgendwelche Handwerksstücke fertigen, und wie kann man auf diese Weise Arbeit schaffen? Das haben aber niemals wir gemacht, sondern das haben unsere amerikanischen Partner dann gemacht oder die Einheimischen. Also, in Lateinamerika, wo das sehr erfolgreich war - solche Umsetzungen -, da haben das die Brasilianer, da haben das die Argentinier,

Honduras oder Mexikaner gemacht. Aber wenn Sie das unter „Verhaltensmuster“ - - Aber ich glaube, das ist etwas ganz anderes als das, was hier gemeint ist, in dem Artikel von der *Frankfurter Rundschau*. Da ist nicht gemeint: „Was kann man tun, damit man Leute zu Fischern ausbildet?“, was übrigens eine ganz wichtige Frage ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das finde ich auch, aber nicht im Rahmen des Untersuchungsauftrags. Also, wir nehmen jetzt mal die Fischer wieder an die Seite, nehmen den See weg und kommen wieder auf den Untersuchungsauftrag zurück, wenn ich das ein bisschen konzentrieren darf. - Bitte, Herr Pöls.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, genau. Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Der Untersuchungsauftrag: Wir haben nämlich einen Untersuchungsauftrag, Herr Dr. Schetelig, Regierungshandeln aus früheren Zeiten, von vor 30 Jahren, zu erkunden und keinen Salzstock. Wir erkunden ja hier keinen Salzstock, ob geologische Möglichkeiten bestehen, da Atom Müll zu lagern. Dafür sind andere zuständig.

Meine Frage ist eigentlich ganz konkret: Es wird ja in diesem Zeitungsartikel, der ja hier schon laufend erwähnt wurde, von Herrn Dietrich gesagt:

Beim damaligen Auftraggeber der Untersuchung, der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), seien diese Ergebnisse alles andere als willkommen gewesen. DWK-Verantwortliche hätten ihn und Kollegen angewiesen, „aus der Vielzahl der Daten jene auszuwählen, die das Projekt in einem günstigen Licht erscheinen ließen.“

(Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatten wir schon alles!)

Das wäre ja jetzt für mich, wenn wir das mal hart sagen, eine Manipulation von Ergebnissen. Ist Ihnen diese Behauptung, die Herr Dietrich hier aufstellt, bekannt?

(Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist vorhin schon gesagt worden!)

- Ja, ich wollte einfach nur noch mal eine klare Antwort von ihm.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jeder kann hier fragen, was er möchte, immer und immer wieder.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja oder nein? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, dass es in dem - -

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Nein, dass dort nur Daten weitergegeben wurden, die günstig erschienen für das Projekt.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Davon habe ich überhaupt keine Ahnung.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Das würde ich in dieser Form, wie es da formuliert ist, auch ganz schlicht für falsch halten. Und: Alle Ergebnisse liegen auf dem Tisch. Ob irgendwann mal die DWK vielleicht der Auffassung war, sie hätte sich den Baugrund noch ein bisschen einfacher vorgestellt, als es sich dann herausgestellt hat, dann ist das - - Das weiß ich nicht, dazu kann ich nichts sagen. Aber im Prinzip - das muss man ja auch mal klar sagen -: In Gorleben ist ja nicht die Eignung des Baugrundes für die Aufstellung von einigen großen Becken und Aufbereitungsanlagen kritisch. Das ist es ja nicht. Sondern Gorleben wird ja diskutiert wegen des Endlagers. Und dass man dort die entsprechenden Übertageanlagen hätte in jedem Falle gründen können, das ist, ich sage mal, keine besondere Erkenntnis.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Damals ist man ja noch von einem nuklearen Entsorgungszentrum ausgegangen.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Ja, trotzdem: Es gehörte ja zu dem Entsorgungszentrum auch immer die Vorstellung, dass darunter ein Endlager ist.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Aber Manipulationen hat es nicht gegeben?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also nicht, was da gemeint ist. Das ist mir überhaupt nicht bekannt und ist nie an mich herangetragen worden.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen der CDU/CSU-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. Dann Fragen bei der SPD-Fraktion?

(Ute Vogt (SPD): Nein!)

- Nein. Fragen bei der FDP-Fraktion?

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Professor Schetelig, ich wollte auf meine vorherigen Fragen doch noch mal zurückkommen, nämlich auf diese Sicherheitsleute - ich sage das jetzt mal so salopp -, die ja auf der Baustelle an sich da waren. Aber es wird ja von Herrn Dr. Diettrich sogar gesagt, dass es einen sogenannten Sicherheitsbeauftragten gegeben haben soll, der die Experten - das müssen ja dann die Mitarbeiter gewesen sein, die die Bohrungen beaufsichtigt haben - an ihrem temporärem Wohnort in Lüchow-Dannenberg - in Anführungszeichen - „betreut“ habe und der eben die wissenschaftlichen Diskussionen im Kollegenkreis zu den Messergebnissen untersagt habe. Also, das ist ja schon ein ziemlich massiver Vorwurf, als wenn die so eine Art Aufpasser daneben hatten. Also, ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen, dass Wissenschaftler sich in dieser Art und Weise das dann auch wirklich gefallen lassen. Und ich meine auch: Wer könnte denn überhaupt solch einen Sicherheitsbeauftragten dann sozusagen bestellt haben? Die Firma Lahmeyer selbst -

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Nein.

Angelika Brunkhorst (FDP): - oder die DWK? Wie muss ich mir das vorstellen? Oder haben Sie überhaupt eine Idee dazu?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Dazu kann ich überhaupt nichts sagen. Also, Lahmeyer kommt überhaupt nicht infrage; das kann man schon mal klarstellen. Ob die DWK da irgendjemanden gehabt hat, kann ich jetzt persönlich nicht sagen. Also, ich habe da nie - außer einzelnen Hotelübernachtungen - längere Zeit gelebt. Ich kann das nur so empfinden - das ist mindestens im Nachhinein offensichtlich; so viel schließe ich aus diesen Worten -, dass die Atmosphäre vom Herrn Diettrich, sage ich mal, irgendwie als bedrückend empfunden worden ist. Das muss man wohl so feststellen. Aber da muss ich sagen: Dann habe ich das entweder nicht

erfahren oder zumindest nicht mitgekriegt, oder ich konnte ihm auch nicht helfen. Das kann natürlich auch sein; denn es ist natürlich so: Wenn er mir das kurz vor Ende der Bohrarbeiten gesagt haben sollte, dann kann ich sagen: Was soll ich jetzt noch tun? - Das ist ja nur ein begrenzter Zeitraum gewesen. Also in dieser Form - -

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, gut. - Herr Professor Schetelig, dann wollte ich noch ganz gerne wissen: Er hat ja auch an anderer Stelle noch gesagt, dass teilweise Warnungen vor den Gefahren durch Tongesteine geäußert wurden, also trockener Quellton sozusagen, und dass Vorgesetzte, also, in der Mehrzahl Vorgesetzte, diese kritischen Töne unterdrückt hätten. „Vorgesetzte“ - wer kann das denn gewesen sein? Sind das unter Umständen auch Sie gewesen? Haben Sie jemals Herrn Dr. Diettrich irgendwo gesagt: „Also über diese Thematik wollen wir überhaupt nirgendwo großartig was an die Öffentlichkeit bringen“?

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Also, ich kann mich da an nichts erinnern, derart. Und wenn, dann muss ich sagen, haben wir beide damals - - Ich habe mich ja später sehr intensiv mit den Tönen und ihrer Problematik befasst. Und außer sehr diffusen Kenntnissen hatten wir beide nicht viel Ahnung davon, damals. Wenn, dann kann es höchstens gewesen sein, dass er angesprochen hat, dass man das besondere mögliche Quellverhalten oder insgesamt das Spannungsverformungsverhalten von den oligozänen Tönen ansprechen sollte. Das ist aber nicht unterdrückt worden, sondern das ist ja, genau genommen, geschehen. Nur konnte es in der damaligen Phase bestimmt nicht beantwortet werden. Das ist erst später möglich gewesen, übrigens auch nur zu einem begrenzten Teil; denn, um es wirklich definitiv klären zu können - - Es könnte höchstens sein im Zusammenhang mit dem Schacht, der abgeteuft wurde. Da könnte es sein, dass das Verhalten genauer untersucht worden ist, in Bochum dann wahrscheinlich. Könnte sein, aber das weiß ich nicht. Aber in der damaligen Phase, außer allgemeinen Untersuchungen, ist diese problematisch - - Es bestand auch kein Bedarf; denn die ganzen Bauwerke endeten ja im Sand. Die tiefste Gründungssohle war Sand. Also die wurden überhaupt nicht berührt, und das erste Bauwerk, das die Töne durchstoßen hat, war der

Schacht. Und ob das ein Problem dort gewesen ist oder ein anderes, das weiß ich nicht.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Herr Professor Schetelig. Ich habe jetzt weiter keine Fragen an Sie.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann ist das Fragerecht jetzt bei den Linken. - Es gibt keine weiteren Fragen. Dann die Grünen. - Keine weiteren Fragen. - Dann sind wir rum und fertig, wunderbar.

Dann, Herr Professor Schetelig, bedanken wir uns sehr herzlich bei Ihnen, und ich werde Ihnen jetzt noch ein paar Formalien mitteilen.

Das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll nach der Fertigstellung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu noch Fragen? - Dann bedanke ich mich noch mal sehr herzlich dafür, dass Sie hier heute bei uns waren und zur Verfügung gestanden haben, und ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise. Vielen Dank.

Zeuge Prof. Dr. Kurt Schetelig: Und die Unterlagen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie sie gerne da liegen. Das Sekretariat nimmt die Unterlagen gerne an sich und wird die Unterlagen dann dem Ausschuss zugänglich machen.

Wir unterbrechen die Sitzung für 10 Minuten; ich würde sagen, bis fünf nach eins, bis der Zeuge Dietrich dann auch hier bei uns ist.

(Unterbrechung von 12.55 bis
13.05 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Diettrich! Ich eröffne die unterbrochene öffentliche Sitzung, und wir wollen beginnen mit der Vernehmung unseres Zeugen Herrn Dr. Diettrich, den ich hier auch ganz offiziell noch einmal sehr herzlich begrüßen darf in unserer Runde.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Thomas Diettrich**

Herr Dr. Diettrich, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird dann nach der Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-155, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Ihre Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Ich muss Sie nun formell belehren: Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder eines Dienstvergehens, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in

einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Dazu habe ich keine Fragen. Ich habe alles gehört und versichere, dass ich die Wahrheit sagen werde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist gut. Das erwarten wir von Ihnen. - Nach diesen Vorbemerkungen darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen und Alter vorzustellen, und ich möchte Sie fragen, ob die Ladungsadresse noch korrekt ist.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Mein Name ist Thomas Diettrich. Ich bin am 31.05.1943 geboren, und die Ladungsadresse - - Ich weiß jetzt nicht genau, welche Sie benutzt haben.

Ist das die Adresse?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Wenn Sie die Adresse uns jetzt zukommen lassen, was Sie jetzt gerade getan haben, und wir Sie darunter wieder erreichen können, ist das alles ganz wunderbar, und wir werden dann gucken, dass wir im Protokoll, wenn es denn mal veröffentlicht werden sollte, diese Adresse selbstverständlich nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Herr Dr. Diettrich, dann können wir jetzt mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung im Juli 1983, den Salzstock in Gorleben untertätig zu erkunden und keinen anderen Platz mehr obertätig, irgendwelche Manipulationen gegeben hat durch die damalige Bundesregierung. Dazu würden wir gerne Ihre Ausführungen wissen wollen. Wenn Sie es wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich zunächst im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würden wir sofort mit Fragen an Sie beginnen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich würde mich ganz gerne vorher allgemein äußern zu dem, was Sie eben gesagt haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich beginne hiermit, ja? - Ganz kurz vorher: Es ist so eine Art Tiefschlaf - was vielen der Zeugen vielleicht so geht -, den ich genossen habe. Seit 30 Jahren habe ich mich mit dem Thema überhaupt nicht beschäftigt und bin erst vor wenigen Tagen wieder eingestiegen. Dementsprechend werden Sie auch an einigen Punkten feststellen, dass ich nicht so ein lückenloses Verständnis dieses ganzen Prozesses habe, das in den letzten 30 Jahren in der Atom- oder Antiatomszene stattgefunden hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir fragen Sie, wenn ich das einleitend sagen darf, nach dem, was Sie wissen, insbesondere nach dem, was Sie aus eigener Erfahrung wissen. Das ist die Aufgabe der Zeugen, nicht dem Ausschuss zu referieren, was so in den letzten 30 Jahren passiert ist. Darüber wissen wir schon eine ganze Menge, und da fragen wir dann speziell auch immer Zeugen. Also, uns geht es darum, was Sie aus eigener Erkenntnis wissen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das ist richtig. Es ging also einfach mehr darum, dass ich darstellen wollte, dass man, wenn man ein Gedächtnis öfter auffrischt, vielleicht etwas mehr präsent hat über die Vergangenheit.

Das Zweite ist, dass ich, nachdem ich mich dann mit dem Thema beschäftigt habe, festgestellt habe, dass vieles nebulös ist, damals nebulös war und nicht so ganz klare Schwarz-Weiß-Grenzen hat, wie man es vielleicht heute gerne sehen würde.

Ich möchte jetzt also zu meinem Eingangsstatement kommen. Sie erlauben, dass ich das einfach vorlese. Ich möchte etwas zu meiner Einstellung zur Endlagerung sagen und auch etwas zu meiner Person und meiner Qualifikation und meinen Kenntnissen über den damaligen Stand.

Ich beginne also damit, dass ich ganz kurz etwas zu meiner Einstellung sage: Damals, das heißt 1978, wie heute bin ich ein Befürworter der Kernkraft und der Endlagerung in Deutschland, aber nach sozioökologischen Machbarkeitskriterien und einem Peer-Review-Auswahlverfahren, deren Inhalte dem internationalen Standard von Technik und Wissenschaft entsprechen.

Heute, muss ich sagen, bin ich nur gezwungenermaßen ein Befürworter, nämlich weil die Gefahr, von mangelhafter Nukleartechnik aus Schwellenländern übervorteilt zu werden, größer ist, als selber Verantwortung für Sicherheit und Alternativen zu übernehmen.

Jedoch den Standort Gorleben lehne ich ab, nämlich erstens, weil die physikalisch-chemische Instabilität von Salzgesteinen und die tektonische Mobilität von Salzstöcken bei Einfluss von Wärme und radioaktiv strahlenden Abfällen keine ausreichende geologische Barrierewirkung erlauben, zweitens, weil es keine abgeschlossene Tonschicht über dem Salzstock gibt, sodass örtlich Grundwasser in Kontakt mit dem Salzstock treten kann, drittens, weil die von mir 1978 berechneten Risiken für einen GAU nach dem Gesetz der Versicherungsmathematik mit der Anzahl der sogenannten Annahmen steigen - diese Anzahl ist heute jedoch größer als damals, und damit ist das mathematische Risiko eines GAUs um das 120-Fache gestiegen -, viertens, weil die einst als befürwortend gewertete strategische Lage im Zonenrandgebiet nicht mehr existiert, fünftens, weil die sozioökologischen Rahmenbedingungen heute einen höheren Stellenwert haben als damals, sechstens, weil eine für die Kernindustrie notwendige Realisierung eines Endlagers Gorleben aufgrund der belasteten Historie und der zu erwartenden Bürgerbegehren nicht mehr planungssicher ist, siebtens, weil im Vergleich zu den skandinavischen Ländern, der Schweiz und Frankreich sich deutsche Bürger und der deutsche Staat als bisher nicht konsensfähig erwiesen haben.

Ganz kurz etwas zu meiner Einstellung zur Genehmigung nach dem Bergrecht. Ich darf vielleicht hinzufügen, das Ganze, was ich hier mache, dauert ungefähr 20 Minuten. Sie erlauben das? - Meine Einstellung zur Genehmigung nach Bergrecht: Nach §§ 72, 75, 77 und 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erstreckt sich Planfeststellung seit dem 18.02.1986 nicht auf Vorhaben nach Berg- und Tiefspeicherung. Hierüber entscheidet die zuständige Behörde. Aber bereits 1979 hat das Bergamt das Atomgesetz - § 9 b - entkräftet, was ich für fraglich halte. Ich sehe darin - das ist das, was ich vorhin sagte, diese Grauzone - eine Gesetzeslücke; denn untertägige Endlagerungsstandorte für radioaktive Stoffe dürften eigentlich nicht nach Bergrecht genehmigt werden, nämlich erstens, weil das Bergrecht nicht den wis-

senschaftlich-technischen Ansprüchen einer Genehmigung nach § 9 b des Atomgesetzes genügt, zweitens, weil das Bergrecht die untertägige Entnahme von wirtschaftlich nutzbaren Stoffen regelt, wohingegen die Endlagerung das untertägige Einbringen nicht wirtschaftlich nutzbarer Stoffe darstellt.

Nach dem Wirtschaftsverwaltungsrecht haben beide Vorhaben konträre Ziele und Zuständigkeiten. Der Fachbegriff Eignungshöflichkeit, den ich in letzter Zeit öfter gelesen habe, ist nur für bergmännische Entnahme anwendbar und wird daher falsch, auch bei Gorleben, benutzt. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Würde Einbringen unter Bergrecht fallen, dann auch Verkehrstunnel, Verkehrskavernen, Schutzbunker, militärische Warnanlagen usw. Das war kurz zu meiner Einstellung.

Ganz kurz etwas zu meiner Qualifikation. Ich sage das deshalb, weil viele der Zeugen aus sehr illustren Institutionen kommen. Ich selber komme nicht aus diesen Kreisen von Professoren, Universitäten und Forschungsinstituten. Meine Qualifikation 1978 bis 82 für die damaligen Aufgaben zur Endlagerung war wie folgt:

Ich war damals Beamter im südafrikanischen Bergbauministerium und habe Voruntersuchungen zur Endlagerung in 8 Kilometer mächtigen Karoo-Sedimenten betreut. Hierzu begann auch meine Doktorarbeit bei Professor Dr. Klitzsch an der TU Berlin. Diese wurde aber von Südafrika aus wegen Geheimhaltungsaufgaben eingestellt. Dazu gibt es auch Publikationen von mir.

Zweitens. Ich habe Kenntnisse über Abraumeinlagerungen in 4 Kilometer tiefen Stollen in Südafrika.

Drittens. Ich habe Erfahrungen vor Ort bei 6 Kilometer tiefen Erdölbohrungen sowie im Deckgebirge und Salzstock bei Whitby in England, Schottland.

Viertens. Ich habe als Lehrhauer im Salzbergbau auf Strosse 1000 Meter Tiefe im Schacht Sigmundshall Bokeloh bei Wunstorf gearbeitet. Ich kenne also das Salz durch eigenes Anfassen.

Fünftens. Meine Studienfächer sind Bauwesen, Bergbau, Mathematik, Geophysik und meine Promotion in Hydrologie - Aquifer Reservoir Engineering - in Kiel bei Professor Mattheß, was mich befähigt, Emissionen aus Wirtsgesteinen mathematisch zu formulieren und mit EDV zu programmieren, was Sie dann hören werden, was ich auch getan habe.

Sechstens. Meine Firma Lahmeyer hat mich nach Schweden entsandt zur Schulung beim SKI zur Berechnung von Emissionen aus Endlagern von radioaktiven Stoffen.

Siebtens. Ich habe viele Fachgespräche geführt mit dem Nuklearphysiker Dr. Olaf Dietrich bei Euratom in Ispra, der vormals bei der PTB gearbeitet hatte.

Meine spätere Qualifikation, um hier heute Stellung nehmen zu können, ist wie folgt:

Im Jahr 2006 hatte ich mit nuklearer Endlagerung zu tun, und zwar im Auftrag der Universität Aktau in Kasachstan, Professor Abzhapparov. Mit seiner Fachdelegation bin ich in die Probestollen der Schweizer Nagra eingefahren, um auf dieser Basis ein Strategiepapier für die Sanierung strahlender Abfälle bei Aktau zu erarbeiten. Der Hintergrund: In Aktau gibt es einen Plutoniumbrüter und einen dementsprechend noch übriggebliebenen verseuchten - auf Englisch sagt man: Tailings - Abwassersee.

Meine jetzige Arbeit befasst sich nicht mit Endlagerung, aber als Manager eines großen deutschen Wasserversorgers in Algerien mit Budgetverantwortung von 310 Millionen Euro und davor als General Manager des BRGM - das ist das, was die BGR in Deutschland ist - in Saudi-Arabien umso mehr mit der Frage der Steuerbarkeit von Megaprojekten wie unter anderem dem Fall Gorleben, über den ich 2006 auf Kongressen in Frankreich und Kasachstan referiert habe.

Meine Aufgabe bei der Firma Lahmeyer in der fraglichen Zeit:

Vom Januar 1978 bis März 1982 war ich als Angestellter der Firma Lahmeyer Ingenieur GmbH mit folgenden Aufgaben betraut worden: erstens, Kriterien für die Eignung von Endlagern zu erarbeiten, und zwar mit dem Ziel, genehmigungsfähige Unterlagen für einen Antrag der DWK an die PTB erstellen zu können, zweitens mit der Technik GETOUT - die Eignungskriterien einer Endlagerung in Kristallin und Salzstöcken zu berechnen, was ich in Schweden beim SKI durch die Mitarbeit der Scandpower sowie bei der NUKEM in Hanau erlernt hatte -, drittens mit den aus GETOUT gewonnenen Eignungskriterien Szenarien für einen GAU, verursacht durch menschliche und technische Fehler, zu erarbeiten und deren Verkettung, Zerstörungskraft und Wahrscheinlichkeit des Eintretens mittels eines Forrestermodells zu berechnen, viertens die Untersuchungsbohrungen zur Eignung des

Standortes Gorleben für ein NEZ zu planen, zu bauleiten und auszuwerten, fünftens mit den vorgenannten Erkenntnissen die Eignung des Standortes Gorleben für ein NEZ oder Teilen in Gutachterberichten an die DWK darzulegen. Einschub: Die DWK hatte die Firma Lahmeyer International GmbH mit den vorgenannten Aufgaben betraut, da in Deutschland nur die Firma Lahmeyer mit ihren Abteilungen für Geotechnik und Felsmechanik die Erfahrung in der Planung und Bauleitung von über- und untertägigen Großbauwerken besaß. Dr. Kurt Schetelig war bis Frühjahr 1979 mein disziplinarischer und Herr Ulrich Gräber mein fachlicher Vorgesetzter bis 1981. Beide schieden zu den genannten Zeitpunkten aus der Firma aus.

Zusammenfassende Stellungnahme zu den Fragen in der Drucksache. Es gab zwei Phasen: a) Es gab Untersuchungen der Eignungskriterien für Salz und Kristallin. b) Es gab Untersuchungen des Standortes Gorleben für ein NEZ in dieser Zeit, als ich bei Lahmeyer gearbeitet hatte und mit diesen Aufgaben betraut war. In der Phase a) gab es keine Einflussnahme, die ich beobachten konnte. Die Untersuchungen wurden ergebnisoffen und im Bemühen nach internationalem Stand von Technik und Wissenschaft geführt. In der Phase b), NEZ Gorleben, gab es Einflussnahme, indem Messergebnisse zweckgebunden bewertet wurden, um Planungssicherheit zu gewinnen. Ab 1981 kam Bergrecht zur Anwendung. Damit trat dann die Vorgehensweise nach AtG, Atomgesetz, § 9 b mit Planfeststellung in den Hintergrund.

Ich sage ganz kurz noch etwas zu der Art der Einflussnahme.

Einflussnahme aufseiten des Antragstellers: Der Antrag der DWK und die Gutachterfirma Lahmeyer hatten bis zum Sommer 1981 keine Anzeichen gezeigt, eine Genehmigung alleinig für Gorleben und nach Bergrecht anzustreben. Argumente:

Erstens. Die Gutachterfirma Lahmeyer hatte kein Interesse daran gehabt, ihre Chancen für weitere ergebnisoffene Untersuchungsaufträge zu beschneiden, indem sie nur Gorleben favorisierte hätte.

Zweitens. Die NUKEM hatte keine Kosten gescheut, Know-how und Experten aus Skandinavien einzukaufen und Untersuchungen durchzuführen, die Endlagerung im Kristallin und Salz in Deutschland erkunden sollten.

Drittens. Wie nach dem Atomrecht gefordert, hatte die DWK 1978 die Untersuchun-

gen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik beauftragt und deshalb die Firma Lahmeyer/NUKEM ausgewählt, welche die Verfahren aus dem Bau von AKWs und Kavernen her beherrschte. Das war eines der großen zentralen Geschäftsfelder der Firma Lahmeyer.

Viertens. Einflussnahme auf Ergebnisse gab es erst bei den Untersuchungen für Gorleben, nachdem Mitte 81 der Standort für die Endlagerung verkündet wurde, nämlich Standort Gorleben.

Ich möchte etwas sagen zu der Einflussnahme aufseiten der Behörden, die ich wahrgenommen hatte. Untersuchungen zum Standort Gorleben wurden nicht direkt beeinflusst, was ich hätte beobachten sollen oder können, sondern die Bandbreite der möglicherweise ungünstigen Ergebnisse aus Untersuchungen wurde so eingeschränkt, dass Planungssicherheit entstand. Dies wurde erreicht, indem es im Vorfeld erstens unterlassen wurde, kritischen Untersuchungsergebnissen Gehör zu schenken, zweitens der internationale Stand von Wissenschaft und Technik außer Acht gelassen wurde, drittens professionelles Projektmanagement nicht genutzt wurde, das heißt zum Beispiel strategische Planung, Knowledge-Engineering, MIS, also Management-Information-Systeme, und Interdependenz-Matrizen, wie es üblich ist bei Planungen von Großprojekten.

Ich erinnere mich an ein Meeting beim NfLB und der PTB - ich weiß nicht mehr genau, welche von den beiden; das war zwischen den Zeiten 78/82 -, aus denen ich den Eindruck gewann, dass die beteiligten Fachbehörden und die Universität Braunschweig nicht genügend Kenntnisse über Technologien zur Bewertung von Untergrunduntersuchungen für Endlager besaßen. Dieses Wissen lag damals hauptsächlich bei der Industrie - Lahmeyer, NUKEM, Scandpower - und im Ausland bei den Behörden wie der BRGM/ANDRA in Frankreich, dem SKI in Schweden, dem CSIR in Südafrika und dem USGS, also dem geologischen Service von Amerika. Die deutschen Fachbehörden damals - das war mein Eindruck - maßten dem ausländischen Know-how keine Rolle zur Beurteilung von deutschen Wirtsgesteinen bei.

Hiermit schließe ich. - Nein, ich muss Sie noch etwas bemühen.

Noch etwas zur Einflussnahme auf die Planungssicherheit, um das zu relativieren, was ich eben gesagt habe; das ist wichtig

und auch in dem damaligen Zeitgeist, der anders war als heute.

Baurecht: In der Regel erfolgten Bewertungen von Untersuchungen nach den Vorgaben, das heißt: Regelwerken, der Fachbehörden. Jedoch aufgrund der in Deutschland völlig neuartigen Zielsetzung „Endlager“ wurden dem Antragsteller und seinem Gutachter relativ freie Hand gelassen, für die hohen Ansprüche „Endlager“ auch angemessene Bewertungsverfahren vorzuschlagen und anzuwenden. Dies wurde auch getan; das heißt, wir taten das. Das änderte sich aber, als die Politik entschied, den Standort Gorleben planungssicher zu machen.

Was heißt das, „planungssicher“? „Planungssicher“ heißt nicht „machbar“. „Planungssicher“ heißt nur, dass man technischen Schwierigkeiten mit bautechnischen Sicherungsmaßnahmen so lange begegnet, bis sie eliminiert sind. Das ist legitim - und ich sage heute -: wenn es sich um ein konventionelles Bauwerk handelt. Im Falle eines kerntechnischen Endlagers war ich jedoch der Meinung - damals wie heute -, dass eine mangelnde Machbarkeit im Vorfeld mit unabschätzbaren Risiken und Zeiträumen im Nachgang behaftet wäre. Es war den Entscheidungsträgern von damals - und auch vielleicht einigen auf meiner oder unserer Seite - nicht völlig klar, dass man nicht einfach wie im Kavernenbau je nach Schwierigkeitsgrad nachbessern könne, wenn es sich um ein Endlager oder eine nukleartechnische Anlage handelt.

Mit dem Entscheid, Bergrecht walten zu lassen, durften auch die Untersuchungen zweckgebunden, das heißt: mit Ausrichtung auf Planungssicherheit, durchgeführt werden. Vor Ort drückte sich dieses Ausrichten wie folgt aus:

Erstens: beim sogenannten Ansprechen von Bohrdaten vor Ort, und zwar: Die Oberbauleitung - die DWK, Baubüro Lüchow-Dannenberg - empfahl eine geeignete Darstellung der Bohrdaten, nämlich ungestörte Lagerung, niedrige Durchlässigkeitswerte.

Zweitens. Bewertungen von Bohrergebnissen, sogenannte Schicht-Korrelation und Durchlässigkeiten, welche eher im roten Bereich lagen, wurden nachträglich mit anderen Prioritäten eingestuft, sodass sie in den grünen Bereich rückten. Dadurch erübrigten sich später fachliche Erörterungen.

Drittens: Missachtung von hydrogeologischen Ergebnissen über die Infiltrationsgeschwindigkeit von Oberflächenwasser. Im

Ausland war damals zulässig eine Durchlässigkeit von 10^{-11} Metern pro Sekunde; in Gorleben wurde gearbeitet mit einer zulässigen Durchlässigkeit im Deckgebirge von 10^{-8} Metern pro Sekunde.

Viertens. Im Fachkollegenkreis des Baubüros Lüchow-Dannenberg geschah es, dass wissenschaftlicher Meinungs-austausch untersagt wurde über die Nichteignung von Salz - also in kollegialen Gesprächen -, die Nichteignung von Salz für die Endlagerung, wie zum Beispiel in Kanada, und über die Risikobewertung der Gorlebener Rinne, Kolke und Aquifere. Diskutiert wurde, ob laut Lehrbuch - in Klammern: Lehrbuch Träger - die mineralogischen Eigenschaften von Salz ungeeignet und die großräumigen Eigenschaften von Salzstöcken unberechenbar wären. Das waren einfach nur Fachdiskussionen im Kollegenkreis, keine Bewertung oder keine Berichte. Aber diese freien Diskussionen unter Wissenschaftlern waren nicht gerne gesehen.

Fünftens. Konstruktions- und Sicherheitsvorschläge aus Erfahrungen meiner Firma im Tunnel- und Kavernenbau wurden außer Acht gelassen.

Sechstens. Warnungen zum zerstörerischen Druck von Ton/Anhydrit des Deckgebirges beim Bohren wurden außer Acht gelassen. Es ging darum, die Bohrspülung auf Kohlenwasserstoffe umzustellen, wenn man auf solche quellenden Mineralien stößt. Das Wissen um quellende Gesteine besaß meine Firma Lahmeyer aus dem U-Bahn-Bau im Hasenbergstunnel in Stuttgart. Ich machte dort zeitweise die geotechnische Bauleitung beim Tunnelvortrieb an der Ortsbrust.

Kurz noch etwas zu der Einflussnahme auf Verfahren. Erstens: Vorschläge zu Verfahrenstechniken der Lahmeyer/NUKEM zur objektiveren Bewertung von Standorten im Allgemeinen blieben unbeachtet, vor allem die Verfahrenstechniken, die wir aus Schweden importiert hatten.

Zweitens. Vorschläge der Lahmeyer/NUKEM, auch für Gorleben den Stand von Wissenschaft und Technik wie in Schweden, Frankreich, USA und Südafrika anzuwenden, wurden nicht weiter verfolgt.

Drittens. Erkenntnisse aus Schweden zu alternativen Endlagern - Kristallin - blieben unbeachtet.

Viertens. Meine Kenntnisse aus Südafrika über Minimalanforderungen an Barrieren wurden als nicht angefragt abgetan. „Nicht

angefragt“ heißt also, nicht entsprechend nach dem Vertrag zu erfüllen, diese Leistung.

Fünftens. In einem Koordinationsgespräch mit dem NLfB - eventuell war das auch mit der PTB, ich weiß es nicht mehr ganz genau; ich kann mich nur noch an eine Holzbaracke erinnern -: Die bei den Erdölbohrungen genutzten EDV-Verfahren zur Korrelation von Bohrprofilen oder die bei der Deutschen Bundesbahn genutzten sogenannten quantitativen Bewertungsverfahren von Bohrprofilen wurden damals nicht genutzt. Damit konnten die Kriterien der Bohrungen nicht fachübergreifend objektiv bewertet werden.

Sechstens. In einem Gespräch mit dem NLfB schlug ich ein MIS, ein Management-Information-System, und ein Knowledge-Engineering vor, was auch als nicht angefragt abgetan wurde.

Ich möchte noch etwas ganz kurz sagen zur Einflussnahme im nichttechnischen Bereich. Der Standort Gorleben bewirkte damals eine Hybris bei der Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen und Gesinnungsprüfungen, die sich an dem damals gerade geschärfte Maßstab der Terrorismusbekämpfung orientierte. Das Arbeitsumfeld der Untersuchungen wurde dadurch persönlich sehr belastet, und zwar wie folgt:

Erstens: Schikane - ich nenne es mal Schikane - am Fachpersonal durch den Werksschutz auf den Zufahrten des Geländes um das geplante NEZ - intensive Leibeskontrolle, wiederholtes Filzen meines Pkws bei ein und demselben Passieren des Schlagbaums, verstärktes Filzen von Bauleitungs-Pkws mit den Frankfurter Kennzeichen und die Anforderung an mich, an mein Äußeres: Ein Vollbart ist unerwünscht.

Zweitens: Abhören des privaten Telefonanschlusses in Frankfurt am Main, meines privaten Telefonanschlusses in Frankfurt am Main; Quelle: Joachim Schartner, Deutsche Post.

Drittens - eine Sache, die mich nicht persönlich betraf -: Arbeitskündigung des Lahmeyer-Kollegen Herrn Ansgar Schulz, erzwungen durch den Auftraggeber wegen seines Pkw-Aufklebers „Atomkraft? Nein, danke“.

Damit bin ich zum Ende gekommen. - Danke sehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, herzlichen Dank, Herr Dr. Diettrich, für Ihre Ausführungen.

Sie hatten in Ihren Ausführungen eben erklärt, dass bezüglich der Einflussnahmen von Politik auf die Untersuchungsergebnisse oder die Weiterleitung von Untersuchungsergebnissen ein Punkt sozusagen definiert werden kann - vorher und nachher -, und hatten gesagt, dass seit dem Zeitpunkt, seitdem die Politik entschieden habe, Gorleben planungssicher zu machen, sich da eine Änderung im Umgang mit den Ergebnissen ergeben habe. Könnten Sie mir bitte freundlicherweise sagen, wann denn dieser Zeitpunkt war und was denn das bedeutet und welche Entscheidung der Politik sozusagen denn da stattgefunden hat?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das ist ein induktiver Schluss, den ich gemacht habe, und zwar deshalb, weil wir vorher ja verschiedene Standorte untersucht hatten mit verschiedenen Verfahren und dann nur noch Gorleben, und zwar bis Mitte 81, und es dann hieß: Wir machen das jetzt nach Bergrecht, und deshalb gehen wir ganz streng nach dieser Auflage und konzentrieren uns in unserer Arbeit und auch in der Verfahrensart nur nach dem Bergrecht. - Das heißt, die vorher erarbeiteten Verfahren und die vorher erarbeiteten durchgeführten Versuche fanden nicht ihre Fortsetzung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber Sie geben mir recht, dass der Beschluss, den Standort Gorleben untertägig zu erkunden und keine weiteren Standorte mehr obertägig, doch erst im Juli 1983 gefallen ist. Also woran machen Sie denn Ihre Aussage fest?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: An dem, dass uns gesagt wurde, dass wir die anderen Standorte und dass wir andere Untersuchungen jetzt nicht mehr führen und dass wir ein NEZ in Gorleben untersuchen nach Bergrecht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dieser Ausschuss versucht ja gerade, ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen. Wir müssen dabei aber sicherlich auf etwas rekurrieren, was von heute aus auch noch nachvollziehbar ist. Jetzt ist es sehr wichtig, dass uns Zeitzeugen berichten auch, welche Maßgaben sie damals erlebt haben, aber so ein bisschen müssten Sie uns helfen, das tatsächlich dann auch zu belegen, also zum Beispiel an entsprechenden schriftlichen

Anweisungen, an Aufträgen, die an Sie ergangen sind - was weiß ich -, also irgendetwas, womit Sie sozusagen das, was Sie hier dem Ausschuss vortragen, dann letztendlich auch untermauern könnten.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Für die Aufgaben vorher habe ich noch schriftliche Unterlagen, die ich auch mitgebracht habe, wo ich mich da mit den verschiedensten Standorten beschäftige, und das hörte 1981 auf. Ich habe keine schriftliche Anweisung zur Hand und muss auch sagen: Ich weiß nicht, ob ich eine solche schriftliche Anweisung bekommen hätte; denn in meiner Stellung damals als technischer Mitarbeiter machte man die Arbeit, die man verbal auch bekam, so nach der Art und Weise: Wir stellen diese Arbeit jetzt ein; konzentrier dich bitte auf Gorleben!

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dazu muss ich Ihnen sagen, Herr Dr. Diettrich, dass wir von der Firma Lahmeyer einen Brief bekommen haben am 28. Januar dieses Jahres - dem Ausschuss liegt er vor als MAT A 145 -, wo uns gesagt worden ist:

Im Rahmen unserer Arbeiten hatten wir anscheinend auch Baugrunduntersuchungen im Auftrag, wofür oberflächennahe Bohrungen durchgeführt wurden.

Mit der Erkundung des Salzstockes waren wir nach Aussagen der ehemaligen Mitarbeiter zu keinem Zeitpunkt befasst.

Das ist eben gerade bestätigt worden vom Zeugen Professor Dr. Schetelig. Das, was Sie uns jetzt sagen, auch was Sie zu Ihren Aufgaben gesagt haben, ist davon diametral zu unterscheiden. Könnten Sie das denn in irgendeiner Art und Weise belegen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich kann belegen, dass ich - - Ich kann sagen, dass ich danach in Gorleben beschäftigt war mit den Bohrungen, und die Bohrungen gingen auch über die Baugrunderkundung hinaus. Allein die Tatsache, dass wir überlegten, ob man, damit man nicht in diese salzhöflichen und quellhöflichen Horizonte hineinbohrt, Kohlenwasserstoffspülungen nimmt, die das dann verhindern würden, ist die eine Tatsache, dass also tiefer gebohrt wurde.

Das Zweite ist, dass wir vor Ort - meine Wenigkeit, und ich kann mich an die anderen Kollegen im Einzelnen nicht mehr erinnern - nur in Gorleben gesprochen haben vom NEZ und dass wir eine gemeinsame Untersuchung machen für Baugrund, Tiefe, Caprock, wie es heute genannt wird, also Deckgebirge. Ich bin damals in keiner Weise jemals darauf gekommen, dass wir nicht für eine Endlagerungsuntersuchung arbeiten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie tief ist denn „tiefer gebohrt“?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Tiefer als 200 Meter. 100, tiefer als 100 bis 200 Meter. Es gab Bohrungen, die flach waren. Danach wurden die Bohrungen tiefer. Sie wurden dann geplant bis auf 300 Meter, sodass also die Überlegung hinzukam, diese anderen Spülungen zu benutzen - und die laufende Diskussion um die Eignung des Salzstocks. Also es ging in den gesamten Bohrungen kein einziges Mal darum, die Baugründung zu untersuchen. Eine Baugründung, da macht man 30, 40 Meter tiefe Bohrungen, und das war's - für ein Gebäude, für ein obertägiges Gebäude.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Erreicht man mit Bohrungen bis zu 300 Metern den Salzstock in Gorleben?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Man kommt in die Zonen rein, wo die Salzhöflichkeit des Grundwassers so stark ist, dass das Salz nah erscheint. Man kommt in die Zonen hinein, wo Anhydrite sind, das heißt also Sachen, die direkt, unmittelbar mit dem Salz in Kontakt sind, die also quellfähig sind und eine gewisse Gefahr darstellen auch, die Bohrung weiter vortreiben zu können. Das sind die Horizonte, von denen wir sprechen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Können Sie aus diesen Befunden in 300 Metern Tiefe auf die Struktur des Salzstockes schließen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, auf das Deckgebirge, auf die Festigkeit des Deckgebirges. Wir haben nicht in den Salzstock hineingebohrt. Das hätte eines ganz anderen Verfahrens bedurft.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also haben Sie keine Befunde generiert, die unmittelbar den Salzstock betreffen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein. Wir haben in den Ton gebohrt bis - - Ich sage jetzt einmal: Ziel war, bis an den Salzstock, das sogenannte Deckgebirge zu erkunden, und das macht man, indem man es versucht voll zu durchhörern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben uns eben einen umfangreichen Aufgabenkatalog dargelegt, den Sie bearbeitet haben während Ihrer Zeit bei der Firma Lahmeyer in Gorleben, haben gesagt, dass Sie auch Kriterien für die Eignung von Endlagern erarbeitet haben, dass Sie Techniken erarbeitet haben zum GETOUT, dass Sie Szenarien erarbeitet haben für einen GAU und insgesamt die Eignung des Standorts Gorleben zu untersuchen gehabt hätten. Gibt es dazu irgendeine schriftliche Beauftragung, einen Vertrag? Denn schließlich wird es bei einem so umfangreichen Fragenkatalog und Aufgabenkatalog ja auch um Geld gehen, also darum, dass das jemand vergütet, und deshalb kann ich mir ja nicht vorstellen, dass das auf Zuruf geschehen ist.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Richtig. Also diesen Auftrag hat es sicher gegeben; das ist klar. Und das Ergebnis dieses Auftrages in Form von Berichten, davon habe ich Teile noch heute, und zwar aus folgendem Grunde: Ich habe damals hauptsächlich wissenschaftlich an dieser Frage gearbeitet, und Sie können verstehen, dass man, wenn man gewisse Dinge erarbeitet hat, gerade mit mathematischen oder innovativen Ergebnissen, die auch gerne, na, sagen wir mal, sich ans Revers stecken möchte. Das hat natürlich damals nicht stattgefunden; aber ich habe Auszüge daraus. Und aus diesen Auszügen, aus diesen Unterlagen gehen das Datum und der Inhalt und das Ziel dieser Untersuchungen hervor, und die habe ich heute auch mitgebracht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die würden uns natürlich sehr interessieren.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, die bekommen Sie.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich versuche aber des Weiteren jetzt übereinander zu bekommen einmal die Aussage aus dem Brief der Firma Lahmeyer, die eben in keinsten Weise von solchen umfangreichen und weitreichenden Aufgaben berichtet, und auch die Aussage des Zeugen Professor Schetelig, der uns vor einer guten Stunde eben auch in keinsten Weise darüber berichtet hat. Das sind ja wirklich völlig unterschiedliche Aufgabenbereiche, die sich uns da jetzt darstellen. Könnten Sie das erläutern?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also wenn Sie das jetzt so sagen, ist mir das natürlich auch eine neue Information, dass Herr Schetelig sagt, wir hätten nicht an diesem Gorleben-Projekt gearbeitet.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat er nicht gesagt!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, das hat er nicht gesagt. Er hat nur gesagt, es waren Baugrunduntersuchungen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Na ja, also das kann ich jetzt im Moment nicht nachvollziehen. Diese Art Arbeiten sind keine Baugrunduntersuchungen, wie auch gerade die Teufe, die ich Ihnen angedeutet hatte, und vor allen Dingen auch diese Aufgaben, die ich Ihnen dann vorlegen kann in Auszügen aus Berichten.

Was aber sein kann, ist, dass Herr Schetelig ja ab Frühjahr 79 nicht mehr bei der Firma Lahmeyer war - er hatte eine Professur in Darmstadt übernommen - und ich weiterhin an dieser Gorleben-Aufgabe arbeitete, aber er nicht mehr mein Vorgesetzter war. Herr Schetelig ist also, wenn man so will, Ende 78 oder Anfang 79 ausgeschieden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Da haben wir andere Informationen: dass er zumindest bis Ende 1979 da war, also doch einen gewissen Zeitraum übersehen kann.

Können Sie mir sagen, wie lange Sie vor Ort in Gorleben tatsächlich gearbeitet haben?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Mit Unterbrechungen - ich muss das rekonstruieren. Also darf ich ganz kurz zurück? - Herr Schetelig war 1979 nicht mehr in der Firma, muss

ich sagen; das ist ein kleiner Nebengedanke. Ich habe in dieser Zeit damals promoviert und habe meine Promotionsarbeit auch von seiner Sekretärin schreiben lassen. Das ging besonders gut, weil er ja nicht mehr da war. Ich kann mich damals nicht dran erinnern, dass Herr Schetelig noch in der Firma war.

Verzeihung, wie war dann Ihre zweite Frage?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie lange haben Sie vor Ort in Gorleben tatsächlich selbst Befunde erhoben und gearbeitet?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Mit Unterbrechungen - und da habe ich Schwierigkeiten, das genau jetzt festzulegen. Auf jeden Fall, nach meinem Bericht - da ist auch oben das Datum titulierte - fängt das im Januar/Februar 78 an, geht bis 79, und ich habe Teile in Schweden noch gearbeitet 81. Ich kann die Reise nach Schweden, wo wir die allgemeinen Untersuchungen, diese Techniken gelernt haben, nicht genau datieren. Ich muss Ihnen sagen, ich weiß nicht, ob das 80 oder 81 war. Es war kalt. Es könnte Winter 80 oder Frühjahr 81 gewesen sein. Und die Arbeiten wurden immer weniger für den Standort Gorleben, weil auch die Universität Braunschweig die weiteren Bohrungen vor Ort betreute und sehr viele der Kollegen damals, die an dem Projekt Gorleben mit beteiligt waren, ausschieden, darunter mein disziplinarischer Vorgesetzter bei der Lahmeyer International; ich glaube, der schied 79 aus. Es schieden andere aus. Also es dünnte sich aus. Entschuldigen Sie, ich kann Ihnen nicht genau den Zeitpunkt sagen. Ich glaube aber, noch einmal 1981. Ja, ich war 1980 oder 81 in Hanau bei der PTB bei einem Besuch - daran erinnere ich mich ganz genau -, um entsprechende Ergebnisse dort vorzutragen und zu diskutieren. Also für Gorleben war ich in dieser Zeit noch beschäftigt; aber ich glaube nicht, dass ich an Ort und Stelle auf der Baustelle oder irgendwie war in Gorleben zu diesem späten Zeitpunkt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie lange waren Sie denn tatsächlich da auf der Baustelle und haben selbst Befunde erhoben?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: 78 und 79.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ah ja. - Ich frage mich nochmals, wie es zu dieser starken Diskrepanz kommen kann zwischen dem Aufgabenkatalog, den Sie uns eben vorgestellt haben, und dem, was uns bislang bekannt ist. Also ich wundere mich, weil auch die Firma Lahmeyer ja irgendwo Vorstellungen davon haben müsste, was Sie denn wohl für Aufgaben übernommen haben in Gorleben. Also aus der Erinnerung der Firma Lahmeyer liegt uns lediglich vor, dass man gesagt hat, man hat Baugrunduntersuchungen gemacht - Herr Professor Schetelig hat das auch so dargestellt -, und Lahmeyer hat uns nun gesagt: Wenn das überhaupt noch einer wissen kann, dann ist es Schetelig. - Wie können Sie sich das erklären? Also haben Sie irgendwo einen Hinweis, eine Unterlage? Leider Gottes haben wir in unseren umfangreichen Unterlagen nämlich keine Hinweise darauf bekommen, und wir müssten natürlich irgendwo das, was Sie uns vortragen, auch belegen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja. Also das eine ist vielleicht darauf zurückzuführen, dass das nicht immer nur eine Aufgabe war, nämlich mehrere, dass dieses rein Geologische von Herrn Schetelig begleitet wurde bzw. er der disziplinarische Vorgesetzte war.

Das andere ist aber, dass die ganze Fachbearbeitung, was nachher auch diesen GAU und die Risikoanalysen angeht, von der Nuklearabteilung gemacht wurde bei der Lahmeyer International und die sich die Experten von der NUKEM in Hanau holte - die waren ja auch miteinander firmenmäßig verwandt, die beiden Firmen - und mit den Experten von NUKEM ich auch nach Schweden geschickt wurde. Diese Aufgaben haben Herrn Schetelig nie betroffen und auch nie berührt. Das waren diese Risikoanalysen, und das waren auch die Teile, die, sagen wir mal, mit der Tiefbautechnik zu tun hatten und auch mit der Tiefenerkundung. Herr Schetelig - das kann ich mir durchaus vorstellen - als Baufachmann dieser Firma für Gründungen von Großprojekten, Staudämmen usw. hat sicher mit dem Baugrundgutachten zu tun gehabt. Aber wenn wir bei der NLFb waren und bei der PTB, dann ging es nicht um ein Baugrundgutachten. Das hätte - entschuldigen Sie, wenn ich das so sage -, ich glaube, das hätte die PTB und das NLFb auch gar nicht interessiert. Ich darf das mal so in den Raum stellen. Für ein Baugrundgutachten, um einen großen Klotz in die Welt

zu stellen, bohrt man vielleicht 20, 30, 40 Meter und sieht, ob es fest ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Kann man Techniken für GETOUT, Szenarien für einen GAU erarbeiten ohne Tiefbohrung, also ohne zu wissen, wie es im Salzstock tatsächlich selbst aussieht?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, das kann man nicht, um erst mal die Frage zu beantworten. Darum ging es auch darum, letzten Endes diese Information zu bekommen und damit GETOUT auch zu füttern. GETOUT in Schweden war schon relativ weit fortgeschritten, und es ging bei GETOUT darum, diesen Weg der Emission der Nuklide durch das Gebirge, durch das Deckgebirge oder im anderen Bereich im Granit zu verfolgen, zu berechnen und deren Veränderung - der Nuklide - und auch auf das Wirtsgestein zu simulieren. Das kann man nur, wenn man diese Gesteine auch kennt.

Aber vielleicht habe ich es nicht ganz richtig ausgedrückt: Wir haben nicht Szenarien simuliert, sondern wir wollten mit diesen Szenarien Bewertungskriterien erarbeiten, also überhaupt erst mal einen Maßstabskatalog mit GETOUT. Und nach dem hätte man dann später gesagt: Wir haben die und die Bewertungskriterien, die sinnvoll sind, und können jetzt aufgrund von Bohrungen das hinterfüttern. - Wir haben damals GETOUT nicht mit den Kriterien von Salzeigenschaften gefüttert, sondern mit denen des Deckgebirges.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Diettrich, Sie haben sich eben sehr stark mit der Frage des Bergrechts auseinandergesetzt. Das ist eine Auffassung, die ich aufmerksam zur Kenntnis nehme. Auf der anderen Seite haben wir von einem Sachverständigen, Herrn Dr. Rösel, gehört hier in einer Anhörung, dass sehr wohl zu Beginn der Erkundungsarbeiten in Gorleben mit einem atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren begonnen worden sei, das aber letztendlich eigentlich immer nur so ein bisschen mitlief, weil eben wichtige Unterlagen, die vorzulegen sind im Rahmen eines atomrechtlichen Planfeststellungsverfahrens, gerade eben erst erarbeitet werden müssten, und zwar im Rahmen der Erkundungsarbeiten. Genau diese Rechtsauffassung vertritt übrigens das Bundesverwaltungsgericht

1990 und 1995. Wie passt das zusammen mit Ihrer Aussage?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also nach dem, was Sie eben gesagt haben, wollte ich Ihnen eigentlich völlig recht geben. Dieses Planfeststellungsverfahren damals oder bzw. noch nach Atomrecht - - So wurde ja auch unsere Untersuchung begonnen, das heißt, wir haben uns diese Auflagen angeschaut und haben daraus auch unser Verfahren zur Untersuchung und zu den Arbeits- und Bewertungskriterien erarbeitet. Es ist nicht so, dass das jetzt auf einmal abgestellt wurde, sondern es trat eine Präferenz ein, nämlich nach der Art und Weise, dass wir sagten: Wir konzentrieren uns jetzt auf Gorleben. Da brauchen wir das nicht mehr. Wir arbeiten jetzt weiter nach Bergrecht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das habe ich so nie verstanden, bei Herrn Dr. Rösel übrigens auch nicht. Es ist ganz klar, dass das ein bergrechtliches Verfahren ist, und es ist ebenso klar, dass dieses atomrechtliche Verfahren weiterläuft bzw. dann erst folgt, und zwar in ganzer Schönheit. Deshalb habe ich das nicht verstanden, was Sie ausgeführt haben.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das ist durchaus möglich. Jedenfalls bis zu diesem Zeitpunkt - ich sage jetzt mal 1981 - kann ich mich nicht daran erinnern, dass wir weiterhin die Auflage gehabt hätten, unsere Untersuchungen und Bewertungen nach dem Planfeststellungsverfahren fortzuführen. Wir sind da also ziemlich vereinfacht an die Sache herangegangen, zumal ich Ihnen auch sagen muss, dass wir mehr so die Datenknechte waren. Es ging jetzt nicht darum, dass wir uns darum gekümmert haben, welches Verfahren zu verwenden ist, sondern einfach, welche Daten zu liefern sind und in welcher Einfachheit oder Komplexheit die zu besorgen sind - und die Komplexheit nahm ab, sondern es ging mehr in die Richtung: Wir müssen uns jetzt nicht so viel Mühe machen, das alles bis ins Detail auszuarbeiten. Es werden die Arbeiten so bewertet, dass sie ganz bestimmten Grundlagen, nämlich denen nach Bergrecht, genügen. - Das ist, an was ich mich erinnere. Ich sage das jetzt so explizit; aber Sie müssen sich das vorstellen, dass das also eine Schlussfolgerung jetzt ist von mir aufgrund dessen, dass wir nicht da-

ran weitergearbeitet haben und uns auch das nicht weiter aufgetragen wurde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, aber das ist eine Frage, die interessiert diesen Ausschuss schon ganz explizit, alldieweil das bergrechtliche Verfahren ja tatsächlich die Grundlage bietet für ein sich dann anschließendes und weiter fortgeführtes atomrechtliches Verfahren. Deshalb macht es schon Sinn, sozusagen auch eine entsprechende Datengrundlage zu erarbeiten. Deshalb wundert mich das, was Sie jetzt gerade ausführen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Darf ich mal ganz genau - entschuldigen Sie - hören: Was genau wundert Sie?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dass Sie sagen, dass jetzt auf eine Komplexität von Daten plötzlich kein Wert mehr gelegt worden ist und Sie das begründen damit, dass es ja nur ein bergrechtliches Verfahren sei und ein atomrechtliches Verfahren offensichtlich nicht mehr angestrebt werde.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das ist jedenfalls das, an was ich mich erinnere: dass diese Auflagen, mit denen wir am Anfang an die ganzen Untersuchungen herangingen bis hin zur Entsendung nach Schweden, um das alles zu lernen, auf einmal nicht mehr weitergeführt wurden und auf unserer Auftragnehmerseite eingestellt wurden. Es ging nur noch um die reine Erkundung von Gorleben nach den einfachen Bewertungsmaßstäben, nämlich nach Bergrecht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, Herr Dr. Diettrich. Dann lassen wir es erst einmal dabei gut sein.

Der Ausschuss hat jeweils eine Mittagspause von 14 Uhr bis 15 Uhr. Dann unterbreche ich jetzt unsere Sitzung. Sie haben noch einmal die Gelegenheit, ein wenig zu verschlafen, und wir sehen uns wieder um 15 Uhr.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Danke sehr.

(Unterbrechung von 13.57 bis 15.05 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe

nun das Fragerecht an die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Diettrich, wir müssen, glaube ich, ein bisschen präziser das eine oder andere noch herausarbeiten. Sie haben in vielen Punkten andere Aussagen gemacht als Professor Schetelig. In einem sind Sie sich einig, nämlich dass Sie 78/79 in Gorleben selber waren. Er hat gesagt: Es können nicht länger als drei Monate gewesen sein. Kann das ungefähr stimmen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, das kann nicht stimmen. - In Gorleben, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es wäre nett - -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Alles zusammen: Ja, das stimmt auch.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben nämlich verschiedentlich von Schweden, von anderen - - Es geht hier um Gorleben. Also, Sie sagen: Das stimmt.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das stimmt, dass ich drei Monate insgesamt in der Ortsleitung in Lüchow-Dannenberg war, aber länger für dieses Projekt gearbeitet habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, es geht mir jetzt nicht - - Es geht mir darum: Wo waren - - Waren Sie in den Jahren 80, 81, 82 auch in Gorleben vor Ort?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, nicht vor Ort.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut oder auch nicht gut, denn: Wie können Sie zu der Aussage kommen, es habe hier ab 1981 Einflussnahmen gegeben, wenn Sie selber gar nicht vor Ort waren und insbesondere auch gar keine eigenen Untersuchungen dementsprechend vorgenommen haben können?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Die Untersuchungsergebnisse kamen auf meinen Schreibtisch. Die Untersuchungen liefen weiter. Die Ergebnisse kamen rein, und die wurden ausgewertet, und das zog sich über

längere Zeit hin. Das waren vielleicht mal einzelne Besuche; aber die sogenannte Bau - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was, einzelne Besuche? Wo, wer hat wen wo besucht? Was heißt „einzelne Besuche“?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich war in mehreren Aufgaben bei der PTB, beim NLfB oder in Lüchow-Dannenberg immer wieder zu Besuchen, um dementsprechende Gespräche zu führen für dieses Projekt. Das, was Herr Schetelig meint, ist die sogenannte Bauleitung, wo man mit Gummistiefeln neben den Bohrungen steht. Das waren vielleicht insgesamt drei Monate.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben gesagt - ich habe mir das hier mit aufgeschrieben -, Sie waren in Hanau bei der PTB.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist falsch. Die PTB ist in Braunschweig.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, in Hanau bei der - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, schauen Sie. Aber ich bitte wirklich - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie doch einfach mal den Zeugen fertig antworten!)

- Lassen Sie mich vielleicht jetzt mal meine Vernehmung hier machen, wie ich es für richtig halte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau, und ich entscheide, ob ich das zulasse oder nicht. Das tue ich hiermit. Bitte, Herr Grindel, fahren Sie fort.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Dr. Diettrich. Ich bitte Sie - Sie haben ja vorhin stolz gesagt, Sie wollen die Wahrheit sagen -: Sie müssen dann auch präzise sein. In Hanau ist nicht die PTB. Die ist in Braunschweig.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich bitte, mich zu entschuldigen. Ich habe mich verprochen. In Hanau ist die NUKEM.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. - Was hat denn die NUKEM mit Gorleben zu tun?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Sehr viel; denn für die Verfahren zur Auswertung und zu der Erstellung bzw. Erarbeitung der Kriterien ist die NUKEM von der Lahmeyer-Firma herangenommen worden - die gehörte mit zur Kernkraftabteilung -, und die war federführend und leitend für diese Untersuchung, für die Ausarbeitung und Auswertung dieser Untersuchung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Die PTB war aber diejenige, die dann die für uns relevante Zwischenuntersuchung und den Zwischenbericht gemacht hat über die gesamten Erkundungsergebnisse.

Jetzt haben Sie mehrfach von Einflussnahme gesprochen. Das müssen wir jetzt etwas spezifizieren. Wer hat in Person auf wen, bezogen auf welchen Sachverhalt, Einfluss genommen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Es gab Einflussnahme auf Daten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Von wem?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Vonseiten des NLfB; NLfB: Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung. Damals war das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung zuständig und nicht die BGR. Die war auch deshalb zuständig, weil es nicht um eine Baugrunduntersuchung ging; denn das wäre sonst das Tiefbauamt gewesen. Da ging es darum - - Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich weiß nicht mehr genau zu trennen - denn es waren oft Gespräche mit beiden zusammen, PTB und NLfB -, ob das nun jetzt genau am Ort der NLfB oder der PTB war, dass die Einflussnahme in der Art stattfand, dass Ergebnisse nachher bei dem fertigen Bericht relativiert worden sind.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich noch mal unterbrechen? Wer, welche Person im NLfB hat auf welchen Bericht Einfluss genommen? Was ist das für ein Bericht? Sie sprechen immer allgemein von Bericht, von Einflussnahme. Wir müssen dem doch nachgehen. Wir müssen doch die Personen, die Sie jetzt benennen müssen, die Einfluss genommen haben, die werden wir doch fragen

müssen, warum sie Einfluss genommen haben. Also, insofern muss ich eine Person haben und wissen, auf was für eine Art von Bericht und auf welche Aussagen dort, auf welche - zum Beispiel - Untersuchungsergebnisse Einfluss genommen wurde. Wenn Sie das freundlicherweise präzisieren können.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das kann ich nicht. Ich kann mich leider nicht daran erinnern, welche Person das war. Das ist 30 Jahre her; es tut mir leid. Ich war einmal mit Herrn Schetelig da und ansonsten öfter alleine. Ich kann es nicht rekonstruieren. Ich weiß nicht, welche Person es war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie sind nicht der erste Zeuge, der über in der Tat lange zurückliegende Sachverhalte berichtet. Andere Zeugen, die auch von Einflussnahmen gesprochen haben, haben sich sehr konkret erinnern können. Ich bitte noch mal. Schauen Sie. Aber wenn Sie - wir werden auch mal über den Zeitungsartikel zu reden haben - solche Behauptungen aufstellen und hier vor einem Untersuchungsausschuss auftreten, der übrigens nach der Strafprozessordnung auch hier vonstatten geht - -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Dann machen Sie mir bitte keine Angst.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Doch.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Keine Drohungen!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, selbstverständlich. - Dann können Sie doch nicht einfach Behauptungen hier, ohne auch nur ansatzweise die zu belegen, in den Raum stellen. Sie können weder sagen, wer Einfluss genommen hat, noch, worauf.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich kann Ihnen sagen, worauf. Ich kann nicht sagen, wer. Ich weiß, dass meine Berichte nachher in der Endfassung entschärft worden sind, dass die Bedenken, die ich geäußert habe, nicht weiter im Text bzw. im Sinn erhalten geblieben sind. Und ich - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was waren das für Bedenken? Sie haben gesagt, Sie haben Bedenken geäußert, die sind nicht berücksichtigt worden. Was waren das für Bedenken?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das sind zum einen diese gewesen, dass sogenannte Durchlässigkeiten, wie sie dargestellt worden sind, entschärft wurden in der Geologie. Das ist eine beschreibende Wissenschaft - - gibt es immer Spannbreiten. Man kann sagen: von ... bis ... Die Werte, die nachher angenommen, die Werte, die nachher in Berichten blieben, waren die, die eher im grünen Bereich waren.

Darf ich Ihnen ein Beispiel geben?

(Zuruf: Beispiel, ja!)

Es ist jetzt also ein bildliches Beispiel. Wenn es heißt: Es ist von 1 bis 10, und der Mittelwert ist 5, dann ist es bei den Geologen üblich, nicht „5“ zu sagen, sondern eher „1 bis 10“. Das „1 bis 10“ ist oft so umgeschrieben, umbewertet worden, dass keine numerischen Aussagen mehr drin waren, sondern dass ein „ungünstig“ eher formuliert wurde als ein „gar kein günstig“, also überhaupt keine Günstigkeit drin war. Ich kann mich im Einzelnen nicht erinnern an den wörtlichen Text. Aber mein Frust war so - und nicht nur meiner -, dass wir - entschuldigen Sie den Ausdruck - den Hammer geworfen haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wer ist „wir“?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Die Leute, die mit mir da dran zusammen gearbeitet haben. Der Schwede, Herr Bertil Grundfelt, der in diesen Sachen hauptsächlich mit der Auswertung mit beschäftigt war. Das ist, wie gesagt, meine Person. Ich kann mich an die Kollegen bei Lahmeyer nicht mehr im Einzelnen erinnern.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Zu wem gehörte denn der Schwede, zu welcher Firma?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das ist SKI, die SKI. Das schwedische Kernbrenninspektorat ist für die Arbeit mit herangezogen worden, um uns dieses Know-how beizubringen, wie man solche Bohrungen beurteilt, und auch diese Modelle zu rechnen.

Deshalb bin ich auch nach Schweden entsandt worden, um das dort zu lernen.

Das Ganze wurde nachher simuliert in den Computern bei der Hanau. Herr Bertil Grundfelt ist ausgestiegen. Es ist Herr Gräber ausgestiegen - der war der Leiter der Nuklearabteilung bei Lahmeyer 1979 -, und ich bin auch ausgestiegen. Das hat aber nicht nur - muss ich Ihnen sagen - den Grund, dass wir eventuell frustriert waren, da an diesem Thema zu arbeiten, sondern die Firma Lahmeyer Ingenieur GmbH, bei der ich arbeitete, fusionierte ja mit Lahmeyer International. Das heißt, die Tochter hat die Mutter geschluckt, und insoweit ging also vieles auch, was die Arbeitskontinuität anging, kaputt und verloren.

Es waren mehrere Punkte: Es war, dass wir wissenschaftlich und technisch nicht weiterkamen bei der Arbeit, dass wir uns nicht so äußern konnten, wie wir gedacht hatten, und dass wir auch einfach beruflich nicht weiterkamen. Insoweit muss ich sagen - ob Sie es akzeptieren oder nicht -: Es gab einiges an Durcheinander, was nicht unbedingt jetzt mit dem Thema Gorleben zu tun hat. Aber insoweit ist nicht alles mehr hundertprozentig so darstellbar und nachweisbar, wie was genau passierte; denn es gab einen ziemlichen Umbruch in der Firma.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. - Aber darf ich mal sagen: Sie sagen jetzt: Dieser Umbruch hat mit allerlei Dingen zu tun, nicht unbedingt nur mit Gorleben. - So. Wann sind Sie „ausgestiegen“, wie Sie sagen? Was hieß denn „ausgestiegen“? Sind Sie ausgeschieden aus der Firma Lahmeyer, haben Sie bei anderen Firmen gearbeitet, oder was heißt für Sie „ausgestiegen“? Woraus sind Sie ausgestiegen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich bin von der Firma Lahmeyer weggegangen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wann?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Am - - Darf ich kurz selber nachgucken?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, klar.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das war März oder August 82. Ich glaube, März, April

82. Ich müsste in meinem Zeugnis nachgucken, wenn Sie erlauben. Ab ungefähr April 82. Aus diesen Gründen, dass ich in Gorleben nicht weiterkam; denn ich war mit einer Doktorarbeit, die das gleiche Thema beinhaltet, aus Südafrika gekommen. An der konnte ich schon nicht arbeiten. Ich habe dann auf einem anderen Thema promoviert in Kiel, bei Herrn Mattheß. Zu dieser Zeit konnte ich das Gorleben-Thema bzw. diese Befunde dort, was also die Thematik der Sensibilität von Gesteinen wie von Strahlung angeht, nicht weiterverfolgen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich mal fragen? Erstens, was meinen Sie, wenn Sie sagen: „Ich bin nicht weitergekommen“? Und eine zweite Frage: Sie haben bei Professor Mattheß - das wissen wir - promoviert in Kiel. Da war auch Professor Duphorn tätig, der ja in der Frage, und zwar genau zu dem Zeitpunkt der Gorleben-Untersuchung, auch Aufgaben im Auftrag der BGR erfüllt hat. Warum haben Sie bei dem nicht promoviert? Das hätte doch viel näher gelegen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich habe bei Herrn Mattheß promoviert. Bei wem soll ich promovieren?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bei Professor Duphorn.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Den kannte ich damals gar nicht.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist Quartärgeologe!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aha. - Ja, ich will nur wissen. Ich frage doch nur.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, nein; den kannte ich nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Den kannten Sie nicht.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich weiß, dass er - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie den nie getroffen bei der Arbeit?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Verzeihung?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie den mal getroffen bei der Arbeit in Gorleben oder bei Besprechungen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Den habe ich niemals getroffen. Der war mir erst später bekannt geworden. Ich wusste, dass ein Professor Duphorn dort arbeitete, war aber ganz froh, dass er nicht mein Prüfer war; denn der war sehr scharf.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was meinen Sie jetzt - das war ja meine erste Frage -: „Ich kam da in Gorleben nicht weiter“? Womit kamen Sie nicht weiter?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Es sind verschiedene Verfahren, die ja mein Spezialgebiet waren, in dem ich dann erarbeiten wollte, wissenschaftlich, sei es dann in Form, dass ich das mit einbrachte in meine Promotion, oder sei es das, dass ich überhaupt in diesem Bereich Karriere machte. Denn ich hatte ja vorhin angedeutet: Das Thema interessierte mich. Endlager interessierte mich. Ich wäre sehr gerne ein Endlagerungsgeologe geworden.

Wir kamen - - Ich kam aber nicht weiter, weil die Thematik nicht mehr an uns herangetragen wurde. Entschuldigen Sie, wenn ich den Ausdruck nenne: Es wurde langweilig. Gorleben war nur noch Gorleben und war nicht mehr Endlagerung per se im größeren Rahmen mit anderen Gesteinen etc. Worüber ich dann auch in Gutachten in meiner Lahmeyer-Zeit geschrieben habe, die ich Ihnen auch mit beilege. Die wurden alle nicht weiterverfolgt, diese Optionen, und damit verliefen auch meine wissenschaftlichen Arbeiten da im Sande.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Aber dann noch mal meine Frage: Worauf wurde denn Einfluss genommen? Darauf, dass - - wir reden ja über die Zeit vor 82 -, also über die Frage, auch andere Standorte zu untersuchen oder mehr, wie Sie vorhin gesagt haben, Untersuchungsergebnisse selber? Und wenn Sie sagen „Ich hätte da gerne weitergemacht“: Vor Ort waren Sie ja nicht mehr selber sozusagen mit Untersuchungen befasst.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Man muss nicht vor Ort sein, um weiter mit dem Thema beschäftigt zu sein.

(Ute Vogt (SPD): Ja, eben!)

Das ist im Bauwesen immer so. Es gibt nachher die Datenknechte, die in Gummistiefeln draußen stehen, und die Leute, die das Zeug nachher auswerten.

Ich war insoweit für diese Zeit in Gorleben draußen vor Ort, habe diese ganze Thematik und auch die Untersuchungen selber betreut, habe Werte dazu in meine Berichte geschrieben. Diese Werte sind in dieser kritischen Art nicht weitergeleitet oder nicht weiter akzeptiert worden, und das war, dass ich merkte, dass ich in diesem Bereich keine wissenschaftliche Arbeit machen kann, wenn ich da nicht die Freiheitsgrade habe, dies alles so zu untersuchen, wie ich mir das vorgestellt hatte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wer hätte diese Berichte weiterleiten müssen, die nicht weitergeleitet wurden? Wer war da zuständig?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Gute Frage. Das muss ich Ihnen leider gestehen - - Ich glaube nicht, dass es im Bereich Lahmeyer war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, wo kann es denn gewesen sein?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Dann woanders; es tut mir leid.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber darf ich mal sagen - -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Dr. Diettrich, das ist doch jetzt ein bisschen problematisch, dass Sie sagen: „Meine Dinge wurden nicht weitergeleitet“, mir aber keine einzige Person nennen können, die dafür verantwortlich ist. Mit wem waren Sie denn dort bei der NLF im Gespräch? Erinnern Sie da noch einzelne Personen, die bei Ihren Besuchen zugegen waren?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich war einmal mit Herrn Schet - - Ich war mit Herrn Schetelig da, vielleicht auch mehrere Male. Und es ist damals, als - - Wir trugen mit Herrn Schetelig auch - - Also, wenn ich einen Punkt weiter darf: Es sind einmal die Daten, von denen wir eben sprachen; es sind aber

auch Verfahren. Um diese Daten besser auswerten zu können, hatten wir vorgeschlagen beim NfB - - Und diese besonderen Auswahlverfahren, die auf einem sehr viel höherem Niveau standen als das, was als Bergrecht oder was sonst so in Deutschland üblich war, diese Verfahren wurden als „nicht angefragt“ abgewunken. „Nicht angefragt“ heißt: Das steht nicht in eurem Vertrag drin; das braucht ihr nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wer hat diese Aussage gemacht: „Das steht nicht in eurem Vertrag drin“? Von wem kam diese Aussage?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich glaube - ich habe nur ein bildliches Gedächtnis -, dass wir beim PTB - eine größere Anlage mit damals noch Holzbaracken - ein Gespräch hatten, in ein ziemlich kleines, bescheidenes Büro reinkamen und mit dem dortigen Sachbearbeiter - an dessen Namen ich mich nicht erinnern kann - gesprochen hatten und wir diesen Vorschlag gemacht hatten, ein sogenanntes EDV-Korrelationsverfahren anzuwenden, mit dem man feststellen kann, ob die Bohrungen geeignet oder weniger geeignet sind bzw. ob die Gefahren zwischen den Bohrungen liegen. So.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es sind ja in - -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das ist abgelehnt worden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es sind ja in den Akten eine Vielzahl von Gesprächsprotokollen über solche Treffen zu finden, wo man sich über Untersuchungsergebnisse fachlich ausgetauscht hat. Haben Sie denn von diesen Besuchen zumindest noch Protokolle, die Sie uns - das haben andere Zeugen uns nachwei - - oder wir haben es hier in den Unterlagen selber gesehen - -

(Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir
haben die!)

- Frau Steiner, kann ich jetzt mal im Zusammenhang, ohne dass Sie ständig stören, hier meine Fragen stellen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die gesprächsleitenden Bemerkungen mache

ich. - Ich bitte den Kollegen Grindel, die Befragung des Zeugen weiter vorzunehmen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich tue es aber nicht, wenn ich ständig unterbrochen werde. Machen wir eine Beratungssitzung.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja, wir lernen
halt!)

Also. Nein - -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, ich beantworte Ihnen die Frage gerne. Bitte, Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gibt es Protokolle von diesen Besprechungen? Vermerke?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Wenn es welche gegeben hätte, sage ich mal, wären sie nicht in meinem Besitz. Ich muss Ihnen sagen: Jeder, der mit der Nukleartechnik bei Lahmeyer zu tun hatte, war dermaßen unter Sicherheitsbeaufsichtigung, dass es mir nicht im Entferntesten eingefallen wäre, irgendein Protokoll oder irgendetwas daraus zu behalten. Nur diese Sachen, die rein wissenschaftliche Algorithmen sind, die ich damals entwickelt habe, habe ich gewagt damals, mit mir zu nehmen. Ich habe kein Protokoll.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): In dem Artikel der *Frankfurter Rundschau* vom 20. Mai 2010, der ist hier schon mehrfach - - oder der hier schon mehrfach eine Rolle gespielt hat, findet sich von Ihnen ein Zitat:

„Mein Job war damals, die Daten etwa aus Geotechnik, Hydrologie und menschlichen Verhaltensmustern in mathematischen Modellen zu erfassen, um die dauerhafte Sicherheit eines möglichen Endlagers bewerten zu können“ ...

Dazu sagt Herr Professor Schetelig: Das hat es nicht gegeben bei Lahmeyer. Eine solche Untersuchung - - Und er sagt: Ich weiß auch gar nicht, was das sein soll, menschliche Verhaltensmuster in mathematischen Modellen zu erfassen. Herr Kollege Obermeier, der fachlich sehr viel auch mit Lahmeyer zu tun hatte oder hat, sagte auch, das kann er sich bei der Firma und dem, was sie sonst so arbeitet, nicht vorstellen. Können Sie erstens mal erklären, was Sie mit

„menschlichen Verhaltensmustern, die in mathematischen Modellen zu erfassen sind“ meinen und wie Sie bewerten oder - - Wir wollen mal sagen: Wie können Sie nachweisen, dass das tatsächlich Gegenstand der Arbeit bei Lahmeyer war?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, der Nachweis liegt hier. Ich habe sogenannte GAUs - größte angenommene Unfälle - konzipiert, die Algorithmen dazu erstellt und dann später die Programme programmiert.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das haben Sie während Ihrer Zeit bei Lahmeyer gemacht?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Aber selbstverständlich!

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Im Auftrag von Lahmeyer?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Im Auftrag von Lahmeyer. Im Auftrag von Lahmeyer, und ich habe das hier vorliegen, noch in Kopien, weil diese Algorithmen mich später für andere Arbeiten auch interessiert haben. Man müsste jetzt, um das genau nachzuvollziehen, aus welchem Bericht das ist, diese Textpassagen nehmen, um bei Lahmeyer-Archiven nachzugucken oder bei der Hanau, zu welchem Bericht das genau gehört. Das ist also, dass ich diese Arbeit gemacht habe.

Um was für Inhalte es geht, mit menschlichen Fehlern, das ist ein GAU meistens. Es geht darum um mehrere Risiken. Das eine sind technische Risiken; ich sag mal einfach Flugzeugabsturz. Das andere sind Betriebsrisiken - das ist also Fehlverhalten, menschliches Fehlverhalten beim Betrieb -, und das andere sind sogenannte Killer Assumptions. Ich sage es mal ganz grob: Das ist, wenn uns die Sonne auf die Erde stürzt, also praktische Dinge, die überhaupt nicht in dem Bereich des Berechenbaren liegen. Dazu gibt es immer mehrere Parameter und mehrere Szenarien, und die wurden durchgespielt. Und mein Durchspielen war hier bei diesem einen der Flugzeugabsturz mit dementsprechenden Betriebsszenarien, wie die Notkühlung dann weiter gemanagt wird.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Der Kollege Paul weist mich zu Recht darauf hin, dass es der Aussage der Geschäftsführung

der Firma Lahmeyer widerspricht, die klar gesagt hat, dass solche Arbeiten nicht stattgefunden haben.

Lassen Sie mich mal auf den Punkt kommen, den Sie vorhin in Ihren Eingangsbemerkungen gesagt haben, Sie hätten 30 Jahre im Tiefschlaf, was dieses Thema angeht, sich befunden. Wer hat Sie denn, um mit Dornröschen zu sprechen, da wachgeküsst?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ein Artikel. Ich bin in den letzten drei Jahren in Algerien tätig gewesen als Manager, und ich habe im Internet einen Artikel gelesen, über - in Anführungsstrichen - „Manipulation“. Das Wort „Manipulation“ selber möchte ich nicht benutzen. Aber es ist eine andere und nicht sinn-gerechte Bewertung von Unterlagen, von Daten gewesen, zu denen ich Stellung genommen habe. Es war ein Zeitungsartikel, auf den ich, wie Sie sagen, aus dem Dornröschenschlaf geweckt wurde.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie sagen „Manipulation, das Wort würden Sie nicht benutzen“: In dem Artikel dann der *Frankfurter Rundschau*, der ja auf das Redaktionsgespräch mit Ihnen zurückzuführen ist, ist aber die Überschrift: „Neuer Zeuge für Manipulation“.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann würden Sie sagen: „Diese Überschrift ist zu weitgehend“?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Die ist zu weit gegangen. Für diese Überschrift kann ich nicht. Ich haben den Herren von dieser Zeitung auch gesagt: Ich möchte vorher den Artikel mit allem Drum und Dran lesen. Da in Algerien Telefon und Internet sehr schlecht funktionieren, wurde die Zeit immer knapper. Das Ganze klappte nicht. Ich habe es *nicht* bewilligt; aber ich habe gesagt: In Gottes Namen, ich vertraue Ihnen. Schreiben Sie einen fairen Artikel. - Das hat er gemacht, und ich habe auch ihm telefonisch - - Ich weiß noch ganz genau: Ich war im Auto unterwegs, da hat er mir das vorgelesen. Und da habe ich gesagt: Also, das schreiben Sie bitte nicht so. Da hat er auch noch - - Darf ich Namen nennen von der Presse?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja, ja!)

- Ja. Das ist der Herr Wille von der *Frankfurter Rundschau*. Das hat er dann auch gesagt: Gut, das ändere ich dann. - Ich habe aber keinen Einfluss gehabt auf den Endfassungstext, und zwar aus Kommunikationsschwächen zwischen den beiden Ländern.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das kann ich verstehen. Es ist nur so, dass hier in diesem Artikel drinsteht zur Frage Auswahl des möglicherweise - - des Atomendlagers, wie es hier steht: Die Untersuchungsergebnisse wurden damals eindeutig manipuliert. Da würden Sie sagen: „Das haben Sie so nicht gesagt“?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das habe ich so nicht gesagt. Und ich glaube, es ist auch in dem Artikel weiter zu lesen - ich glaube, Sie haben denselben Artikel -, dass ich noch mal ein Beispiel gegeben habe, nämlich wie diese - in Anführungsstrichen jetzt - „falsche Manipulation“ jetzt zu bewerten ist, sondern es gab Daten, die in Bandbreiten vorlagen, und die sind mit anderen Prioritäten bewertet worden. Das ist keine Manipulation; das ist eine andere und günstige Interpretation.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich mal fragen? Haben Sie sich denn an den Redakteur gewandt, oder wie ist es dazu gekommen, dass überhaupt dieser Artikel dann abgefasst worden ist?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, der hat mich angesprochen, aufgelauert, wie man das so macht als Journalist.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, Sie waren ja in Algerien.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich war in Algerien.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der wird ja nicht in Algerien gewesen sein.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, nein. Ich war in Algerien.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der hat Sie angerufen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das fand nur am Telefon statt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können Sie sagen, wie der auf Sie gekommen ist? Denn Sie sagen ja, Sie waren 30 Jahre im Tiefschlaf. Wie kann der denn gewusst haben, dass Sie in Algerien durch einen Artikel im Internet aufgewacht sind?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich bin durch einen Artikel aufgewacht und habe auf diesen Artikel reagiert.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie haben Sie reagiert?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich habe reagiert: Nein, das ist so nicht gewesen. Die Werte damals sind sehr wohl beeinflusst oder anders interpretiert worden. - *Ich* habe darauf reagiert und habe diesen Artikel - wie soll ich sagen? „Nicht gutgeheißen“ ist nicht das richtige Wort, aber sagen wir mal: als richtig kommentiert, so - als richtig kommentiert und habe meine Kommentare dazu gegeben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht hat jetzt die SPD.

Ute Vogt (SPD): Ja, herzlichen Dank. - Ich will noch mal vorausschicken - auch für Ihre Information, Herr Dr. Diettrich -, dass Herr Professor Schetelig vorhin durchaus hier gesagt hat, dass Sie auch mit anderen Projekten befasst waren, bei denen er selbst nicht beteiligt gewesen ist, und da meinte er unter anderem das von Ihnen auch beschriebene Szenario; so hatte ich es jedenfalls auch verstanden.

Ich will Ihnen auch sagen - einfach weil man einen anderen Eindruck hätte gewinnen können, dass der Herr Professor Schetelig zu keiner Zeit Ihre Integrität in Zweifel gezogen hat oder irgendwie Ihre Fachkenntnis -: Er hat zu vielem, was Ihnen zum Teil vorgehalten worden ist, schlicht gesagt, dass er sich auch nicht genau erinnern kann, weil - - Ich denke, dass Sie sicherlich auch dichter dran gewesen sind. Das, denke ich, sollte man einfach der Fairness halber, weil Sie ja

vorhin bei der Vernehmung nicht dabei sein konnten, Ihnen zur Kenntnis geben.

Ich will noch mal auf einen weiteren Hinweis eingehen. Das betrifft dieses ominöse Schreiben der Geschäftsführung der Firma Lahmeyer, auch damit hier keine Legenden gebildet werden. Da heißt es:

Im Rahmen unserer Arbeiten hatten wir anscheinend auch Baugrunduntersuchungen im Auftrag ...

usw. Zum einen wurde uns das jetzt zweifach bestätigt. Die Firma selber kann sich heute nicht mehr erinnern und schreibt weiter, dass alles, was in diesem Schreiben steht, was Sie als Fakten dargestellt haben, in dem Schreiben nur zitiert wird:

Mit der Erkundung des Salzstockes waren wir

- ich zitiere -

nach Aussagen der ehemaligen Mitarbeiter zu keinem Zeitpunkt befasst.

Also, keiner von denen, die das unterschrieben haben, kann das selbst sagen, sondern sie haben sich auf einige wenige Mitarbeiter berufen, sicherlich nicht auf komplett alle.

Deshalb will ich Sie fragen: Wurden Sie von der Firma Lahmeyer befragt jetzt im Vorfeld dieses Ausschusses, bevor das Schreiben zustande kam, über den Umfang Ihrer Arbeiten? Haben die sich bei Ihnen noch mal gemeldet?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, die haben sich nicht bei mir gemeldet. Darf ich dazu noch was sagen?

Ute Vogt (SPD): Ja, gerne.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich hatte es vorhin schon angedeutet: Ich glaube, das ist nicht ganz leicht für die Lahmeyer-Leute selber. Sie müssen sich vorstellen: Die Firma war in der Fusion. Das ist ja alles im RWE-Konzern. Es war die Firma NUKEM fachlich federführend. Bei Lahmeyer sitzt der Auftragnehmer in der Kernkraftabteilung, die ein Hochsicherheitstrakt ist - die sagen schon mal gar nichts -, gibt die fachliche Arbeit weiter an die NUKEM nach Hanau. Die nimmt sich in einem Schwestervertrag die Firma Lahmeyer Ingenieur GmbH, wo ich war, und schickt die jungen Geologen - sagen wir mal - ins Feld.

Das heißt, der Informationsfluss - auch damals - war nie hundertprozentig klar, brauchte es auch nicht. In diesem Konzern nahm man Aufgaben, und man rückte raus und arbeitete. Insoweit kann ich mir vorstellen, dass jetzt nach 30 Jahren manch einer nicht mehr genau den Befehlsstrang nachvollziehen kann, wie was wo bei wem passierte, zumal, wie ich sagte, viele und auch die Hauptperson Herr Gräber, Ulrich Gräber, der damals Abteilungsleiter der Kernkrafttechnik war, auch gegangen sind. Und einen anderen berühmten Namen kennen Sie auch, der nicht jetzt in Gorleben beschäftigt war. Das ist Thilo Bode, der von Foodwatch, der früher lange bei Lahmeyer war. Viele sind damals raus. Andere große Namen sind Herr Keitel, den Sie kennen als Präsidenten des Industrieverbandes. Das andere ist Herr Lütkestratkötter. Viele dieser Herren sind einfach nicht mehr da und könnten dazu - das war meine Generation, das waren meine Kollegen - wahrscheinlich nichts mehr sagen.

Ute Vogt (SPD): Ja, danke. Ich glaube, das reicht auch zur Beurteilung des Schreibens.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen: Uns wurde heute - nein, gestern - ein Ordner zugestellt mit einem sehr dicken Gutachten - Standort Gorleben, Sicherheitsbericht; da geht es jetzt eher um die oberirdische Erkundung -, aber auch so ein Packen Material aus der Firma Lahmeyer. Mich verwundert schon, dass es dann von der Firma Lahmeyer heißt, sie habe zu dem Thema überhaupt nichts, weil sie offenbar schon lange vor 78 mit dem Thema Gorleben befasst war. Jedenfalls liegt uns dazu ein Bericht in den Akten vor. Also, es kann gar nicht sein, dass da nichts in der Firma vorhanden ist.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, zu diesem Datum darf ich Ihnen vielleicht weiterhelfen. Ich habe vorhin gesagt, dass ich seit 5. Februar 78 damit beschäftigt war, und zwar einfach nur aus dem Grunde: Es ist das einzige Datum, was ich auf einem damaligen Protokoll habe. Deshalb habe ich meine Beschäftigung nicht schon früher angesetzt. Ich kann sie mental einfach nicht mehr genau nachvollziehen, wann genau ich angefangen habe und wann ich aufgehört habe, da wir auch immer mit verschiedenen Aufgaben betraut waren. Also, wir haben oft auf mehreren Hochzeiten getanzt, sodass man nicht nur Gorleben alleine hatte.

Ute Vogt (SPD): Ja. Also, ich will nur sagen: Das ist eine interessante Parallele. Wir haben hier nämlich auch kein Datum gefunden, aber die Bezugsquellen enden bei 76. Also, da geht es wohl um den Zeitraum 72/76. Aber ich glaube, das können wir ein anderes Mal vertiefen.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

- Nein, da ist nicht Gorleben untersucht worden, sondern das Umfeld. Jedenfalls war die Firma Lahmeyer dort zugange.

Ich würde gerne noch mal eher die fachliche Seite nachfragen, weil das ja das für uns das eigentlich Interessante ist. Sie sind in dem schon erwähnten Artikel der *Frankfurter Rundschau* zitiert mit der Feststellung, Gorleben sei jedoch „der wohl ungeeignetste Standort für ein Endlager, die ich in 30 Jahren in zahlreichen Ländern der Welt gesehen habe“. Das wird als Zitat von Ihnen - - Könnten Sie uns das bitte erläutern, wie Sie zu dem Schluss kommen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja. Ich hatte Ihnen ja gesagt, dass ich in Südafrika zwischen den Jahren 71 bis 74 mit Voruntersuchungen zu Endlagern beschäftigt war und die Thematik sehr gut konnte und dass das auch der Grund war, weshalb Lahmeyer mich abgeworben hatte unten. Ich war Beamter im südafrikanischen Dienst.

Herr Schetelig hatte damals die Universität in Berlin angesprochen, ob sie denn nun jemanden kennen, und ein Professor Klitzsch, mit dem ich ja die Doktorarbeit darunter über das Thema machen wollte, hat gesagt: Da sitzt einer, der kommt nicht weiter, weil das alles jetzt unter Geheimklausel läuft. - Daraufhin hatte mich Herr Schetelig da unten abgeworben und - - Entschuldigung, jetzt habe ich den Faden verloren.

Ute Vogt (SPD): Na, es ging um die Frage der Geeignetheit des Standorts.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ach so, ja, richtig. Das war die Vorgeschichte. Darauf habe ich mich jahrelang damit nicht beschäftigt, mit dem Thema, sondern eher mit der numerischen Simulation auch von Wasser, wie es sich auf sehr engen Klüften oder Gesteinen bewegt, also Talsperren, Kavernen. Das Thema Lahmeyer war ja Tunnel, Kavernen und alles, was unterirdisch sehr problematisch ist. Dass dann Gorleben kam, passte

da genau rein, erst mal fachlich die ganzen numerischen Simulationen mit dem Unterirdischen und dann natürlich der fachliche Hintergrund, den ich kannte, und der war in Südafrika hochanspruchsvoll, aus dem guten Grunde, da Südafrika, sagen wir mal, einiges an deutschem Know-how nach 1945 geerbt hatte, und ansonsten auch, weil dort, sagen wir mal, insgesamt Tiefbau und Bohrtechnik weltweit führend war. Also, südafrikanische Bergwerkstollen sind 4 000 Meter tief. Die Karoo-Sedimente waren eine besondere Herausforderung. Die sind 8 000 Meter oder 8 Kilometer tief, und damals wollte man dies strahlende Material, was im Goldbergbau als Nebenprodukt übrig bleibt, dort entsorgen.

Als dann das Thema Gorleben aufkam und die Firma Lahmeyer international aufmerksam wurde, dass ich diese Vergangenheit hatte, haben sie mich gleich mit reingeholt und hatten mich dann, wie gesagt, auf Vordermann gebracht und mich dann auch nach Schweden gebracht, um dort diese besonderen Techniken kennenzulernen, wie man das alles beachtet, betrachtet und simuliert.

Ich hatte damals festgestellt - erstens in Schweden und zweitens in Südafrika -, dass die ganze Herangehensweise zwar durchaus sehr lobenswert war - das soll jetzt bitte nicht abwertend sein -, aber - entschuldigen Sie, wenn ich das sage - Lahmeyer hatte damals keine Ahnung, und die Behörden hatten erst auch keine Ahnung, sondern sagten: „Ihr seid die Fachleute. Ihr macht das. Ihr macht Konzeptionen für die Bewertung und für die Herangehensweise“, was wir auch gemacht hatten, wie ich dann aber schon schilderte, dass die nicht unbedingt dann nachher so willkommen waren.

Sie müssen es auch so betrachten: Lahmeyer ist ein Privatunternehmen. Die haben auch nicht unbedingt die Lust, wenn sie nicht einen Auftrag haben, ein Untersuchungsverfahren so kompliziert zu machen, dass es teurer ist, als der Auftrag wert ist. Also, das ist nicht unbedingt immer böser Wille, und das ist, was ich am Anfang meines Statements heute früh sagte: Das ist oft diese Grauzone, wo man nicht genau pinpointen kann, wo genau der Schuldige oder das schuldhaft Verfahren liegt.

Ute Vogt (SPD): Da ging es um die Geeignetheit dann? Da wollten wir drauf hinaus.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Bitte?

Ute Vogt (SPD): Dass Sie wieder auf die Geeignetheit jetzt noch mal zu sprechen kommen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Die Geeignetheit insoweit, dass ich also, wie gesagt, diese zwei Vorkenntnisse hatte, dass ich dann auch damit noch mal zu Herrn Mattheß ging und sagte: Kann man in diesem Bereich auch noch mal promovieren? - Das haben wir dann etwas einfacher gemacht, indem man das ganze Emissionsthema von Bewegungen auf Grundwässern einfach rausgelassen hat, und was ich später danach bei der BRGM - das ist das Bureau de Recherches Géologiques et Minières in Frankreich; das ist das, was bei uns hier die BGR ist - auch noch gelernt hatte mit deren Firma Andra, wie solche Bewertungen zu erfolgen haben und welche Herangehensweise mit welchem hohen Standard. Und wenn ich von „Standard“ rede, dann war das das, was mich damals bei Firma Lahmeyer auch etwas frustriert hatte.

Ich muss Ihnen sagen: Wir haben Großprojekte gemacht - Tunnelbau, Kavernen, Pumpspeicherwerke -, wo ein sehr, sehr aufwendiges Projektmanagement gemacht wurde, mit sogenannten strategischen Planungen, mit Managementinformationssystemen, mit Knowledge-Engineering. Das heißt, man suchte sich überhaupt erst mal alle Wissensgebiete zusammen und versuchte, erst mal richtig zu sortieren: Welches Wissen brauchen wir überhaupt, um eine Lösung finden zu können? Das alles wurde in Gorleben nie gemacht, und meine Interpretation ist: nicht wegen des bösen Willens, sondern das war alles ein bisschen dackelig. Hier hat eine Firma etwas an die andere gegeben, und der Auftragentgegennehmer, nämlich die Behörden, waren dankbar, dass jemand die Arbeit macht, und haben es auch mehr oder weniger aus Unkenntnis abgenickt. Da war eine Unbedarftigkeit da, die diesen hohen Standard nicht nachvollziehen konnte und ihn auch nicht haben wollte.

Wir auf der privaten Seite deshalb, weil das Ganze sonst eventuell aus dem Ruder gelaufen wäre, weil die DWK auch nicht unbedingt beglückt war, so viel Geld ausgeben zu wollen, und die auch deshalb die Universität Braunschweig mit herangezogen hatten, die ihre unentgeltlichen Studenten mit an die Baustelle stellen konnten. Das war also auch eine Kostenfrage seitens des Auftraggebers. Firma Lahmeyer war bekannt dafür, dass sie

vielleicht gute Arbeit macht, aber auch sehr teure Arbeit. Also war keiner direkt daran interessiert, eine Sache nach höheren Standards komplizierter zu machen.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, man hat nicht nach dem Stand der Technik gearbeitet, international verglichen. Aber Sie kommen ja zu dem Schluss, es sei der ungeeignetste aller Standorte für ein Endlager. Gibt es dafür noch einen Anhaltspunkt, -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Ute Vogt (SPD): - jetzt jenseits des Verfahrens, wie man dort geprüft hat?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Aus dieser Historie, die ich Ihnen eben geschildert hatte, Südafrika und später BRGM - - Also, diese Aussage „ungeeignetste“ stammt ja aus der jetzigen Zeit. Und dass ich später auch noch mal in Kasachstan und in Aqtau mich dort mit dem Plutoniumbrüter beschäftigt hatte - - Alle Experten, die dann so in meinem Leben - - Und bei der Nagra in der Schweiz bin ich deshalb extra gewesen. Da sind übrigens die ganzen Deutschen, die hier irgendwie der Frust getrieben hat. Die arbeiten jetzt bei der Nagra. Da hat jeder immer so ein bisschen mitleidig - entschuldigen Sie, ich liebe Deutschland und liebe auch die Technologie - - Was macht ihr denn mit dem Salz? Warum denn Salz? - Ja? Der Eindruck, der gefühlte Eindruck ist: Salz ist ein ewiges Thema, wo man sich noch ewig streiten wird über die Eignung und Nichteignung. Und meine Erfahrung in meinen 30 Jahren war, wo immer ich hinkam, dass die Leute bei Salz abgewunken haben, sei es auf Diskussionen über Kanada, sei es von der Nagra, sei es in USA oder - in Südafrika gibt es kein Salz - sei es in Kasachstan. Salz ist ein ungeeigneter Ort, weil die mobilen oder die dynamischen Parameter - - weil es dynamische Parameter gibt. Und die Vorhersagen auch allein zu machen für diese Risikoszenarien, sind sehr, sehr komplex und deshalb für meine Erfahrung aus Risikoszenarien im Talsperrenbereich - - Ich würde kein Risikoszenario unterschreiben, was ich für Gorleben machen sollte, und wenn ich sogar gute Daten hätte. Für mich sind die Imponderabilien zu viele, und ich weiß nicht, was noch alles auf mich herauffallen würde, wenn ich daran arbeiten würde. Das ist eine rein persönliche Einstellung.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, ich bedanke mich auch und gebe das Wort jetzt an die FDP.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Diettrich, ich bin schon etwas erstaunt über Ihre Aussagen, insbesondere was das Wirtsgestein Salz angeht. Wir sind ja nun als Fachpolitiker auch das eine oder andere Mal mit Expertenmeinungen konfrontiert, und wir haben ja hier schon eine ganz Reihe von Experten, Sachverständigen und Zeugen auch gehört, die nun eigentlich eher übereinstimmend gesagt haben, dass Salz aus der ganzen Matrix der Beurteilungskriterien eigentlich das bestgeeignete Wirtsgestein ist. Ich konfrontiere Sie jetzt einfach mal damit.

Sie haben ja offengelegt, dass Sie sehr viele Kontakte auch ins Ausland haben, und Sie haben vorhin von den Franzosen gesprochen. Also, ich habe auch Kontakte zur Andra. Ich habe auch zu dem Begleitkreis Clis Kontakt gehabt, und die beneiden uns um das Salz. Ich war in Frankreich, im Bergwerk, und Sie wissen genau, wenn Sie sich damit auskennen, dass das wie Tunnelbau ist, dass also sehr umfangreiche statische Bauwerke notwendig sind, um zum Beispiel in Tonschiefer so was zu realisieren. Also, ich bin genau mit anderen Bewertungen konfrontiert worden. Das mal vorab.

Sie haben ja diese zwei Phasen vorhin beschrieben, die eine, wo es darum geht, die Eignungskriterien zu bestimmen. Da haben Sie gesagt: „Gut, da haben wir uns noch bewegt auf dem Stand von Wissenschaft und Technik,“ - das ist ja auch hier immer ein vieldiskutierter Begriff gewesen - „aber dann, als es um das NEZ in Gorleben ging, haben wir diesen Pfad verlassen.“

Wir haben natürlich immer wieder auch die vergangenen Zeugen gefragt: War das immer alles auf dem Stand von Wissenschaft und Technik? - Das ist uns eigentlich durchgängig von den Zeugen so begutachtet worden. Im Gegenteil, die haben sogar gesagt: „Also, hier in Deutschland, man guckte eigentlich vom Ausland eher zu uns“, und hat gesagt: Da ist ein großer Wissenschafts- und Ingenieursvorsprung, Know-how da. - Sie haben das ja heute alles in Zweifel gezogen und haben gesagt: Die Skandinavier sind da viel weiter gewesen oder haben ganz andere

Prozedere gehabt. - Also, ich konstatiere das jetzt hier mal.

Aber mich würde dann trotzdem noch mal genau - - Also, ich will das schon genauer wissen, weil Sie ja gesagt haben, es gab die Fachbehörden, das NLFB und dann die PTB und auch die Uni Braunschweig, und es gab Treffen. Sie haben gesagt, die hatten eigentlich kein ausreichendes Know-how. An welchem Know-how hat es denn genau gefehlt? Sie sagten, die Industrie hatte das Know-how. Also, ich möchte das schon mal konkreter wissen, woran Sie das festgemacht haben.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Und dann habe ich auch noch zwei, drei andere Fragen. Wenn Sie erst mal vielleicht darauf eingehen würden.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Darf ich erst mal zu Ihrer letzten Frage Stellung nehmen? Also, an welchen Kriterien ich das festgemacht habe, folgendermaßen - das hatte ich schon mal jetzt eben auch erläutert -: Großbauwerke generell - sei es bei Lahmeyer oder anderswo oder bei großen Partnern - haben ein ganz bestimmtes internes Prozedere, wie man herangeht, und zwar - das eine sagte ich -: Wenn es um innovative Sachen geht wie zum Beispiel den Tunnelbau - - Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Stuttgart, der Hasenbergstunnel; das ist die Wendeschleife unterirdisch. Da kommen einem Sachen entgegen, die man nie vorher erahnt hat. Da muss man innovativ arbeiten. Oder zum Beispiel der U-Bahn-Bau in Frankfurt am Main. Da sind also diese klüftigen Basalte gewesen. Um so was beherrschen zu können, solche unvorhergesehenen Sachen, braucht man ein strategisches Management. Das ist ganz typisch für Geotechnik. Das hat im Falle Gorleben nicht existiert und wurde auch nie auf den Tisch gelegt, dass man da dementsprechend etwas erarbeitet hätte. Das ist also: Was machen wir, wenn? Das ist dieses Szenario.

Das Zweite ist: Wie bündele ich und konzentriere ich und optimiere ich mein Wissen? Man kann ja nicht irgendwie eine Aufgabe an irgendeinen Kollegen geben und sagen: Mach mal! - Das verlangt ein Knowledge-Engineering. Das Knowledge-Engineering ist dann extern später von der Universität Frankfurt am Main gemacht worden, von

einer jungen Griechin - das weiß ich noch ganz genau - und einem Professor - das müsste ich recherchieren -, der das erste Mal ein Knowledge-Engineering gemacht hat, ein KE-System⁴ über die Technologie des Bohrens für Deckgebirge und Salzgestein. Das heißt: Was gibt es alles für Verfahren? Was muss ich alles wissen, und wen muss ich im Falle, wenn etwas passiert, heranziehen, damit ich die Leute auch gleich habe und nicht erst eine Ausschreibung mache oder rumtelefoniere? Also, Knowledge-Engineering, die Optimierung von Wissen und Personaleinsatz. Und was ich sagte, dieses andere, MIS - Management-Informationssysteme -, dass man einfach informiert ist. Das gab es nicht. Das verstehe ich unter Verfahren.

Und das Dritte war: Das ist dieses EDV-Verfahren, um festzustellen in Gorleben - - Das war, was ich vorgeschlagen hatte bei der PTB. Stellen Sie sich vor - ich darf das vielleicht ganz kurz in einem Bild erläutern -, Sie haben einen Marmorkuchen und wissen jetzt nicht darin, wo die Schokolade ist. Sie können jetzt mit der Stricknadel reinpieken, einmal links, einmal rechts. Dann haben Sie genau die beiden Orte, aber Sie wissen nicht: Wo liegt es dazwischen? Sie müssten also den ganzen Kuchen perforieren. So ähnlich war es in Gorleben. Das kann man sich aber ersparen - weitgehend -, indem man eine EDV nimmt, die einem genau sagt, ob es zwischen diesen verschiedenen Schichten - sprich: Marmorkuchen - unlogische Teile gibt, die sich nicht verbinden lassen. Und wenn dem so ist, dass da etwas ist, was nicht zusammenpasst - das nennt man eine Diskordanz -, dann ist dort die Gefahr, dass dort ein Bruch ist und dass dort auch Wasser versickert und dass man dort noch mal mehrere Bohrungen hineinsetzen muss.

Das heißt also, die Arbeit, aber auch das Wissen zu optimieren, das ist nicht gemacht worden. Dieses Verfahren gab es, und das hätte es sogar bei der Bundesbahn gegeben. Sogar die Bundesbahn, die Deutsche Bundesbahn, hat ein eigenes geotechnisches Schichtverzeichnissystem, um gerade solche Sachen zu quantifizieren; denn Geologen selber neigen dazu, in der beschreibenden Wissenschaft immer zu sagen: Ja, aber und was? - Und grün oder blau, das reicht nicht. Für die Technik braucht man ganz klare,

quantifizierbare Ergebnisse, nämlich Zahlen. Die Bundesbahn hat so was zum Beispiel. Dieses Diskordanz-EDV-Verfahren ist auch so was. Das wurde damals nicht nur nicht benutzt, sondern es wurde schlichtweg einfach nicht beachtet, dass man so was hätte anwenden können. Das ist abgelehnt worden von der PTB, wahrscheinlich aus dem gleichen Grund, wie ich sagte, weil das die Sache zu kompliziert gemacht hätte.

Das ist also, was ich sage zu dem Verfahren, zu dem mangelnden Verfahren, technischen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gut, das steht jetzt im Raum. Das ist Ihre Auffassung.

Wir hatten in den vergangenen Zeugenvernehmungen durchaus Hinweise, dass es ja einen regen internationalen Wissensaustausch auch gab. Ziehen Sie den in Gänge dann auch infrage, dass Sie sagen, das reicht auch nicht, wenn man mit - - Sie haben ja selbst gesagt, Sie waren viel im Ausland. Aber wir haben ja hier von Professor Röttemeyer zum Beispiel auch erfahren, dass es also sehr weitreichende Vorträge gab, dass man in einem regen Austausch war. Also, ich meine, wir müssen uns ja - - Ich weiß jetzt nicht, ob Sie vielleicht so rückblickend sagen: „Ja gut, man hätte das alles anders machen können oder optimieren können“, oder ob man nicht wirklich, wenn man jetzt mal diese 30, 35 Jahre zurückspult und wenn Sie vielleicht auch mit sich selber, sagen wir mal, ganz ehrlich umgehen, dass Sie sagen, ja gut, vielleicht waren Sie vom Ansatz her ja ein Stück weiter, dass Sie also sagen können: Gut, das war aber damals nichts Anrühiges, dass man so vorgegangen ist.

Ich meine, wir haben heute auch andere Verfahren und auch Beteiligungsverfahren usw. Es ist immer schwierig, sich wirklich in den Zeitspirit zurückzusetzen. Deswegen wundert es mich schon, weil einige der Zeugen vorab oder zuvor wirklich gesagt haben: Wir haben uns wirklich sehr viel Mühe gegeben mit diesen Fragestellungen. Wir haben also eigentlich keine Mühen und keine Kosten gescheut, um da auch wirklich im internationalen Austausch zu sein, um wirklich zu wissen, was machen die anderen, wie machen die es anders. - Usw. usf.

Ich meine, Sie haben die Nagra angesprochen. Natürlich sind wir auch alle immer herzlich eingeladen, uns das vor Ort anzugucken. Aber schlagen Sie doch mal vor. Ich meine, wir haben ja das Thema mit dem

⁴ Korrektur des Zeugen: streiche „KE-System“, setze „KI-System“, Anlage 2

Granit unten im Rheingraben. Da gibt es andere Probleme. Alle möglichen Leute, mit denen ich gesprochen habe von der BGR, die haben gesagt: Selbst wenn man jetzt noch mal auf null ginge, man würde wahrscheinlich immer wieder irgendwo im Norddeutschen Landen und bei dem Wirtsgestein Salz.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich komme zu dem Punkt zurück, dass die Wissenschaftler meinten, sie hätten sich sehr wohl international ausgetauscht. Ich glaube das - Und alleine schon meine Entsendung war wahrscheinlich überhaupt das erste Mal, dass man sich ausgetauscht hatte. Ich glaube nicht, dass man sich vorher groß ausgetauscht hatte. Dann müsste, hätte - Ich glaube mal - ich impliziere mal andersherum -, dann hätte doch irgendjemand mal kommen müssen, der gesagt hätte: Lieber Herr Diettrich, was Sie da vorlegen, lesen Sie mal bitte dort und dort nach bei unseren ausländischen Kollegen! - Da war nichts. Damals war da nichts, nicht im Austausch mit dem NLFb, nicht im Austausch mit der PTB.

Es kann sein, dass es in anderen Etagen einen Austausch gab - das weiß ich nicht -, aber der ist nicht bis zu Herrn Schetelig oder zu mir oder bis zum Herrn Gräber vorge drungen. Ich glaube es auch nicht. Wir hatten uns damals eigentlich immer sehr bemüht, in diesen Sachen zu recherchieren, was man ohne Internet damals gar nicht so leicht konnte. Deshalb sind auch übrigens diese Sachen hier auf Englisch. Das waren schon die ersten Austausche in diesem Bereich.

Ich möchte einfach sagen, dass ich nicht glaube, dass bis zum Jahre 81 ein solcher internationaler Austausch stattgefunden hat, dass man damals schon hätte gleich von vornherein anders verfahren können, was Wissensanwendung angeht. Ich glaube, bis 1981 gab es noch nicht diesen Austausch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, damit ist das Fragerecht der FDP erschöpft.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Aber da war noch eine Frage offen, die ich - Der zweite Teil. Sie hatten einen zweiten Teil gestellt. Oder war das jetzt nur rhetorisch, dass Sie sagten, Granit oder irgendwas?

Angelika Brunkhorst (FDP): Nein, meine Redezeit ist leider zu Ende.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ach, schade.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie können die Frage gerne noch beantworten. - Ach so, nein, Sie haben sie gar nicht gestellt.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Doch, sie hat sie gestellt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie hat sie gestellt.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Dann darf ich darauf antworten?

(Zuruf)

- Doch, ich erinnere mich.

(Zuruf)

Es ging darum, dass Sie die Erfahrung hatten bei dem Austausch, den Sie jetzt hatten mit dem Ausland, dass die Ausländer glauben, dass Salz in Deutschland etwas Interessantes ist für die Endlagerung. Granit ist auch etwas Interessantes, Ton auch. Das kann alles richtig sein. Aber die sollen ganz objektiv rangehen, drei Alternativen durchziehen. Ich selber kann Ihnen sagen, dass ich zwar glaube, dass Salz der schlechteste Standort ist - Ich hatte auch angefügt, weshalb. Das hat auch mit den sozioökologischen Rahmenbedingungen zu tun. Man kann fast sagen, Gorleben ist verbrannte Erde. Wer da noch mal versuchen könnte, einen bürgerfreien Standort hinzusetzen, dem gratuliere ich. Das ist nicht einfach. Das ist diese andere Komponente, die in 30 Jahren hinzugekommen ist.

Das andere ist die rein fachliche. Ich akzeptiere jeden Standort, wenn der genau gleich und genauso sauber durchanalysiert wird, und das sollte man bitte international machen; denn die Erfahrungen sind vielleicht nicht hier und da so viel besser - man muss nicht den anderen unterstellen, dass sie besser sind -, aber dieser Gedankenaustausch sollte in einem gemeinsamen Gremium passieren, wie es in anderen Bereichen in der deutschen Wirtschaft auch ist.

Die WRRL, das ist grenzübergreifende Wasserwirtschaft. Warum macht man das? Weil Wasser grenzübergreifend ist. Ich finde, Emission ist auch grenzübergreifend. Es gibt viele Dinge, an die ganz anders herangegangen wird, die ganz anders gemanagt werden, und das vermisse ich noch. Im Mo-

ment ist es für mich ein Glaubenskampf, die Endlagerung. Für mich ist im Moment das, was ich sehe - für mich persönlich -, noch keine objektive Analyse eines Falles. - Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, dann ist das Fragerecht jetzt bei den Linken. Bitte.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Diettrich, Sie haben vorhin betont, dass Lahmeyer ein Privatunternehmen war. Mir liegt zum einen ein Vermerk der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt vor - MAT A 123, Band 15, Paginierung 120 -, aus dem hervorgeht, die DWK hat der Lahmeyer International GmbH den Auftrag erteilt, außer Programm für Baugrundbohrungen auch für ein hydrogeologisches Untersuchungsprogramm einen Vorschlag auszuarbeiten.

Des Weiteren gibt es hier einen Vermerk - MAT A 83, Band 8, Paginierung 322 f. -, aus dem hervorgeht, dass es doch umfängliche Verhandlungen offensichtlich gab über die Frage der Kostengestaltung, der Entlohnung, der Kostendeckelung. Wie war das Ihrer Erinnerung nach? Ich sage mal, je mehr Aufwand für eine Privatfirma entsteht, desto höher wird ja sicherlich auch die Rechnung ausfallen. Hat das zum Beispiel bei der Vertragsgestaltung und bei den praktischen Arbeiten Einfluss ausgeübt, dass man, ich sage mal platt, das auch billig halten wollte von öffentlicher Seite?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das muss ich verneinen, dass man etwas billig halten wollte, so wie man vielleicht irgendwie heute einen chinesischen Artikel kauft, um ihn dann für irgendeinen „Made in Germany“ hinzustellen. Entschuldigen Sie den Vergleich hier in dieser Runde. Das gab es auf keinen Fall, schon gar nicht bei Lahmeyer.

Aber man versuchte - das habe ich versucht, anzudeuten -, innovativ so zu arbeiten, um Arbeit so zu optimieren, dass man mehr mit hinstellen oder erzeugen kann, ohne dass die Sache aufwendiger wird, wie zum Beispiel dieses Diskordanzverfahren.

Jetzt zurück zu dem Vertrag. Den Vertrag kenne ich nicht, hat mich auch damals nicht interessiert, hätte mir auch keiner gezeigt; das war nicht mein Level. Aber interessant ist, dass es diese Verträge natürlich gegeben hat. Ich hatte vorhin angedeutet, es kann

durchaus sein, wie das oft bei geotechnischen Arbeiten üblich ist - sei es im Kavernenbau, sei es bei Talsperren usw. -: Man fängt erst mal an zu buddeln, trifft auf einen harten, kleinen Stein und sagt: Wie kriegen wir den weg? Bitte Nachverhandlung. - Das ist in der Baubranche sowieso üblich; das kennen Sie. Es gibt kein Gebäude, das zu dem Preis letzten Endes abgenommen worden ist, zu dem es mal kalkuliert war. Das war in dem Bereich erst recht der Fall.

Dass man daraufhin irgendwie dann langsam rauskomplimentiert wurde aus dem Vertrag, hatte ich ja angedeutet, indem viele Arbeiten an nichtqualifizierte Institutionen abgegeben wurden, die ich für nicht dafür qualifiziert halte, nämlich zum Beispiel an Studenten der Universität Braunschweig. Da habe ich mich damals sehr darüber geärgert. Das ist durchaus möglich, dass das so gelaufen ist.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Haben Sie dafür Belege oder irgendwas, was - -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, das tut mir leid. Dafür habe ich keine Belege, und ich dürfte auch keine haben.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Hätte ja sein können.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, ja. Jetzt ist es ja verjährt, könnte - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie haben vorhin gesagt, Sie haben bis in - wenn ich Sie richtig verstanden habe - 300 Meter gebohrt, oder rund 300 Meter. Ich bin zwar keine Bauingenieurin oder Geologin, aber auch als Architektin habe ich Zweifel, ob das reine Baugrunduntersuchung war. Habe ich Sie richtig verstanden, dass das sozusagen Vorarbeiten für die damals schon in Aussicht genommene untertägige Erkundung war, also der Vorläufer, um mal zu gucken: Wie sieht das Deckgebirge aus? - Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Gut, dass Sie es angesprochen haben. Sie haben mich richtig verstanden, und zwar hätte ich den Punkt sogar vorhin schon sagen können. Ich kann mich an Gespräche erinnern, wo wir ganz bewusst gesagt haben: Wir bohren doch nicht zweimal. - Deshalb hieß es auch

NEZ. Ich habe zwei Zeugnisse von Lahmeyer. Das eine ist, wo ich das ganze Gorleben rausgelassen habe, weil ich wusste, ich kriege damit nie wieder einen Job irgendwo. Entschuldigen Sie, dass ich das sage, aber ich bin hinterher ins Ausland in den Entwicklungsdienst gegangen, und Gorleben hätte mir meine Karriere verdorben. Deshalb ist einmal Gorleben draußen. Und in dem ersten steht drin: NEZ. Das nukleare Entsorgungszentrum ist nicht nur oben die Wiederaufbereitung, sondern das ist das Ganze, und dafür wurde gebohrt, und da wurden auch die Bohrungen optimiert. Die DWK hat sich nicht hingestellt und hat gesagt: Schön, das ist juristisch nicht zusammen. Jetzt bohren wir zweimal. - Nein, es wurde mit ein und derselben Bohrung derselbe Deibel erschlagen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Uns liegt eine Aussage von Professor Duphorn vor. Ich zitiere aus dem Protokoll der 12. Sitzung, Seite 21:

Je mehr Bohrungen wir machten und je tiefer wir bohrten, desto schlechter wurden die Bohrergebnisse in Bezug auf die Endlagerung ...

Würden Sie das bestätigen, zumindest bis in diese 300 Meter Tiefe, in die Sie gearbeitet haben? Und habe ich Sie vorhin richtig verstanden, dass Sie - anders als erwartet - ein nicht vollständiges Deckgebirge antrafen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das Letzte, was Sie sagen, dass ich ein nicht vollständiges Deckgebirge antraf, möchte ich deshalb nicht sagen, weil mit den Bohrungen, die mir vorlagen, habe ich das nicht sehen können. Das muss gesagt werden. Das sind ja Interpretationen, die nachher auch weitergegangen sind durch weitere Erkundungen, dass man überhaupt erst gemerkt hat: Wie sieht das Deckgebirge aus? Wir haben damals noch nicht mal richtig von Deckgebirge gesprochen.

Richtig ist, dass, wie gesagt, die Bohrungen tiefer gingen als nur für eine Baugrunderkundung, die vielleicht bei 20 oder 30 Metern ist; denn die sind ja nur dazu da, um die Standfestigkeit und die Druckfestigkeit und die Lambdas und was alles für Parameter im Erdkörper festzustellen. Dazu brauche ich keine Bohrung, die tiefer ist als 50.

Diese Bohrungen wurden, wie gesagt, zu tief gebohrt. Die haben auch dementspre-

chende Ergebnisse gebracht, dass es da unten nicht ganz geheuer ist. Das hatte ich eben angedeutet: Zwischen den Bohrungen gab es Lücken. Das heißt, also auch Gefährdungen, wo Wasser hätte versickern können, und außerdem, dass es nach unten hin schwieriger wurde, zu bohren.

Das darf ich Ihnen vielleicht insoweit ganz kurz erklären: Wenn man mit einer Bohrung arbeitet, dann gibt es einen Schmierstoff, den man „Spülung“ nennt. Mit dem wird erleichtert, dass die Bohrung überhaupt diese kleinen Gesteinsbröckchen nach oben fördern kann. Das wird in einem Wasserstrom mit einem ganz gewissen Zusatz gemacht. Das nennt man - - Wenn ich jetzt auf Anhydrit komme: Der Anhydrit macht nichts anderes und würde sofort das Wasser aus dieser Spülung herausnehmen, würde sich verbinden, würde sich ausdehnen und würde die Bohrung zusammendrücken. Das heißt, mein Gestänge und Meißel würden unten steckenbleiben.

Was macht man, damit das Anhydrit nicht ans Wasser rankommt? Man stellt die ganze Bohrung auf Öl um. Es wird anstelle von Wasser mit Öl gebohrt. Darin war ich Fachmann, weil ich ein Jahr lang eine 6 000 Meter tiefe Bohrung vor Afrika gebohrt hatte, wo also hochkomplizierte Bohrtechniken verlangt wurden.

Und das Zweite war: Ich war mit bei den allerersten Nordseeerdölbohrungen dabei, in Schottland. Da wurde auch in den Salzhut hineingebohrt, und dort wurde auch mit Öl gebohrt. Das werde ich nie vergessen in meinem Leben; denn wenn alles voller Diesel- und alles voller Benzingeruch ist und ein einziger Funke genügt, um das Ganze in die Luft zu jagen, dann vergessen Sie das nicht.

Da ich darin Erfahrungen hatte, hatte ich gesagt: Na, dann macht mal alleine. Ich habe keine Lust, hier KW-Bohrungen - also Kohlenwasserstoffbohrungen - zu machen in einem Bereich, der, sagen wir mal, so wenig gemanagt wird.

Wichtig ist daran, dass die Bohrungen schon so tief waren, dass man auf dieses Verfahren hätte umsteigen müssen, dass ich das gesagt hatte und gesagt hatte: Vorsicht, das ist aber eine völlig andere Geschichte. Jetzt wird es ganz anders. - Das zu Ihrer Frage, wie tief, und warum ich das weiß.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Dann möchte ich einfach genau direkt an die Frage anknüpfen. Ich hätte nämlich auch nach den Kohlenwasserstoffspülungen gefragt, weil ich das vorhin bei Ihrem Vortrag für Laien auch schwer nachzuvollziehen fand. Ich verstehe es jetzt etwas besser.

Jetzt habe ich als Erstes die Frage: Lässt das denn die Vermutung zu oder ist das gar ein Beleg dafür, dass es eben über Baugrunduntersuchungen weit hinausging, was da im Namen der oder durch die Firma Lahmeyer durchgeführt wird? Was waren das für Untersuchungen, wenn man die einschätzen muss? Dienten die eventuell schon dem Endlagerzweck?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich darf da noch mal wiederholen: Sie dienten dem NEZ. Sie wurden deshalb tiefer gemacht, weil man damit gleichzeitig den Baugrund erkundete, sagen wir mal ruhig, bis 20, 50 Meter. Und wenn man die Bohrung einfach tiefer machte, dann hatte man, wenn man so sagte, ja schon die ersten 50 Meter für den Baugrund da und konnte dann auch für die Tiefenerkundung und für das Endlager dementsprechend die Bohrungsergebnisse da unten rausholen. Die Bohrungen galten dem NEZ, und auf der Baustelle und im Baubüro Lüchow-Dannenberg gab es kein anderes Thema.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Wenn Sie sagen, das war die Vorbereitung für die Tiefenerkundung, dann kann man ja daraus schließen, dass die Tiefenerkundung durchaus schon geplant war. Und wenn ich mich jetzt richtig erinnere bei den ganzen zeitlichen Vorgaben, bezieht sich das ungefähr auf Mitte 81, eventuell Anfang 82.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Sie haben stattgefunden. Tut mir leid, ich kann Ihnen nicht sagen, in welchem Teil des Jahres, und ich kann Ihnen sogar nicht mal sagen, ob es Ende 80 oder 81 war. Es war Sommer, und in den Freizeiten bin ich gerne da auf diesen Sandwegen mit meinem VW rumgekurvt. Es war ein Sommer. Deshalb vermute ich mal, dass es 80 war.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob 80 oder 81, ist jetzt auch nicht so dramatisch. Aber wenn wir vermuten müssen, dass das bereits die Vorbereitung für die Tiefenerkundung war, muss man sich ja nur vor Augen halten, dass die tatsächliche Entscheidung für die untertägige Erkundung deutlich später getroffen worden ist für die Öffentlichkeit erkennbar, nämlich 1983. Von daher ist es interessant, zu wissen, dass solche Maßnahmen und solche Untersuchungen schon anderthalb oder zwei Jahre vorher vorgenommen werden, und das legt den Schluss nahe, dass die Richtung Tiefenerkundung nur in Gorleben schon auch da eingeschlagen worden ist.

Da möchte ich nämlich meine nächste Frage anschließen. Sie hatten ja vorher in Ihrem umfassenden Vortrag mehrfach darauf hingewiesen, dass die Erkundungen interessant waren und dass sie offen waren bis circa 81 und dass Sie eine Änderung beobachten konnten - auch in dem, was Sie durchführen mussten - ab 81. Sie haben dann gesagt, es gab eine Einflussnahme wegen Gorleben ab 1981, nachdem der Standort benannt war. Das sei zwar keine direkte Manipulation gewesen, die dann da stattgefunden hätte, aber es hätte sich Wesentliches verändert, und das würde ich gerne noch mal genauer wissen, weil es ging relativ schnell, und ich konnte es gar nicht alles so schnell mitschreiben.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Die Veränderung erst mal insoweit, dass die komplizierte Zusammenstellung von Bewertungskriterien, für die ich ja ausgebildet war in Schweden, auf einmal keine Rolle mehr spielte, so nach dem Motto: Was wollen wir jetzt erst mühsam Sachen bewerten und dafür die Bewertungskriterien zusammenstellen? Wir machen jetzt Gorleben, und da läuft es nach Bergrecht. Da brauchen wir das nicht. Da nehmen die ihre Bergabbaukriterien.

Am Anfang, als ich vorgelesen hatte, haben wir schon damals diskutiert, dass wir sagten: Wie kann denn Bergrecht geltend sein? Es handelt sich nicht um eine Entnahme von wirtschaftlich nutzbaren Stoffen, sondern um eine Einbringung von nicht wirtschaftlich nutzbaren Stoffen. Dass darüber nicht Geowissenschaftler entscheiden, sondern der Gesetzgeber, ist eine andere Sache. Ich wollte nur sagen: Dieses Gespräch war, und daran kann ich mich erinnern, zu-

mal auch ich noch mal betone, dass wir durchaus sehr interessiert waren an diesem schönen Auftrag, der allgemeinen Untersuchung von Standorten, weiter daran arbeiten zu können. In Gorleben wurde es eingeengt, und es wurden kleinere Brötchen gebacken, bzw. auch der Großauftrag schwand uns dahin, indem er die Kleinschiene Gorleben benutzte.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Dann haben Sie ja in dem Zusammenhang auch gesagt, dass das Ziel ab dann eigentlich Planungssicherheit war, also das das Ziel des Auftrags war. Wenn ich das richtig verstanden habe, heißt das, dass das - - Oder habe ich das richtig verstanden, dass das dann der Punkt war, an dem es gekippt ist? Man begegnet technischen Schwierigkeiten so lange, bis das Projekt bautechnisch möglich ist, dass das so ein Beispiel ist, wie sich etwas verändert hat, und dass das ja irgendeinen Grund hat, worauf das zurückzuführen ist.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich hatte dieses gesagt mit „so lange nachbessern“, wie das im Bau sonst üblich ist, und ich wollte einfach Hintergrundinformationen geben, wie eine solche Firma an Projekte herangeht. Das war das erste Mal in Deutschland, auch für so eine Firma, dass man mit kerntechnischen Anlagen in dieser Dimension arbeitete. Deshalb ging man ran wie ein braver Bauingenieur. Wenn was nicht passt, wird es passend gemacht, und da sagte ich: Das kann man wohl machen. Das macht man bei Bauwerken, und im schlimmsten Falle kostet es einfach nur mehr.

Hier handelte es sich aber um eine Endlagerung, deren Zukunftsunwägbarkeiten man nicht irgendwann in ferner Zukunft begegnen könnte in dem Sinne, dass ich einfach mehr Beton unten reinschützte und es machbar mache. Deshalb war es nach dem Baurecht so, dass die Firma Lahmeyer und viele andere an die ganze Sache herangingen und sagten: Was wir brauchen - - Auch die Firma DWK. - Wir können hier nicht vor Ort stehen und nicht wissen, ob wir morgen aufhören müssen. Wir brauchen eine Planungssicherheit. Gebt uns die Informationen, die uns gewährleisten, dass wir hier in den nächsten paar Jahren auch noch weiter untersuchen können. - Das heißt also, erst mal eine Planungssicherheit, einfach dass man planen kann: Da kommen soundso viele

Aufträge und soundso viele Untersuchungen jetzt.

Dann sagte ich, das heißt noch lange nicht, dass Gorleben damit machbar gemacht werden sollte. Die wollten einfach erst nur mal wissen: Machen wir hier weiter oder nicht? Und dieses „Machen wir hier weiter oder nicht?“ wurde insoweit beeinflusst, indem es hieß: Na, stellt mal nicht alles so negativ dar. Das können wir ja später alles noch mal feststellen, ob es passt oder nicht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und dazu - -

(Ute Vogt (SPD): Ein nachträgliches Geburtstagsgeschenk!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Noch ein nachträgliches Geburtstagsgeschenk? Wir fangen jetzt eine neue Runde an, und dann gibt es noch ganz, ganz viele Möglichkeiten zur Frage. - Das Fragerecht geht jetzt an die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, vieles von dem verstehe ich einfach nicht, was Sie sagen, und deswegen versuche ich, es begrifflich noch mal klarzumachen.

Sie sprechen vom NEZ. Was meinen Sie denn damit? Nukleares Entsorgungszentrum? Oder ich glaube, das ist der Ausdruck, der damals benutzt wurde. Von welchem Zeitpunkt reden Sie, wenn Sie vom NEZ sprechen? Sie sprechen hier doch über Zeiträume 82/83.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich spreche über den Zeitraum, in dem ich bei Lahmeyer diese Aufgabe hatte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Und ich habe auch in diesem einen Zeugnis nichts anderes stehen als das NEZ, und es ist auch in meinen Unterlagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Auf Ihr Zeugnis kommen wir gleich noch. Wesentliche Inhalte des NEZ -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - haben 78/79 eine Rolle gespielt, aber dann nicht

mehr, weil man sich zum Beispiel von der Wiederaufarbeitung verabschiedet hat.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das ist durchaus möglich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und die Frage ist doch: Für was haben Sie da eigentlich gearbeitet, und für welche Bereiche haben Sie da Vorarbeiten getroffen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das hatte ich vorhin schon mal versucht anzudeuten. Unsere Untersuchung da draußen, in den Gesprächen und in den Aufgaben, die wir hatten, galten der Endlagerung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, und dann kommen Sie mit der Frage Baurecht, wo Sie sagen, das musste nach Bergrecht gehen. Haben Sie denn da an einem Endlager mitgebaut?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Gebaut nicht. Hatten Sie „gebaut“ gesagt?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Oder Vorbereitungen getroffen dafür?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Wir haben Untersuchungen gemacht, die es - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Für ein Endlager?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Für ein Endlager.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Wir haben - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, das ist einfach falsch. Für ein Erkundungsbergwerk -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - haben Sie Vorbereitungen getroffen,

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und dann müssen Sie mir mal sagen, wo für ein Erkundungsbergwerk eine Rechtsgrundlage im Atomrecht ist.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, 1981 kam das erste Mal der Begriff auf.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Welcher Begriff?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das versuche ich - - Ein Endlagerbergwerk. Vorher haben wir für diese kombinierte Maßnahme gearbeitet, die bei uns NEZ genannt wurde. Endlagerbergwerk war es, glaube ich, hieß es damals. Es ist durchaus möglich, dass auch der Begriff „Erkundungsbergwerk“ benutzt wurde. Ich weiß es nicht mehr.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe Sie gefragt, ob es für ein Erkundungsbergwerk im Atomrecht nach Ihrer Kenntnis eine Rechtsgrundlage gibt.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich kenne das Atomgesetz nicht so, dass ich Ihnen jetzt antworten könnte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. Weil Sie sich ja dazu geäußert haben, Sie hätten sich gewundert, dass es nach Bergrecht geht.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, und zwar - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, wenn es keine Rechtsgrundlage im Atomrecht gibt, muss man wohl nach dem Bergrecht vorgehen. Aber gut, das lassen wir mal so stehen.

Ich hätte eigentlich jetzt weiter zum Tiefschlaf fragen wollen, frage aber jetzt - weil Sie es erwähnt haben - nach dem Zeugnis. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie Wert darauf gelegt haben, dass Gorleben im Zeugnis nicht vorkommt, weil es Sie behindert?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das verstehe ich deshalb nicht, weil Sie uns doch vorher gesagt haben, Sie sind in Südafrika nicht weitergekommen und sind gerade gerne zu Lahmeyer gegangen und haben sich gerade gerne um Gorleben gekümmert,

weil Sie dadurch zu Professor Mattheß konnten, um Ihre Promotion zu machen. Insofern muss Gorleben doch für Ihre Karriere von Vorteil gewesen sein. Können Sie mir erklären, warum das im Zeugnis nicht auftauchen durfte?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das durfte sehr wohl auftauchen. Ich hielt es nicht für meine Zukunft damals für empfehlenswert, das mit Gorleben hineinzubringen, und zwar erkläre ich Ihnen das: In dem Jahr, als ich Lahmeyer verließ und die beiden Firmen ja fusioniert hatten, ging auch der Abteilungsleiter Herr Dr. C. Zimmermann. Der ging zur GTZ und warb verschiedene Leute ab - und darunter auch mich -, und zwar für ein Großprojekt der GTZ in Saudi-Arabien, das sogenannte Drittgeschäft, um dort Grundwassermodelle und Grundwassererkundungen zu machen. Und in diesem Geschäft - Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe - war eine Vorgeschichte Gorleben mit den vielen Nuancen des Widerstands nicht unbedingt das, was ich in dem Umfeld hätte auf den Tisch legen wollen. Also habe ich meinen Abteilungsleiter Herrn Thaufelder (?) gefragt: Können wir das ändern? Ich möchte gerne in die Entwicklungshilfe gehen, und ich möchte mich gerne mit etwas völlig anderem beschäftigen. Ich möchte das Kapitel abhaken. - Daraufhin ist sehr freundlich ein anderes Zeugnis erstellt worden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut, ich will jetzt nicht sagen, dass das ja auch Manipulation ist, wie mein Kollege gerade sagt. Aber Sie müssen doch trotzdem die Frage beantwortet haben, was Sie vorher gemacht haben. Also, irgendwann müssen Sie doch - - Es war Ihnen offenbar - ich sage es mal so - peinlich, oder Sie haben gedacht, es belastet Ihre Karriere, wenn man in Gorleben gewesen ist.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, Sie fragen ja da nach sehr persönlichen Dingen. Darf ich vielleicht umgekehrt auch etwas - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Na, Sie haben ja damit angefangen mit dem Zeugnis.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Darf ich antworten?

(Ute Vogt (SPD): Ja, wir haben Zeit!)

- Vielen Dank. - Es ist durchaus üblich, dass man für ganz gewisse Karrieren Dinge im Lebenslauf präjudiziert - oder weniger. Wenn ich im Lebenslauf nicht möchte - - Und das ist nicht manipuliert. Wenn ich was hinzunehmen würde, was nicht wahr ist - - Sondern einen Bereich, der mir nichts genutzt hätte, habe ich weggelassen. Ich sage Ihnen deshalb, weshalb das so ist. Ich habe auch früher schon bei gewissen Dingen in meinem Leben Dinge weglassen müssen, nämlich dass ich zum Beispiel aus Südafrika komme. Das war überhaupt nicht vornehm in Deutschland. Ich bin sofort als Rassist abgekanzelt worden. Es war durchaus für mich lebensnotwendig, in etwas hineinzugehen, wo ich etwas tun kann für die Gesellschaft, wo ich nicht belastet bin mit einem Vorleben, was in Deutschland so belastet ist, dass es jeder auf der Straße rumschreit.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber es war doch - - Es ging doch um Saudi-Arabien.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich war in Saudi-Arabien, ja. Ich war danach in Saudi-Arabien. Das ist ein GTZ-Projekt gewesen, und die Gesellschaft GTZ tut sich schwer mit ganz gewissen Dingen, wenn der Lebenslauf in gewisse Richtungen geht, gerade fürs Ausland.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, das habe ich ja gerade gesagt. Weil Sie gesagt haben, es ist in Deutschland ein Problem, und da habe ich doch gesagt, die GTZ tut sich - sagen Sie - Probleme, wenn es ums Ausland geht. In Saudi-Arabien - und jetzt nehme ich Ihr Wort: wenn es ums Ausland geht - wird es doch kein Problem sein, dass man mal in Gorleben gearbeitet hat.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Die Gesellschaft GTZ ist eine öffentliche Gesellschaft - wie nennt man das? -, privat, aber des Bundes. Es war damals nicht angebracht, Gorleben in einem Zeugnis zu haben, und es war auch nicht angebracht, Südafrika im Zeugnis zu haben. Sonst hätte ich danach auch nicht nach Kenia gehen können.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, das mit Südafrika verstehe ich sogar, eher sozusagen -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, sehen Sie. Da sehen Sie es.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - als beim Auslandsbezug. Ja, da verstehe ich es ja, -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Bei Gorleben auch.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - aber bei Gorleben verstehe ich es nicht.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, es ist aber so.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Lassen Sie uns noch mal zu der Frage Tiefschlaf kommen, weil wir da ja unterbrochen wurden, weil da unsere Fragezeit zu Ende war. Sie haben gesagt, Sie haben also im Internet diesen Artikel gelesen, und dann hätten Sie sich gemeldet, um deutlich zu machen: Ja, das stimmt. Da ist Einfluss genommen, manipuliert worden, wie auch immer. Bei wem haben Sie sich denn gemeldet?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Tja. Müsste ich - -

(Zuruf: So lange ist das doch noch nicht her!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist jetzt nicht 30 Jahre her. Das war letztes Jahr.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, das war letztes Jahr. Ich müsste jetzt den E-Mail-Verkehr durchgehen, ja? Wollen Sie es jetzt wissen?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das möchte ich gerne wissen, ja.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Es kann ein bisschen dauern. - Ja. - Nein, ich habe nur meine E-Mail an die *Frankfurter Rundschau*. So, warten Sie mal. - War mir wohl nicht so wichtig, dass ich es hier mit ausgedruckt habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber das müssen Sie doch erinnern: Wer war es denn? War das jemand von Greenpeace, sonst was?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Politischer Raum oder - -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es war ja wohl nicht der Herr Wille, der den Artikel geschrieben hat.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Der Herr Wille hat nachher den Artikel geschrieben. Das war aber dann danach.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau, der hat sich ja bei Ihnen gemeldet.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Der hat sich ja bei mir gemeldet.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das heißt, der muss von irgendjemandem ja gehört haben, dass Sie sich dort gemeldet haben. Das wüsste ich gerne, wer das war.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Tja, da muss ich Ihnen im Moment sagen, das kann ich jetzt auswendig nicht zitieren. Ich habe es nicht präsent, weil ich mich auf diesen Einzelpunkt auch nicht vorbereitet habe. Ich dachte, ich hätte alle E-Mails ausgedruckt. Vielleicht finde ich sie noch.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Verzeihung, darf ich mal sagen? Das war im Mai 2010. Das ist noch nicht mal ein Jahr her.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gehört aber nicht zum Untersuchungsauftrag!)

Sie müssen doch wissen, bei wem Sie sich dort gemeldet haben?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, das brauche ich nicht zu wissen. Wenn ich so viel E-Mail-Verkehr habe - jeden Tag 50 E-Mails - in meinem Beruf, dann kann das passieren, dass ich eine solche E-Mail, auch wenn es für Gorleben ist - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber, Herr Zeuge, wenn Sie nach 30 Jahren aus dem Tiefschlaf erweckt werden durch einen Artikel im Internet - - Aus Algerien schreiben

Sie dann nach Deutschland oder melden sich bei irgendjemandem.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, es würde mir weiterhelfen, wenn Sie mir sagen, weshalb das so wichtig ist. Vielleicht bringt mich das auf die Sprünge.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, ich frage Sie, weil ich natürlich sozusagen nach der Glaubwürdigkeit Ihrer Aussagen forsche, und dementsprechend muss ich wissen, durch welche Umstände ein solcher Artikel zustande kommt. Es geht doch darum, dass Herr Schetelig wesentliche Aussagen aus Ihrem Artikel bestreitet. Sie haben das Wort „Manipulation“ auch schon zurückgenommen. Nun ist doch, um die Glaubwürdigkeit zu prüfen, interessant, wie es denn zu diesem Artikel gekommen ist.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, zu diesem Artikel ist es so gekommen, weil ich Herrn Wille auf seine Fragen geantwortet habe; das ist ja klar.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber Herr Wille muss doch - - Der kann doch nicht wissen, dass da in Algerien jemand sitzt, der vor 30 Jahren mit Gorleben zu tun hatte.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Na, das ist ihm zugetragen worden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau, und da möchte ich gerne wissen, von wem.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Genau, und das habe ich im Moment nicht präsent. Es tut mir leid, ich bin auf diese Frage nicht vorbereitet.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber es ist doch über den Daumen erst sieben oder acht Monate her.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Der hat ein
Zeugnisverweigerungsrecht!)

- Er hat ein Zeugnisverweigerungsrecht, wie Sie wissen. - Haben Sie denn Kontakt gehabt mit Politikern, bevor Sie hier vernommen worden sind?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, ich habe keinen Politiker, nicht mit Greenpeace - - Das ist nicht mein Couleur. Nicht so

was. Ich weiß es im Moment nicht. Sie können noch länger fragen. Ich weiß es im Moment nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich kann es nachbringen. Ich müsste in meinem Computer nachschauen. Bei den Unterlagen, die ich hier vorbereitet hatte, habe ich das meiste ausgedruckt. Anscheinend diese nicht, weil sie ja im Vorfeld stattfand.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. Also, wenn ich nach 30 Jahren zu einem Sachverhalt mit der Presse in Deutschland oder mit Leuten in Deutschland Kontakt aufnehmen, finde ich nach menschlichem Ermessen, dass man das noch wissen müsste. Vor allen Dingen ist das Problem, wenn Sie Sachverhalte von vor acht Monaten nicht mehr erinnern, dass wir uns dann natürlich fragen: Wie stark erinnern Sie Sachverhalte, die über 30 Jahre zurückliegen? Das können Sie uns auch nicht verdenken.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, das können Sie nicht implizieren. Das ist nicht richtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber, wie gesagt, diese Zitate zumindest, die Sie da auch gelesen haben werden von Ihrer eigenen Darstellung, die haben Sie so nicht gemacht, mit der Manipulation und dem Ganzen? Das habe ich richtig verstanden?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das haben Sie richtig verstanden. Das Wort „Manipulation“ - - Und auch an einer anderen Stelle habe ich Herrn Wille am Telefon gesagt: Das schreiben Sie bitte so nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und hat er trotzdem gemacht?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das hat er trotzdem so gemacht. Ich konnte das nicht kontrollieren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ach, na ja. - Ich habe Sie vorhin richtig verstanden - hoffentlich -, dass Sie gesagt haben, es hat damals - jetzt sind wir wieder in der Zeitphase Ihrer Beschäftigung bei Lahmeyer - keinen Wissenschaftlertausch gegeben?

Jetzt hat es aber 1979 das Gorleben-Hearing gegeben, es hat die Gorleben-Kommission gegeben, es hat in Hitzacker Tagungen gegeben. Ist das für Sie kein wissenschaftlicher Austausch gewesen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das ist natürlich ein wissenschaftlicher Austausch, wenn Sie es nennen. Aber bei meinen Arbeiten und unseren Kontakten mit NLFb und PTB ist auf diese Tagung und auf dieses Wissen nirgendwo Bezug genommen oder nirgendwo einbezogen worden. In das, was wir als Arbeit abzuliefern hatten und als Arbeit zu erstellen hatten, ist solches Wissen im Verfahren und in der Auswertung und in der Bewertung nicht eingeflossen. Das kann - jetzt können Sie rückwirkend sagen - meine Unbedarftheit damals gewesen sein; war es wahrscheinlich auch. Aber es ist von diesem ganzen Umfeld - sei es DWK, sei es NLFb, sei es PTB, sei es Lahmeyer - nicht - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich noch mal nachfragen, ob ich das richtig verstanden habe? Sie sagen, das, was es dort an Austausch gegeben hat, also Gorleben-Hearing und andere Tagungen, die es dort gegeben hat, hat die PTB nicht beeindruckt? Ist das Ihre Aussage?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das ist nicht in das eingeflossen, was unsere Arbeiten irgendwie verändert bzw. besser oder anders gestaltet hätte. Es ist mir im Nachhinein auch jetzt natürlich heute nicht mehr bewusst, dass damals das Hearing war. Es ist nichts von diesen Arbeiten zu uns gedrungen, dass es hätte in die Arbeit mit einfließen können.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay. - Machst du weiter, Dietrich?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich hätte eine Frage noch mal zu dem Begriff „Manipulation“. Darüber würde ich gerne mit Ihnen noch mal reden, und zwar haben Sie gesagt, den Begriff „Manipulation“ haben Sie nicht benutzt, und wollten ihn so auch nicht verstanden wissen. Jetzt habe ich vorhin rausgehört - und deshalb die Frage -, dass die Ergebnisse, also die Bohrerergebnisse, um das konkret zu machen, die dort ermittelt wurden, die von Ihnen begleitet wurden, ja auch einer Auswertung zugeführt werden

müssen. Sie haben uns da was erzählt von 1 bis 10 und Durchschnittswerten und ähnlichen Dingen. Habe ich Sie richtig verstanden, wenn ich das so für mich übersetze, dass diese Untersuchungsergebnisse - wenn Sie sagen „anders interpretiert“ - von anderen Leuten anders bewertet wurden, als Sie sie bewertet haben, dass also die gleichen Ergebnisse, die dann also nicht manipuliert wurden, die gleichen Bohrerergebnisse nur von unterschiedlichen Fachrichtungen oder auch von Experten Ihrer Fachrichtung unterschiedlich bewertet wurden? Kann ich das so zusammenfassen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Richtig. Darf ich dafür ein Beispiel geben?

(Ute Vogt (SPD): Ja!)

Aus meiner Erfahrung - früheren Berufserfahrung - wussten wir, dass im Ausland und auch ganz allgemein ein ganz gewisser Durchlässigkeitsbeiwert, nämlich 10^{-11} Meter pro Sekunde, eine kritische Zahl ist, bei der ein Gestein dicht ist, und zwar aus folgendem Grund: Da werden die Klüfte so eng, dass die Gruppen von Wassermolekülen dann nicht mehr langsamer fließen, sondern die werden auf einmal völlig abgebremst. Das heißt, das ist ein wunderbarer kritischer Grenzwert, ab dem nichts mehr passiert. Der ist international gültig gewesen bei den Erfahrungen, die wir gemacht hatten, dass man sagt, das muss so dicht sein.

In Gorleben war das nicht. Deshalb haben wir diese 10^{-8} Meter pro Sekunde in Gorleben, die wir im Deckgebirge hatten, genannt als nicht genügend, weil wir mit anderen Maßstäben arbeiteten, nämlich mit Maßstäben, die tausendmal langsamer waren beim Durchfließen. Beim einen handelte es sich hier um soundso viel Meter pro Jahr, beim anderen sind es 3 Meter pro Jahr.

Diese Bewertung, ob 10^{-8} ungünstig ist bzw. nicht geeignet ist als Barriere, ist nach anderen Maßstäben, nämlich nach deutschen Maßstäben, nicht so genannt worden. Diese internationalen Darstellungen von 10^{-12} sind in Deutschland nicht angewendet worden⁵, und sie wurden also trotzdem genannt als nicht wesentlich. Ich weiß es nicht mehr genau, was genau der Wortlaut war. Die Interpretation und Bewertung dieser hohen Durchlässigkeit, nämlich ungefähr

⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ 10^{-12} “, setze „ 10^{-11} “, Anlage 2

3 Meter pro Jahr an Geschwindigkeit, wurde in Gorleben als nicht relevant - oder irgendwie in dem Sinne - beurteilt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Also, mit anderen Worten: Für mich darf ich das so übersetzen, dass die Interpretation der Bohrerergebnisse - - Oder eines darf ich vielleicht noch mal vorab festhalten: Die eigentlichen Bohrerergebnisse, die waren unstreitig, die waren dann auch messbar, auswertbar. Also, alle Fachkollegen, die sich mit diesen Bohrkernen oder ähnlichen Ergebnissen beschäftigt haben - - Die Ergebnisse waren zugänglich, auch frei zugänglich; da gab es keine Manipulationen, dass irgendwelche Ergebnisse unterdrückt wurden oder unter den Tisch gefallen sind oder ähnliche Dinge? Es war alles frei zugänglich? Und Ihre Schlussfolgerungen, die Sie uns hier unterbreitet haben, die dann letztlich auch zumindest in der Intention in diesen Zeitungsartikel eingeflossen sind, fußen dann darauf, dass andere Kollegen zu anderen Ergebnissen gekommen sind bei der Auswertung dieser Bohrerergebnisse. So darf ich das zusammenfassen.

Das heißt, Ihre Auffassung deckt sich nicht mit den Auffassungen Ihrer Kollegen. Aber das ist nun mal so in der Wissenschaft, dass man unterschiedliche Auffassungen hat. Bei uns sagt man - ich bin Jurist -: Zwei Juristen, fünf Meinungen. Also, das ist bei Ihnen dann offensichtlich ähnlich.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das potenziert sich bei Geologen, aber Sie dürfen jetzt nicht sagen: „war anderer Meinung“ - meine Kollegen waren auch meiner Meinung; wir haben diese Berichte ja zusammen gemacht, diese Bewertung -, sondern diese ungünstige Bewertung eines Wertes, zu einem Wert zu sagen: „nicht genügend“ - - Also, es ist wie bei - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich meine, Sie sagen jetzt, es ist ein ungünstiger oder ungenügender Wert. Wenn andere Fachleute - zum Beispiel die, denen Sie Ihre Ergebnisse vorgetragen haben - diese Ihre Einschätzung nicht teilen und zu dem Ergebnis gekommen sind, die Ergebnisse sind doch ausreichend, dann hat man da unterschiedliche Auffassungen und stimmt da nicht überein.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Richtig.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Aber das soll ja vorkommen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Dann wird - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut, dann lassen Sie mich, weil die Fragezeit begrenzt ist, noch auf einen anderen Punkt kommen. Wir haben vorhin über die Bohrtiefen gesprochen, die im Rahmen Ihrer Bohrtätigkeit umgesetzt wurden. Sie haben - so habe ich das in Erinnerung - von 300 Metern gesprochen, die Sie gebohrt haben.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nicht ganz.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Nicht ganz. Was heißt denn „nicht ganz“?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, ich glaube, 220, 250.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Also 220, 250?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): In welcher Tiefe befindet sich denn der Salzstock Gorleben?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, heute weiß ich es. Damals dachten wir, 400. Heute wissen wir, dass es ungefähr über 320, 350 liegt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt, Sie konnten mit den Bohrungen, die Sie jetzt gerade - - also mit der Tiefe, die Sie erreicht haben, den Salzstock eigentlich nicht erreichen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Daran schließt sich die Frage an: Wie können Sie denn anhand der Daten, die Sie dort gewonnen haben, Aussagen zur Fließgeschwindigkeit des Salzes treffen? Das ergibt sich aus dem Zeitungsartikel. Oder hat der Journalist Sie da auch falsch verstanden, und Sie haben das so nicht erklärt?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, aus dem Artikel habe ich das auch nicht so gelesen, aus dem Grund - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich darf Ihnen das wörtlich zitieren.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU):

Auch viele Daten zur „Fließgeschwindigkeit“ des Salzes -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Quatsch.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU):

- wichtig für den Bau der Stollen und Lagerräume im Salzstock - seien ungünstig gewesen.

Das steht hier wortwörtlich drin.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, das ist - entschuldigen Sie - Bullshit.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das ist dummes Zeug - darf ich das so übersetzen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. Das deckt sich auch übrigens mit der Aussage des Zeugen, den wir vorhin gehört haben, der auch gesagt hat, aufgrund der Bohrtiefen dort, die man erreicht hat, hätte man diese Aussage gar nicht treffen können.

Daran schließt sich dann die Frage an: In dem Zeitungsartikel steht auch was von der Zerklüftung des Salzstockes und der Gefahr, die sich damit begründet, dass Oberflächenwasser vergleichsweise schnell in Kontakt mit dem Salzstock kommt. Ist meine Schlussfolgerung richtig, dass die Bohrtiefen, die Sie dort durchgeführt haben, auch diese Schlussfolgerung nicht zulassen, dass der Zeitungsartikel insoweit Sie auch falsch wiedergibt?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, ganz kurz: Ich muss ehrlich sagen, ich habe den Zeitungsartikel ja gelesen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich lese es Ihnen gerne noch mal vor.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, nein, lassen Sie mich bitte. Das ist schon in Ordnung. Ich habe den ja auch gelesen und habe aber das, was Sie jetzt zitieren, eigentlich nicht rausgelesen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Nein, nein, warten Sie. Wir wollen ja nicht über Dinge reden - -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, nein. Aber ich kann ja dazu Stellung nehmen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie den Zeugen ausreden!)

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Und ich frage, wie ich möchte. Da brauche ich überhaupt keine Bemerkung von Ihnen.

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Vorsitzende, würden Sie vielleicht so nett sein - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Doch, das ist alles in Ordnung; denn die geschäftsführenden Hinweise mache ich, und die kommen nicht aus den Fraktionen. Solange ich da nicht eingreife, lassen wir das so laufen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, ich möchte gerne - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut, ich darf noch mal den Zeitungsartikel zitieren. Das ist dann einfacher, über die Dinge zu sprechen, die niedergelegt sind. Da steht wortwörtlich:

Die geologische Struktur im Deckgebirge über dem Salzstock war sehr zerklüftet und die Gefahr groß, dass Oberflächenwasser vergleichsweise schnell in Kontakt mit dem Salzstock kommt.

Das steht im Zeitungsartikel.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das ist genau so, wie wir es damals empfunden haben und damals auch rausbekommen haben, weshalb ich ja damals auch gesagt hatte, wir brauchen jetzt verfahrenstechnisch eine Möglichkeit, um die sogenannten Diskordanzen herzustellen, das heißt also, diese Zerklüftung richtig und besser nachzuweisen,

also genau mit dem Finger draufhalten können.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Darf ich trotzdem noch mal fragen? Meine Frage war ja: Die Aussage in dem Zeitungsartikel habe ich in Verbindung gesetzt mit den Bohrtiefen, die Sie uns erklärt haben. War aufgrund der Bohrtiefen, die Sie durchgeführt haben, diese Aussage zu treffen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Und warum?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Weil bei einer Klüftung von 200 - sagen wir mal, wir hätten jetzt nur 250 Meter gebohrt - das Wasser von oben kommt und das Wasser, was unten angetroffen ist, ja sowieso schon salzig ist. Es ist also dem Wasser ziemlich egal, ob es nur 250 Meter jetzt von oben erst mal runterläuft und den Rest von alleine, wo wir ja auch wissen, dass es unten wasserführend ist. Diese Klüftigkeit - und wenn sie auch nur 100 Meter wäre - wäre kein gutes Kriterium gewesen für den Standort und für die Durchlässigkeit des Deckgebirges, für 250 Meter erst recht nicht. Und wenn wir dann den Nachweis jetzt mit dieser 250-Meter-Bohrung noch nicht hätten führen können und bei 350 Meter vielleicht erst wirklich der hundertprozentige Beweis gegeben worden wäre, dann wäre es noch schlimmer. Auch 250 Meter waren ein sehr, sehr gutes Indiz, dass das Deckgebirge möglicherweise klüftig ist und dass man dieser Klüftigkeit nachzugehen hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt wieder an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Herzlichen Dank. - Ich würde gerne noch mal bei dem Deckgebirge ansetzen und würde gerne von Ihnen wissen, was das Deckgebirge für eine Bedeutung hat, wenn man die Gesamtbeurteilung eines Salzstocks für die Geeignetheit, jetzt unabhängig von dem Medium Salz - - Aber Sie sind ja ohnehin der Meinung, dass Salz nicht taugt. Aber was für eine Bedeutung hat das Deckgebirge für die Sicherheit eines solchen Lagerortes?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich werde darauf antworten. Ganz kurz zur Richtigstellung: Ich bin sowieso der Meinung, dass Salz nichts taugt, ist so nicht zu sagen, sondern Deckgebirge gehört zum Salz, und wenn das Salz nichts taugt oder das Deckgebirge oder beides nicht, dann taugt das Ganze nicht. Also, es ist ziemlich wurscht, ob ich sage, das Salz ist gut oder nicht: Wenn das Deckgebirge nichts taugt, dann taugt auch das Salz darunter nichts.

Also, das Deckgebirge ist so etwas Ähnliches wie ein offenes Wagenverdeck. Wenn es regnet, muss es zugemacht werden. Wenn Sie kein Wagenverdeck haben, das funktioniert, dann stehen Sie im Regen, im wahrsten Sinne des Wortes. Das Deckgebirge ist das A und O, damit der Salzstock nicht vom Wasser angenagt wird. Sie wissen, dass das nicht einfach nur ein Gestein ist, das Salz, sondern dass es einfach weggelöst wird. Das Deckgebirge ist so wichtig wie das Wagenverdeck in einem Auto, und sonst ist es darunter - - ganz egal, wie schön der Wagen ist - taugt der ganze Wagen nichts bei Regen.

Das Deckgebirge hier in Gorleben ist besonders untersuchungswürdig. Deshalb komme ich darauf zurück. Das ist die Planungssicherheit. Das muss untersucht werden, und zwar wertfrei, weil dieses Deckgebirge in Mitleidenschaft gezogen worden ist in der letzten Eiszeit, in Mitleidenschaft gezogen wird durch die Elbe. Und dass es in Mitleidenschaft gezogen wird, sieht man an den ganzen hydrologischen Untersuchungen, dass es da unten Wasser gibt, salziges Wasser, was ja permanent am Salz auch schon nagt. Das mag vielleicht in 1 000 Meter Salztiefe noch 10 000 Jahre dauern, bis vielleicht bei einer nächsten Eiszeit da unten auch wirklich das Wasser von oben ganz runterkäme. Es ist einfach eine Sache des guten Engineering, dass, wenn so viele Gefahrmomente sind, bei denen ich immer sagen muss: Wenn aber usw. - - Das ist das, was ich vorhin andeutete: Es sind zu viele Imponderabilien. Wenn in einer so hochkomplexen und wertvollen Anlage wie einem Endlager nicht alles hundertprozentig stimmt, dann kann ich aus einem ollen Kübelwagen keinen Mercedes machen.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Ich wollte nur mal auf das Thema Wirtsgestein eingehen. Herr Professor Duphorn hat hier im Ausschuss geäußert, Salz sei internatio-

nal out, und Herr Professor Grimmel hat uns hier erörtert, dass er von Anfang an - auch aufgrund internationaler Erkenntnisse - der Meinung war, dass Salz als Wirtsgestein für die atomare Endlagerung nicht infrage käme. Gab es diese Diskussion damals?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, das ist diese Diskussion, von der ich gesagt hatte, dass diese freie Diskussion in Lüchow-Danenberg uns verboten worden war, darüber so zu diskutieren. Wir waren damals der Meinung; wir hatten dieses ungute Gefühl. Das sind einfach so die Parameter, die man als Geologe im Kopf hat: Norddeutsche Tiefebene, Eiszeiten, Sandüberdeckung, ein mangelndes Deckgebirge und Gipsstut. Also, all diese Parameter ließen uns unsere Diskussion nicht mit einem „Na, wird schon klappen“ wegtun, sondern wir haben uns immer, immer wieder darüber Sorgen gemacht, wie es denn ausgehen würde. Und ich bin deshalb damals und heute auch der Meinung - heute noch mehr, aber aus anderen Gründen -, dass ein solcher Salzstock wie in Gorleben - wie in Gorleben; ich sage nicht, Salzstock generell - wahrscheinlich so wäre, dass, wenn ich dabei wäre, mit den Untersuchungen ich Schwierigkeiten hätte, nach meinem heutigen Wissensstand ihn mit zu unterschreiben.

Ute Vogt (SPD): Ist Ihnen der Herr Ingenieur Nickel bekannt? Der hat 1980 rum auch vor Ort gearbeitet.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein.

Ute Vogt (SPD): Der Hintergrund der Frage soll eine Information - -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Aber - -

Ute Vogt (SPD): Ja, gut, da waren ja viele zugange. - Hintergrund der Frage war nur, dass Herr Nickel uns Ähnliches berichtet hat, dass er nämlich Messergebnisse gemacht hat, Beschreibungen, die er nie mehr wiedergefunden hat, die kritischer Art waren und die dann im Endbericht nicht aufgetaucht waren. Nur, weil vorhin der Eindruck erweckt worden ist, so was habe es nicht gegeben, oder es sei nur eine Frage der Interpretation. Es waren hier durchaus häufiger Zeugen, die berichtet haben, dass es jedenfalls kritische

Anmerkungen nicht weiter geschafft haben. War das damals schon ein Thema?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, Herr Nickel kann durchaus auf der Baustelle gewesen sein. Ich kann mich nicht erinnern.

Ute Vogt (SPD): Da kommt es jetzt nicht drauf an.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Dieses „Ergebnisse anders bewerten“ - das hatte ich eingangs gesagt - ist nach dem Baurecht - oder nicht nur nach dem Baurecht -, ist allgemein üblich, wenn es sich um konventionelle Bauwerke handelt. Es passt manches nicht. Ich habe die Staustufe Iffezheim mit gebaut, wo Herr Schetelig schon an der Uni war, und habe ihm die Bohrproben, die Gesteinsproben gemacht, und er hat auch aus anderen Gründen sie erst mal als „Eine solche Staustufe ist machbar“ - - Die ist ja auch heute gebaut, in der Nähe von Karlsruhe, Iffezheim, Neuburgweier.

Ute Vogt (SPD): Ja, die ist mir bekannt.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Damals aber, und das kann sich jeder Laie vorstellen - - Das waren Bohrproben, da kamen solche Einzelsteine raus. Das war nämlich der geschüttete Damm von Tulla. Das ist so, als ob Sie Kies nehmen direkt von der Halde. Das ist nicht mal eine Bohrprobe. Das Zeug ist so durchlässig, das kann man nicht mal messen. Aber in der Baubranche ist auch eine ganz schlechte Bohrprobe insoweit eine Bohrprobe oder ein Baukörper, den man verändern kann, indem man sagt: Na gut, dann wird halt die Gründung dreimal so teuer.

Was ich kritisiere, ist, dass das bei Gorleben nicht geht. Ich war auch damals nicht dagegen, dass man die Werte vielleicht anders betrachtet und sagt: Na ja, später werden wir es schon irgendwie packen. - Ich war nur deshalb dagegen, weil ich sage: Was heißt denn „später“? Denn ob es nicht klappt, kann man bei einem Bauwerk drei Jahre später sagen, wenn der Beton gegossen worden ist und der einem trotzdem im Untergrund verschwindet. Aber in Gorleben sieht man das erst in 1 000 oder in 3 000 Jahren. Da kann ich nicht mehr nachbessern. Und deshalb war ich damals dagegen, dass man diese Mentalität: „Egal welches Ergebnis, wir

werden es schon packen, wir werden es schon irgendwie bessern können“ - ich will nicht „nachbessern“ sagen -, „Wir werden den Grund schon irgendwie bessern können“ - - da war ich vom Prinzip her dagegen, weil es sich um eine ganz besondere Anlage handelt.

Ute Vogt (SPD): Glauben Sie, dass man überhaupt die Sicherheit für 1 Million Jahre gewährleisten kann?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Frage nach „glauben“ stellt sich hier gar nicht.

Ute Vogt (SPD): Wissen Sie, ob es Anhaltspunkte dafür gibt, dass man -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, ich möchte dazu Stellung nehmen.

Ute Vogt (SPD): - die Sicherheit gewährleisten kann für 1 Million?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nirgendwo, außer in Oklo in Gabun, hat man den wirklichen Nachweis. Da ist ein natürlicher Reaktor von vor vielen Millionen von Jahren. Da weiß man, wie nukleare Emission stattgefunden hat. Das heißt, das ist der einzige Fall, wo ich mich in die Zukunft projiziere, als wenn ich in Gorleben stehen würde im Jahre 1 Million 30. In Oklo in Gabun können wir das. Der Naturreaktor, der dort kritisch geworden ist, steht ja heute zur Verfügung, und wir können alles messen, was passiert. Das Komische ist: Der hat eigentlich gut funktioniert. Das hat keinem was geschadet.

Wie wollen Sie zwischen diesem Extrem, von einem Fall Oklo - es ist ja alles gut gegangen -, jetzt auf Gorleben schließen? Das ist so, als ob Sie sagen: Durch einen Punkt läuft nur eine Gerade. Durch einen Punkt laufen Millionen und unendlich viele Geraden. Ich kann nicht von einem Oklo auf Gorleben schließen, und ich kann vor allen Dingen eines nicht in unserer heutigen Gesellschaft: von so vielen Imponderabilien eine Aussage machen, die schon über 50 Jahre hinausgeht. Also, in Millionen möchte ich gar nicht reden.

Ute Vogt (SPD): Ich wollte noch mal nachfragen nach der alternativen Standort-

kundung. War es damals ein Thema, dass zum Vergleich zu Gorleben andere Standorte erkundet werden sollten?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja. Nicht Salz. Das sind jetzt zum Teil diese Untersuchungen, die ich hier mitgemacht habe. Ich habe hier die Untersuchung von Kavernen gemacht. Hier, das ist die - -

(Der Zeuge hält ein Schriftstück hoch)

Meiner Meinung nach ist das die Gorleben-Kaverne, die ich da berechnet habe. Es sind hier verschiedene andere Sachen, die ich bitte offiziell alle zur Verfügung stelle.

Ute Vogt (SPD): Danke.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Es ist diese Emission aus Kavernen untersucht worden von mir damals mit dem Experten von der SKI und von Scandpower. Scandpower ist in Norwegen das größte - ich glaube, vielleicht sogar international - nukleare Sicherheitsconsulting. Die waren damals mit einbezogen. Mit denen haben wir damals letzten Endes doch rausbekommen, dass wir mit diesen Sachen relativ einheitliche Aussagen machen können über Standorte generell, egal ob ich das jetzt Gorleben, Salz, Granit oder Ton nenne. Wir haben erst mal hier - das habe ich ja immer wieder gesagt - Forschung betrieben: Was sind die Sicherheitskriterien, egal für welche Anlagen? Man hatte ja in Gorleben angefangen - oder auch woanders -, ohne, ich will mal sagen, eine TÜV-Richtlinie zu haben. Sie gehen zum TÜV mit Ihrem Auto und wissen ganz genau, bei so und so viel Emission kommen Sie nicht mehr durch. Das wussten wir damals nicht. Wir wollten damals überhaupt erst mal die Grenzwerte feststellen, egal für welches, und haben das Ganze nachher nur gefüttert mit verschiedenen Wirtsgesteinen. Und da wurden damals sehr viele Untersuchungen gemacht. Wir haben verschiedene Szenarien eingegeben von Wirtskörpern aus Deutschland und auch dem Massif Central aus Frankreich - weil ich spreche Französisch und konnte gut mit den Kollegen Kontakt aufnehmen - und haben uns praktisch Ergebnisse von dort geben lassen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass es durchaus andere geologische Wirtskörper geben könnte, die ein Endlager erlauben, wenn die, bitte schön, auch so untersucht

würden wie Gorleben. Wenn ich da genauso viel Geld reinschmeiße, dann kriege ich sicher auch eine sehr gute Alternative, ob es funktioniert oder nicht. Das ist aber zu teuer gewesen. Sogar schon die DWK war so froh, dass wir jetzt nur noch Gorleben machten; denn die waren ja finanziell - das ist eine Information, die ist später zu mir gekommen - damals mit drin im Boot. Die konnten nicht einfach alles in Rechnung stellen.

Ute Vogt (SPD): Ist aus Ihrer Sicht so eine alternative, vergleichende Untersuchung wissenschaftlich sicherer?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, die muss gemacht werden. Das ist bei jeder - - Das nennt man ja eine „Variantenstudie“. Nach dem Atomgesetz - 9 b - ist ja das Planfeststellungsverfahren da, was auch eine Machbarkeitsstudie - - In einer Machbarkeitsstudie muss ja die Machbarkeit von Alternativen gesucht werden. Und da es, wie ich vorhin andeutete, in anderen Bereichen in Deutschland und auch in anderen Ländern üblich ist, das in anderen Zweigen zu machen, wie zum Beispiel Wasser, grenzübergreifend, international, internationales Know-how, internationale Einbeziehung der Experten, dann bitte schön auch für die Nuklearentsorgung.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. Ich habe keine Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP-Fraktion.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Diettrich, ich wollte noch mal auf den Punkt kommen, dieses Wording „Manipulation“ in dem Artikel, über den wir schon sprachen. Wir hatten hier bereits schon einen anderen Sachverständigen - bzw. den haben wir als Zeugen geladen -, Herrn Professor Röthemeyer. Dem war es ein Anliegen, oder der teilte uns mit, dass er sich so ein Stückchen auch - ja, der hat auch ein sehr heftiges Verb benutzt - missbraucht fühlt, aber dass er so ein bisschen den Eindruck hatte, dass es den Journalisten daran gelegen ist, Formulierungen zu finden, die die Gemüter öffentlich anregen, dass es gar nicht immer um die sachliche Darstellung geht, sondern dass man so

ein bisschen skandalisieren will. Ist das auch Ihr Eindruck?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, es ist richtig, dass die Presse ja das irgendwie verarbeitet, sage ich mal. Dass sie uns Bürgern einfach das Wort aus dem Mund nimmt oder uns damit auch etwas mundtot macht, ist natürlich weniger bedauerlich⁶. Dass das immer so ist, weiß ich, und es ist auch das erste Mal in meinem Leben gewesen, dass mir so etwas passiert ist, dass ich von einer Presse angesprochen wurde und auch dann so zitiert wurde, wie Sie es gelesen haben. Ich will nicht sagen „missbraucht“. Ich habe auch aus meinem sehr kompetenten Verwandtenkreis entsprechende Anrufe bekommen: Was hast du denn da gemacht?

Das ist vollkommen richtig, was Sie sagen. Aber es gibt ein englisches Sprichwort, was etwas grob ist; deshalb zitiere ich das nicht. Diese Sachen, wenn man irgendwo reinhaut, die verbreiten sich schnell auf eine nicht mehr ganz kontrollierbare Art. Ich will nicht sagen, dass das unkontrolliert ist, aber man wird benutzt.

Marco Buschmann (FDP): Okay. - Dann möchte ich zu einem weiteren Komplex kommen. Sie haben uns vorhin Ausführungen gemacht zu diesem Durchlässigkeitswert im Gestein. Ich glaube, dort fiel die Zahl 10^{-8} . Jedenfalls, Sie wissen, worauf ich anspiele. Da ging es um die Frage der Einsortierung oder der Interpretation dieser Durchlässigkeitswerte. Der Kollege Monstadt hatte da ja schon nachgefragt.

Mein Eindruck ist: Die Bedeutung dieses Wertes - aber da bitte ich Sie auch, mich zu korrigieren; ich bin fachfremd, ich bin Jurist, bin kein Naturwissenschaftler, kein Geologe - ist, dass die Bedeutung dieses Wertes und damit letztendlich auch die Wertung - ist der ausreichend oder nicht? - doch vom Sicherheitskonzept als Ganzem abhängt, also Stichwort „Mehrbarrierensystem“, von der Bewertung der einzelnen Komponenten abhängt.

Sie haben ja deutlich gemacht, dass Sie dem Deckgebirge einen sehr hohen Wert zumessen. Die überwiegende Anzahl der im Projekt Beteiligten hat eine andere Gewichtung vorgenommen. Ich will mich gar nicht in

⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist natürlich weniger bedauerlich“, setze „ist natürlich bedauerlich“, Anlage 4

den Streit einmischen, was jetzt richtiger ist, aber würden Sie nicht sagen, dass es auch methodisch völlig akzeptabel ist, einen etwas niedrigeren Wert an dieser Stelle für akzeptabel zu halten, wenn man von vornherein sagt: „Das Sicherheitskonzept legt ein höheres Strukturgewicht auf den technischen Behälter und das Salz“, und dass man dann sagen könnte: „Das ist einfach ein methodisch anderer Ansatz, der aber erst mal akzeptabel ist“?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das möchte ich nicht sagen, und zwar aus folgendem Grunde: Bertil Grundfelt, den ich immer wieder zitiere, der damals bei dem schwedischen Kernkraft-Inspektorat in Schweden war, hatte mit uns damals angefangen und hatte uns das beigebracht, wie man so etwas bewertet. Das war ja der Grund, weshalb wir da waren. Es gibt bei diesen Bewertungskriterien natürlich welche, die wichtiger und weniger wichtig sind.

Nun habe ich auch im Internet vor ein paar Tagen recherchiert und habe gemerkt, dass Herr Bertil Grundfelt darüber eine sehr ausführliche Studie dem BfS unterbreitet hat, wie diese Bewertungskriterien denn überhaupt aufgestellt werden müssten und nach welchen Prioritäten.

Marco Buschmann (FDP): Heute, in der Gegenwart?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Gegenwart. Also, wir reden von 2000 noch was oder so was. - Das war wie so ein Déjà-vu. Dann sage ich: Ach, toll der Mann. Der sagt dasselbe wie damals, aber diesmal richtig schön geordnet und vor allen Dingen an kompetenter Stelle, nämlich in einem gemeinsamen Forum.

Marco Buschmann (FDP): Ja, aber ex post, nicht damals, -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, nicht damals. Jetzt.

Marco Buschmann (FDP): - in der Zeit, als der Bericht entstand, über den wir jetzt reden.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, nein.

Marco Buschmann (FDP): Deswegen bitte ich, -

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, ich verstehe, was Sie sagen wollen.

Marco Buschmann (FDP): - sozusagen in der Zeit zurückzugehen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Aber ich muss trotzdem darauf hinweisen. - Das heißt also, ich habe heute gesehen, dass damals, was er gesagt hat, damals, was ich gelernt hatte, richtig war. Deswegen sagte ich „Déjà-vu“. Es hat sich also bestätigt, dass meine Interpretationen nach Bewertungsmaßstäben von damals auch bestätigt wurden in einem späteren Hearing, in einem späteren Kongress mit der Bundesanstalt für Strahlenforschung.

Marco Buschmann (FDP): Aber Sie akzeptieren ja auch, dass es die anderen Konzepte gibt, in denen die Strukturgewichtung anders vorgenommen wird und deshalb konsequenterweise auch dort andere Werte für akzeptabel gehalten werden.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Marco Buschmann (FDP): Sie müssen sich dem ja nicht anschließen, aber ich frage nur erst mal, weil wir ja bei der Frage sind: Manipulation. Um das geht es hier alles. Manipulation ist ein ethisch wertender Vorwurf. Man macht jemandem den Vorwurf, dass er sich unredlich verhalten hat. Das bedeutet „Manipulation“. Deshalb versuchen wir ja, zu ergründen: Ist dort methodisch akzeptabel gearbeitet worden oder von vornherein, ich sage es mal, böswillig? Das versuchen wir herauszubekommen. Deshalb stelle ich diese Fragen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Richtig. Endlich bringen Sie es - - Nein, entschuldigen Sie, nicht endlich, aber Sie bringen es auf den Punkt. Weder böswillig noch - - Was war das andere Wort?

Marco Buschmann (FDP): Völlig egal, auf jeden Fall - - Nicht ethisch akzeptabel meinetwegen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, auch nicht ethisch. Ich sage Ihnen: Es war

dackelig. Wir waren damals nicht so weit, und es ging immer dahin, ganz einfach zu sagen: Wir sind in der Baubranche. Lasst uns etwas planungssicher machen, damit wir wissen, ob wir morgen noch hier arbeiten an der Sache. - Es war keine - - Es war Überforderung, und es war mangelnde Kommunikation mit anderen vergleichenden Stellen im Ausland. Insoweit will ich keinem unterstellen - - Und ich dachte auch - - Und das werden Sie dann noch mal nachlesen können, wenn ich Ihnen das hier rübergebe. Es ist nicht, habe ich gesagt, direkt oder wissenschaftlich, sondern es ist diese Interpretation aus der damaligen Zeit heraus, und deshalb hatte ich es am Anfang meines Statements genannt, diese Grauzone. Sie können damals nicht rückvollziehen, ob es einen Bösen oder einen Guten gegeben hat. Man war damals anders orientiert. Das Wissen und der Wissensaustausch waren mangelhaft damals. Da kann man jetzt vielleicht auch einen Schuldigen finden, aber das war so.

Marco Buschmann (FDP): Okay. - Dann habe ich noch zwei weitere Fragen, und zwar: Das liegt jetzt schon ein bisschen zurück. Die Kollegin Steiner hat sich mit Ihnen über die Frage 82 unterhalten und: Warum hat man eigentlich 300 Meter in die Tiefe gebohrt? Frau Kollegin Steiner und Frau Kollegin Menzner haben sich mit Ihnen darüber unterhalten, und die Kollegin Steiner hat den Rückschluss gezogen, diese Bohrungen 300 Meter in die Tiefe, die könne man ja nicht anders interpretieren, als dass man quasi schon das Ergebnis vorweggenommen hat. Das sei eigentlich gar kein offenes Verfahren mehr gewesen. Man wollte eigentlich schon die Tiefenerkundung vorwegnehmen.

Jetzt ist es so: Interpretationen können vielgestaltig sein. Ich möchte Sie noch mal fragen: Ich hatte bei Ihnen eine Bemerkung mir notiert, die etwa lautete: Man hat das gemacht aus Kostengründen, weil man sowieso schon mal dran war, unabhängig von dem, was als Ergebnis kommt. Deshalb frage ich Sie: Würden Sie sich der Interpretation der Kollegin Steiner anschließen, oder gab es eigentlich ganz pragmatische Gründe, warum man da gleich vor Ort weitergebohrt hat?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Pragmatische Gründe, und pragmatische Gründe hat man aber nicht, ohne dass man vielleicht doch schon irgendwas in der Hinterhand hat,

und das ist ja immer, wie gesagt, die Planungssicherheit. Und allen wurden ja auch versprochen: Na, nun macht mal schon ruhig die Bohrung etwas tiefer. Wir werden dann ja auch später weitermachen. - Das ist jetzt meine Interpretation. Ich werde nicht aufgrund eines nicht vorhandenen Gerüchts oder Information tiefer machen - das kostet ja auch was -, sondern man hat schon wohl einen Grund gehabt, diese Bohrung von - in Anführungsstrichen - vielleicht 50 Meter auf 250 Meter zu vertiefen, wenn man nicht doch schon irgendwas in dieser Richtung gehört oder versprochen bekommen hätte, dass das denn auch was nützen würde. Und ich glaube sehr wohl, dass damals der DWK oder anderen Institutionen gesagt worden ist, es ist sehr, sehr sinnvoll, die Bohrung tiefer zu machen. Wir müssen wahrscheinlich sowieso dann später in die Tiefe. Das ist jetzt meine Interpretation.

Marco Buschmann (FDP): Ja, okay.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das kann ich Ihnen nicht - -

Marco Buschmann (FDP): Dann wollte ich noch mal sozusagen eine letzte Frage stellen, die auch noch mal etwas grundsätzlicher ist. Sie hatten vorhin beschrieben, dass es Schwierigkeiten gibt, lange Prognosen zu erstellen, Langzeitsicherheitsprognosen zu erstellen. Es gibt viele Unwägbarkeiten, sehr komplexe Modelle, sehr viele Variable. Deshalb meine Frage: Können Sie sich überhaupt einen Standort in Deutschland vorstellen, wo Sie sich mit Ihren Modellen vorstellen könnten, eine Prognose über 1 Million Jahre abzugeben, oder sagen Sie, aus Ihrer Perspektive geht das sowieso nicht?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich sage Ja, und zwar zwei Antworten darauf. Eine ist: Es gibt Massive, Granitmassive - ich nehme jetzt mal das Beispiel Granit -, die es in Deutschland gibt, und deren Klüftigkeit, die oft bestätigt worden ist. Da ist meiner Meinung nach, sage ich mal, von den Felsbauern in Lahmeyer, die ja darin Spezialisten waren - die Klüftigkeit, die hier immer wieder genannt wird, die diese Granite hätten und eventuell Wasser runterließen und deshalb so ungeeignet sind -, ein Denkfehler gemacht worden. Ein Granitblock in 500, 600 Meter Tiefe hat so ein Eigengewicht, dass jede Kluft da unten nämlich genau so klein ist,

dass diese berühmten Wassergruppenmoleküle dort gar nicht mehr durchkönnen. Das ist Gebirge, das ist Natur. Da unten gibt es vielleicht sogenannte Störungen. Das ist also so was wie der Rheintalgraben, wo so eine ganze Scholle weggeht. Aber ein Granitblock, ein fester, wenn der natürliche Klüfte hat, wie man das so an der Oberfläche sieht, wenn man drüberwandert, die gehen maximal bis 500 Meter Tiefe. Und was passiert darunter? Da ist der Gebirgsdruck so groß, dass die zuwachsen.

Deshalb sage ich: Deutsche Kratone - so nennt man das, diese Klötze - sind wie anderswo in der Welt ab einer gewissen Tiefe durchaus geeignet, um dicht zu sein, um eine Superbarriere zu bilden. Nur - und da kommt jetzt die Südafrika-Erfahrung dahinter -, es ist so was von teuer - wie auch in Schweden -, eine solche Abteufung in purem Granit über 1 000 Meter abzufahren, dass sich jeder davor scheut. Salz, da gehe ich mit einem Buttermesser durch. Granit, da brauche ich Jahre, und vor allen Dingen in ganz gewissen Techniken. Das wissen wir; solche Großprojekte sind nicht einfach zu handeln.

Aber jetzt kommt der zweite Teil meiner Antwort. Ich sagte vorhin mehrmals, es gibt Sachen in Deutschland, die werden grenzübergreifend und international gemacht. Wir haben jetzt sogar schon das Immissionsrecht und den Immissionsverkauf international. Ich könnte mir eine Zukunft vorstellen, wo in Europa Nuklearemission gehandelt werden könnte, die das Ganze finanziert, und dadurch auch der Standort zum Tragen kommt, der geeignet ist, egal wo er liegt. Und wer Atomstrom in Frankreich aus Deutschland kauft, muss auch daran sich beteiligen, dementsprechend alle Folgekosten etc.

Da könnte man Szenarien aufbauen. So wollen die Schweden das machen mit den Norwegern und mit den Dänen, dass man das auch nicht mehr alleine trägt und dass man sagt: Egal, wir denken an eine Endlagerung nicht mehr national - bei uns fängt es ja schon an, dass die Bayern nicht wollen, dass in Norddeutschland und umgekehrt - - sondern man denkt da europäisch und sagt, wir brauchen eine europäische Lösung. Und auf dem europäischen Terrain gibt es natürlich sehr viel mehr Optionen für eine gute Lösung als vielleicht im kleinen Deutschland.

Aber das ist Zukunftsmusik, und ich würde, früher beim BRGM gearbeitet habend, sagen: Massif Central, also, was Bes-

seres gibt es nicht. Ich könnte mir so was vorstellen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linke.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank. - Es ist doch mindestens ein Gebot der Vernunft, dass man bei einem so sensiblen und unerforschten Gebiet wie der Endlagertechnik für Atommüll die internationalen Erfahrungen berücksichtigt und natürlich der internationale Erfahrungsaustausch eigentlich gegenwärtig sein müsste. Sie hatten vorhin Beispiele genannt, Erfahrungen in Kanada, USA, Nordeuropa und Kasachstan zum Beispiel, und Sie hatten im Weiteren ausgeführt, dass moderne Verfahren von Projektplanung und Management in Gorleben nicht angewandt worden sind und dass man auch bei der Verfahrenstechnik auf internationale Erfahrungen verzichtet habe. Würden Sie sagen, dass insgesamt die Vorgehensweise in Gorleben nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprochen hat?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nicht dem *internationalen* Stand von Wissenschaft und Technik.

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben Sie eine Erklärung dafür?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich habe es vorhin etwas salopp ausgedrückt. Das ist nicht angemessen diesem Rahmen hier. Ich habe gesagt, es war alles etwas dackelig. Wissen Sie, was das ist? Das ist unbedarft.

Jens Petermann (DIE LINKE): Können Sie es ein bisschen erläutern vielleicht?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Das Thema war zu frisch, und die Behörden intern und sogar innerhalb von Lahmeyer haben das Personal- und das Wissensscreening nicht so betrieben, dass man gesagt hat: „Hoppla, so eine wichtige Aufgabe. Haben wir überhaupt die Leute dafür?“, sondern: „Das sind Stellen, das macht die Abteilung soundso.“ Ob der Mann das kann oder nicht oder überfordert ist, wurde niemals untersucht, wurde niemals vielleicht eruiert; das sage ich mal so. Das ist also Learning by

Doing, und das ist bei so einer wichtigen Aufgabe für mich nicht akzeptabel. Also, ich kann einen Eisbrecher nicht losschicken und dann einen Südseeinsulaner als Kapitän draufstellen. Das war so ein bisschen das Gefühl damals.

Das ist aber nicht die Schuld der Einzelnen, sondern das ist das neue Thema gewesen. Man hat sich Baurecht angeguckt, man hat sich das Bergrecht angeguckt, und da war das alles nicht notwendig. Nur wo es richtig ans Geld ging, wo die Firma Lahmeyer, sagen wir mal, zum Beispiel jetzt ein AKW gebaut hat oder zum Beispiel ein Pumpspeicherwerk gebaut hat, wo es so, so wichtig war, auch Geld zu verdienen, aber auch nicht, Geld falsch auszugeben, da hat man dieses Wissensscreening gemacht. So eine große Firma wie Lahmeyer hat dann überall ihre Kapazitäten auch zusammengesucht international für solche Projekte. Entschuldigen Sie, wenn ich das sage: Das macht doch eine Behörde nicht. Die PTB oder das NLFb hätten doch nur, weil sie jetzt irgendeinen Fachterminus nicht kennen, nicht irgendwie jetzt ein Wissensgremium aus internationalen Leuten zusammengestellt. Das war einfach nicht drin im Prozedere. Wir waren überfordert.

Jens Petermann (DIE LINKE): Aber wäre es nicht ein Gebot der politischen und auch wissenschaftlichen Verantwortung gewesen, das zu berücksichtigen? Also, im Augenblick ist es doch wohl so, dass Deutschland da relativ isoliert auch dasteht bei dieser Thematik.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, das hat sich sehr gebessert. Was ich im Internet gesehen habe und was es alles für Gremien und internationale Zusammenkünfte und Wissensaustausch gegeben hat, ist das genau richtig. Wenn man jetzt anfängt, hier in Deutschland Standorte zu untersuchen, und das alles benutzt, was ich in der Zwischenzeit in den letzten drei Tagen im Internet gelesen habe an internationalen Wissensmöglichkeiten, und den Transfer, der auch schon stattgefunden hat, auch wirklich umgesetzt und solche Sachen, wie ich vorhin gesagt hatte, dass also das SKI aus Schweden und der Bertil Grundfelt hier beim BfS einen Kongress gehabt haben, ja bitte, da ist es doch. Jetzt sind wir so weit.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das würde doch aber heißen, dass jetzt auch eine alternative Standortuntersuchung an der Tagesordnung wäre.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Jens Petermann (DIE LINKE): Bei dem Wissensstand, den wir jetzt haben.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, das befürworte ich.

Jens Petermann (DIE LINKE): Und auch bei dem Wissensstand beispielsweise in puncto Asse. Da haben wir ja nun gesehen, wie schnell so ein Bergwerk absäuft.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Na ja, das ist peinlich, dass Sie es nennen. Das ist ein Riesenthema; ich möchte dazu nicht Stellung nehmen. Aber das wäre wirklich so ein - -

(Franz Obermeier (CDU/CSU): Das ist nicht unser Thema!)

- Ja, das ist nicht das Thema, aber das ist das, wo ich vorhin sagte: Ich habe früher mir diese GAUs kalkuliert und habe auch solche - - Das ist ja der typische Managementrisikofall, der eingetreten ist in Asse. Da ist kein Flugzeugabsturz, das ist keine Tektonik oder Erdbeben oder so. Das ist eines von den verschiedenen Risiken. Das hat hier stattgefunden, und jeder hat es vorher ausgeschlossen, und das muss von solchen Instituten, die das auch können, untersucht werden: Was ist dieses Risk Propagation? Was sind die Vernetzungen darin? Da gibt es Spezialisten; das machen Versicherungsmathematiker.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber Sie haben damals in Ihrer Zeit die damals schon vorhandenen Anfangserfahrungen der Asse nicht mit einbezogen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, das war mein Kollege Weistroffer. Der saß mir gegenüber. Das war sein Projekt. Asse damals war kein Problem. In Asse habe ich nur berechnet, auch was passiert, wenn dort ein Flugzeug oben aufs Gebäude stürzt. Ich habe es sogar hier noch dabei.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

- Nein, das ist Gorleben.

Also, ich habe dann immer mehr diese ganzen Risikoszenarien und Unwägbarkeiten verarbeitet, um zu sehen: Was für Bewertungsmaßstäbe brauchen wir, um ein Endlager oder Zwischenlager planen zu können? Also auf Deutsch gesagt: Ich muss wissen, was passiert, um dann festzustellen, der Beton muss soundso dick sein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie haben vorhin gesagt oder angedeutet, dass Studentengruppen ab einem gewissen Zeitpunkt mit Untersuchungen befasst waren, und haben auch durchblicken lassen, dass Sie da ziemlich verärgert waren. Womit waren diese Studentengruppen genau befasst, und können Sie noch mal genau erzählen, wie das zustande kam? Es erscheint mir ja doch etwas seltsam. Ich möchte jetzt den Studenten keine Ernsthaftigkeit oder sonst irgendwas absprechen. Aber wenn bei solch einem komplexen, neuartigen, bis zu dem Zeitpunkt einmaligen Projekt Studenten anscheinend ja auch mit wichtigeren Teilen der Erkundung befasst sind: Was genau haben die getan, und wie hat sich das ausgewirkt?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Lahmeyer war teuer - das sind sie wohl immer noch -, und die Universität Braunschweig hatte sich angeboten, mit den Studenten, die sie ja hatten, und irgendwelche Diplomarbeiten oder so, an Ort und Stelle für die Bauleitung abzustellen. Und da turnten immer einige herum - das ist ja auch interessant für die -, und der Professor Simon oder Simons damals hatte es der DWK angeboten, diese Bauleitung da zu machen, sodass Lahmeyer Stück für Stück auch nicht mehr notwendig war vor Ort, und das würde nämlich genau zu der Frage führen: Wann genau war ich vor Ort? Das blendete sich langsam aus. Wir sind da langsam durch die Konkurrenz rausgedrückt worden.

(Zuruf der Abg. Dorothee Menzner
(DIE LINKE) - Gegenruf des Abg.
Franz Obermeier (CDU/CSU): Lassen Sie es gut sein!)

- Ich habe es verstanden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, aber Sie sind nicht mehr dran mit der Fragezeit, ehrlich gesagt. In der nächsten Runde vielleicht wieder. Jetzt sind die Grünen dran. Jetzt aber zunächst die Grünen, bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Dr. Diettrich, guten Abend übrigens!

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Guten Abend!

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben uns ja noch nicht gesprochen.

Ich würde gerne noch mal zu dem Komplex geologische Struktur über dem Salzstock fragen, weil hier im Untersuchungsausschuss - sage ich mal - da ja manchmal ein bisschen was durcheinandergerät. Da haben wir immer gerne die Argumentation, dass wir ja heute kein geologisches Mehrbarrierenkonzept mehr haben, sondern einen einschlusswirksamen Gebirgsbereich und dass von daher diese ganze Deckgebirgsfrage irrelevant ist. Damals war das aber sehr wohl sehr wichtig, diese Mehrbarrieren auch geologischer Art, und dem Deckgebirge kam damals eine große Rolle zu.

Jetzt lese ich in dem *Frankfurter-Rundschau*-Artikel, der schon vielfach Thema war, und habe jetzt auch von Ihnen gehört, dass Sie damals durchaus Untersuchungen gemacht haben und auch Ergebnisse hatten, dass diese geologische Struktur über dem Salzstock zerklüftet war, dass die Gefahr, dass Oberflächenwasser in Kontakt mit dem Salzstock kommt, relativ groß ist und dass offensichtlich diese Information, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, zu denen gehörte, die nicht wirklich wahrgenommen wurden oder nicht wirklich weitergetragen wurden.

Das finde ich vor dem Hintergrund, dass man damals eigentlich erst angefangen hat, zu schauen: „Wo könnten wir den Atommüll denn lagern?“, und dass außerdem völlig unbestritten war seit 77 oder vielleicht noch vorher, dass man für ein Mehrbarrierensystem ein, wie es hieß, intaktes Deckgebirge braucht, ziemlich eigenartig. Ich wüsste gern noch mal, wie diese Debatten darüber eigentlich abgelaufen sind. Das ist jetzt ein bisschen viel verlangt. Ich will jetzt keine wörtliche Rede hören, aber woher kam der Unwille, diese Erkenntnisse aufzugreifen und entsprechend auch einzubringen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Der Begriff „Mehrbarrierensystem“ ist mir jetzt erst - also nicht heute, sondern in der letzten Zeit, womit wir uns hier befassen und ich mich vorbe-

reitet habe - über den Weg gekommen. Wir nannten es damals nicht Mehrbarrierensystem, sondern es war selbstverständlich - auch in anderen Bereichen in der Kernkraft, wo Lahmeyer arbeitete -, dass man mehrere Hüllen oder mehrere Risikozonen hatte, in denen die Emission gestoppt oder behindert wird. Es war selbstverständlich, dass ein Deckgebirge damals schon - - dass man, wenn man ein gutes Deckgebirge gehabt hätte, den Atommüll niemals einfach so ins Bergwerk getragen hätte. Also, es gab immer schon diese Dreiergruppierung. Das heißt, die Container selber sind eine Barriere, das Zweite ist das Salz aufgrund seiner physikalischen Eigenschaften, wenn es die denn auch wirklich hätte. Denn da macht man auch einen Fehler. Man nimmt nämlich die physikalischen Eigenschaften zum Jetzt-Zustand, wenn ich das Salz anfassen kann da unten - das hat ungefähr 42 Grad -, aber nicht, wenn es fast 1 000 Grad heiß ist und die Dinger anfangen zu strahlen. Das Dritte wäre und war damals auch die Barriere, sprich Deckgebirge, und zwar einfach deshalb: Man hatte nicht Angst, dass da unten die Container dann anfangen zu schwimmen, sondern man hatte einfach Angst, dass der Salzstock von oben langsam aufgenagt wird.

Diese Diskussion war eigentlich keine Diskussion - das war selbstverständlich -, und es konzentrierte sich eigentlich deshalb nur auf das Deckgebirge, weil das der Punkt war, aus zwei Gründen. Erstens: Einmal durchgerechnet von da oben und unten angekommen, ganz egal ob da unten noch Salz und Kupfermantel und was wäre, es wäre eine Katastrophe. Umgekehrt weniger.

Und das Dritte war: Sie müssen auch betrachten, wir waren damals Geologen. Wir haben einfach immer nur zum Deckgebirge Stellung genommen. Das lag so in unserem Scheuklappenbereich. Die anderen sehr komplexen Fragen machte die NUKEM in Hanau, und die haben uns nicht so berührt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich Ihnen mal noch eine Konsequenzfrage stellen? Entschuldigen Sie meine Ungeduld, aber wir haben hier so wenig Fragezeit in den kleinen Fraktionen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was ist denn eine Konsequenzfrage?)

- Ja, eine Konsequenzfrage, liebe Kollegen von der CDU; die Konsequenz aus dem heraus. - Hätte die Konsequenz nicht sein müs-

sen: Sie waren ja auch mit Endlagerung in anderen Ländern usw. befasst. Also, Sie waren ja kein Laie auf dem Gebiet. Hätte nach Ihrer Einschätzung damals das nicht ein Ausschlusskriterium für diesen Salzstock sein müssen, und man hätte sofort nach anderen Salzstöcken schauen müssen mit einem intakten Deckgebirge?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, vollkommen richtig. Also, diese Mangelhaftigkeit des Deckgebirges wollten wir - - Meine Empfehlung und auch die mit Herrn Schetelig war: Wir müssen sie besser untersuchen. Die paar Bohrungen - und auch, ob tief oder nicht - müssen bessere Aussagen machen können, nämlich mit diesen sogenannten Diskordanzverfahren. Das heißt, man stellt genau fest: Wo sind denn die Schwachstellen im Deckgebirge? Das war uns schon klar. Damit uns das Ganze nicht nachher einfach auch rein auftragsmäßig um die Ohren fliegt. Das war eine - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja eine starke Loyalität - das gefällt mir auch - zu der Firma Lahmeyer. Ich frage jetzt trotzdem: Wäre die Gefahr gewesen, hätte man diese Erkenntnisse dieses Deckgebirges ernst genommen, dass der Auftrag verlorengeliegt, weil Lahmeyer eventuell - - Man hätte sozusagen wieder zurück müssen auf den Punkt null und hätte neue Standorte suchen müssen. Wäre dann dieser Auftrag in Gefahr gewesen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Könnten Sie die Frage auch so formulieren, Frau Kollegin, dass es sich um eine Tatsachenbefragung des Zeugen handelt und nicht um eine Frage nach Wertungen und Einschätzungen?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Ihnen Gespräche, Einschätzungen usw. in Erinnerung, die nahegelegt haben, dass man diese Erkenntnis vielleicht nicht unbedingt weitertragen wollte, weil ansonsten der Auftrag eventuell in Gefahr gewesen wäre?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Dazu kann ich antworten, Frau Flachsbarth, keine Angst. Die hatte ich eigentlich schon beantwortet, indem ich das vorgelesen hatte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie beantworten alles. Das ging jetzt nur zwischen uns beiden.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, ja. - Die Firma Lahmeyer hätte sich sehr wohl gefreut, weiter dieses weitere Untersuchungskonzept machen zu können. Das wäre ein schöner, dicker Auftrag; der wäre schön weiterverfolgt worden. Er ist ja gerade durch nur Gorleben eingeeengt worden. Wir fuhrten ja nachher eine Schmalspur, und es ist ja nicht nur so üblich, was man als Auftrag hat, sondern wenn der Kunde sagt: „Wir haben eine Alternativenuntersuchung, macht die dann doch bitte auch noch weiter“ - das war ja alles im selben Konzern -, das wäre sehr positiv für uns gewesen, wenn wir die anderen Untersuchungen - Granit usw. - auch noch weitergeführt hätten, wie sie am Anfang nur erst mal theoretisch stattfanden.

Gorleben wurde - - Na, das lief so aus. Natürlich war da viel Bedauern. Da ging ein großer Auftrag einfach - - Der versandete. Aber das war uns kleinen Angestellten nicht das Anliegen, das zu betrauern. Das waren die Hochjahre der Wirtschaft. Da kamen so viele Aufträge rein, ob in Gorleben mehr oder weniger damals, hat uns nicht berührt.

Aber ich gebe Ihnen recht. Das, was Sie gefragt haben, bejahe ich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Fertig?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut.
(Zuruf)

- Ja, wir schauen mal. Wir haben ja immer noch was in petto. - Das Fragerecht geht jetzt an die CDU/CSU-Fraktion.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein, herzlichen Dank!)

- Keine weiteren Fragen. Dann geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion.

(Ute Vogt (SPD): Wir haben auch
keine weiteren Fragen!)

- Auch keine weiteren Fragen. An die FDP-Fraktion. - Keine weiteren Fragen. - Die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, ich danke, Frau Vorsitzende. - Erst mal möchte ich da weitermachen, wo wir eben miteinander aufgehört hatten. Also ich habe Sie richtig verstanden, dass Studenten dann nicht nur begleitend irgendwas untersucht haben, sondern regelrecht in der Bauleitung und in verantwortlicher Stelle eingesetzt wurden?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Nein, nein, nicht verantwortlich. Bauleitung. Ein kleiner Bauleiter ist nicht verantwortlich. Man nennt das auf Englisch einen „Sample Catcher“. Das ist also praktisch ein Probennehmer, der - - Und das ist ja hier in der Geologie immer so wichtig, das sogenannte erste Ansprechen der Bohrung. Wenn eine Bohrung erst mal vertütet oder im Sack oder in der Kiste ist und nachher im Institut landet, dann kann man alles Mögliche daraus interpretieren. Und viele der Ergebnisse, die die Qualität eines Gesteins schildern, sind nicht nur in der eigentlichen Bohrung oder im Bohrkern zu sehen, sondern in der Art und Weise, wie sie aus der Erde kommen, ob mühsam, dreckig, gut, schlecht, zerbröselt. Deshalb muss einer an Ort und Stelle sein, Tag und Nacht, 24 Stunden, wenn gebohrt wird, und gucken bei der Bohrung, was herauskommt. Das ist eine ganz wichtige Sache bei einer beschreibenden Wissenschaft. Das ist so, wie die Krankenschwester 24 Stunden am Bett des Herzpatienten ist, der muss permanent beobachtet werden. Und das war einfach wichtig, dass das passierte unter fachlichen Augen. Und das war meine Kritik oder unsere Kritik, dass wir da hinausgedrängt wurden und dass das nachher Studenten machten, weil die billiger waren. Ich sage das jetzt mal so. Aber das ist das, was wir sagten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie haben eben ausgeführt, dass dem Deckgebirge auch damals eine entscheidende Bedeutung beigemessen wurde - da habe ich Sie richtig verstanden? - im Rahmen des Mehrbarriersystems. Inwiefern hat es da eine Rolle gespielt, dass man ja nur einen Teil des gesamten Salzstockes sozusagen untersuchen konnte, auch wenn alte Karten - ich gebe Ihnen die gerne gleich rüber - aus dem Jahr 77 - MAT A 138, Band 29 - ja suggerieren, der Salzstock würde mitten in der Elbe enden? Ich bringe Ihnen die gleich runter. Dann, denke ich mal, wussten Sie sehr wohl, dass nicht mitten in der Elbe Schluss war mit dem Salzstock, oder täusche ich mich da?

(Dem Zeugen werden Unterlagen
vorgelegt)

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Sie täuschen sich gar nicht. Das war allgemeines Geologenwissen, vor allen Dingen von solchen Menschen, die da oben wie in Kiel sitzen. Das gehört einfach zu dem Allgemeinwissen. Ich sagte ja vorhin auch, dass ich in Wunstorf im Salz gearbeitet habe. Mehr oder weniger sind das dieselben Salzformationen. Die ganze Gegend da oben ist versalzen, in Anführungsstrichen. Das Salz hört nicht auf. Das ging über die DDR-Grenze rüber. Das war damals ja auch einer der Gründe, weshalb wir überhaupt an dieser Ecke saßen: Zonenrandgebiet war politisch problemlos und außerdem attraktiv für die armen Anrainer, die immer noch mit ihren 7 Prozent Mehrwertsteuer davon träumten, einmal reich zu werden. Das war ein Grund, weshalb wir dort saßen und nirgendwo anders.

Also: Politisch DDR-Grenze. Strukturförderung: Ein Riesenprojekt in das Zonenrandgebiet, und ansonsten der Salzstock generell in Deutschland gut erkundet, groß etc., war an dieser Stelle gut erreichbar.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wie kommen dann solche Pläne zustande von der PTB? Sie haben eben gesagt, das war allgemeines Geologenwissen, dass der in die DDR reinreichte. Und dann doch noch mal nachhakend: Was hat das für Sie dann im Hinblick auf Mehrbarriersystem bedeutet? Man konnte ja, wenn man denn gewollt hat und entsprechend aufwendig gearbeitet hat, sehr wohl den westlichen Teil sehr genau untersuchen, aber zumindest damals hatte man ja auf den östlichen Teil keinen Zugriff. Oder vielleicht doch?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Sehr gute Frage. Ich habe es schon in einem Stichwort gesagt: Es gehörte sehr viel über das Wissen der Salzstöcke generell zum Geologenstandard. Also, wenn ich bei Herrn Duphorn in der Prüfung gewesen wäre, und er hätte mich was gefragt über den Salzstock auf der anderen Seite der DDR-Grenze, und ich hätte es nicht gewusst, dann hätte er gesagt: Kommen Sie in einem Jahr noch mal wieder. - Man wusste sehr viel über den Salzstock. Die Geologen wissen sehr viel. Man weiß nur nicht so genau hundertprozentig Bescheid über die Details, die man nachher hier sehr genau erbohrt hatte.

Aber ich muss Ihnen auch was aus der Schule plaudern: Es gab damals sehr gute Quellen von DDR-Flüchtlingen, die in dem Bergbau arbeiteten, und ich glaube sehr wohl damals, dass wir sagten: Das ist doch kein Problem. Da fragen wir die und die. Die haben da drüben gearbeitet.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Gab es da offizielle, halboffizielle Kontakte? Und dann müsste Ihnen ja zumindest auch die Gasexplosion bei Lenzen 1969 bekannt gewesen sein und folglich zumindest im Hinterkopf gewesen sein, dass da eine Problematik lauern könnte, die noch einer genaueren Untersuchung bedarf.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, da bringen Sie jetzt drei Sachen zusammen, die schwierig zusammenzubringen sind.

Erstens. Wir hatten keine inoffiziellen Kontakte, sondern das waren - so leid es mir tut, aber das hat es gegeben - DDR-Flüchtlinge, die gerne im Westen in den Bergbau gingen.

Das Zweite war: Diese Gasvorkommen sind generell an solche ähnlichen geologischen Strukturen - generell, Vorsicht - verbunden, aus folgendem Grund: Erdöl, Salzstock, Anhydrit, Tone kommen oft zusammen vor. Meistens ist das Gas schon längst weg. Von einigen Punkten ist das Gas noch nicht weg und wird auch erbohrt und wird erschlossen, genutzt. In Gorleben - das ist jetzt mein Wissen von damals; ich habe mich danach nicht weiter darum gekümmert - hatte ich oder hatten wir damals den Eindruck, dass es gar kein Gas mehr geben könnte, nämlich aus dem gleichen Grund, weshalb Wasser nach unten gehen kann. Wenn Wasser nach unten gehen kann, ist das Gas schon längst weg. Deshalb hatten wir damals keine Angst, dass uns irgendwie Gas ein Faktor sein könnte, der das Ganze nicht geeignet erscheinen lassen würde.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also Sie hatten keine Kenntnis, dass auf DDR-Seite gebohrt wurde nach Gasen und dass es eine Explosion ein paar Jahre vorher gegeben hatte?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Da ja⁷, aber nicht hier am Standort Gorleben, wegen

⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Da ja“, setze „Ja ja“, Anlage 2

der Gorlebener Rinne und wegen der Zerklüftung des Deckgebirges.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dann noch mal zu den Kontakten. Es gab also Informationen über die Ostseite über DDR-Flüchtlinge, aber es gab keine - zumindest nach Ihrem Kenntnisstand - Kontakte zu DDR-Bergbehörden oder offiziell zu DDR-Geologen, wo man mal gefragt hat: „Könnt ihr uns vielleicht mit Wissen aushelfen?“ oder irgendwas in der Art?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Könnte sein; weiß ich nicht. Ich vermute es nicht. Ich hätte dieses Wissen gerne genommen. Es ist nie an uns herangetragen worden. Ich muss aber auch umgekehrt sagen, auch meine Unbedarftheit damals: Ich habe auch nicht nach gefragt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann geht das Fragerecht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch eine Frage anschließen an die Deckgebirgsunterhaltung gerade eben. Auftraggeber war ja die DWK, und die DWK war dann also diejenige. Lahmeyer hätte nichts dagegen gehabt, auch andere Salzstöcke zu untersuchen. Dann war also die DWK diejenige, die diese Kenntnisse über die geologische Struktur über dem Salzstock nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Aus welchem Grund?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich muss da weiter gehen. Das ist nicht nur die DWK. Die Gespräche mit der DWK waren sehr sporadisch und oft nur auftragsmäßiger Natur. Fachaustausch fand von uns nicht im Beisein, sondern direkt durch, sagen wir mal, sogenannten Fachkontakt auf Basisebene mit dem NLfB und mit der PTB statt. Da war die DWK auch gar nicht daran interessiert, irgendwie dabei sein zu wollen. Also, die fachlichen Inhalte hatte die DWK damals nicht mit begleitet, wenn wir sie rüberbrachten oder zusammen besprachen mit NLfB oder PTB. - Beantwortet das das?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, für die DWK. Aber wer war dann der Blockierer bei der Weitergabe dieser Erkenntnisse oder beim Zur-Kennntnis-

Nehmen dieser doch entscheidenden Erkenntnisse?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, ich vermute aufgrund dessen, was ich in den Gesprächen dann nachher hörte über die Endform der Berichte, dass die - - Nein, ich weiß es nicht. Es fehlt mir - - The missing link.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist okay. Danke.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Also, das funktioniert nicht, dass ich da jetzt irgendwie die DWK festnageln oder - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will auch nicht, dass Sie spekulieren. Sie wissen es nicht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich gerne noch eine Frage stellen. Sie haben ja relativ am Anfang auf die Frage des Kollegen Grindel, was das denn alles mit NUKEM zu tun hätte, darauf hingewiesen, dass NUKEM eigentlich ab einem bestimmten Zeitpunkt fachlich federführend war. Da würde ich gerne wissen, wie sich das konkret ausgewirkt hat, und würde gerne wissen, weil ich vermute - - Oder ich weiß, dass NUKEM, Alkem, Gelsenberg, KEWA, die DWK und diverse Energieversorgungsunternehmen in die Debatte eigentlich und auch in Projekte verwickelt waren. Was wissen Sie darüber, wie die Firma Lahmeyer mit den Genannten gesellschaftlich-rechtlich zusammenhing, und hatten die eventuell auch noch weitere gemeinsame Projekte?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja. Sie müssen sich das viel unkomplizierter vorstellen: Lahmeyer Ingenieur GmbH, wo ich war, die Lahmeyer International und die NUKEM, das war wie eine große Familie, nur, wir hatten alle einen anderen Geschäftsführer. Aber im Prinzip hatten wir denselben Eingang oder dieselben Büros. Mal arbeitete ich direkt bei der Lahmeyer International in Niederrath und hatte dort meinen Platz, um das Projekt zu machen, oder ich ging zur NUKEM und verbrachte dort eine halbe Woche und hatte dann dort mein Büro mit Herrn Bertil Grundfelt. Das ist nur so zum Äußeren. Das war alles relativ unkomplizierte, kollegiale Facharbeit.

Die NUKEM gehörte mit zum Konzern, und gewisse Fragen aus der Nuklearabteilung von Lahmeyer International, deren Leiter der Herr Gräber war, wurden einfach an Kollegen in NUKEM - - Ich habe den Namen nicht mehr Kopf. Der sagte: „Du bist der Fachmann. Bitte mach das mit Herrn Diettrich.“ Und da ging ich auch hin, ohne jetzt groß die Hintergründe zu recherchieren, sondern das war eine Dienstabteilung innerhalb des Konzerns.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte ja auch noch auf ALKEM, Gelsenberg, die KEWA und die DWK abgehoben bzw. nach Energieversorgungsunternehmen gefragt.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, DWK ist ganz klar. Da hieß es auch immer: Prima, da haben wir einen Kunden, der gehört zum Konzern, die Aufträge sind uns sicher.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gelsenberg und die KEWA?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich kann mich - - Also, KEWA kam doch erst später, oder?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Ihnen die mal untergekommen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ich weiß es nicht. Ein Name, der erst später - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die KEWA waren diejenigen, die mit an der Auswahl, an der Benennung und an Vorschlägen für Standorte beteiligt waren.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, ja. Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das stand nicht in - - Also, nicht in Lüchow-Dannenberg. Es kann sein, dass da ein KEWA-Mann war, aber - - Wissen Sie, wir begrüßten uns alle mit demselben Gruß, und der hieß „RWE“.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man versucht sich ja auch nur über die verschiedenen Verbindungen schlauzumachen, weil das ja auch mit Änderungen, die Sie vorhin beschrieben haben, möglicherweise zu tun haben kann. Dann hatte ich jetzt ja noch gefragt, mit welchen

Firmen es da gemeinsame Projekte gab. Aber ich würde gerne abschließend noch mal hören: Was hat den letzten Ausschlag gegeben, dass sich Lahmeyer aus diesem ganzen Gorleben-Projekt zurückgezogen hat?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, also, wie gesagt, die Konzentration auf Gorleben. Das heißt, die Großuntersuchung reduzierte sich auf Gorleben. Die Untersuchungen wurden vom Umfang und von der Art und Weise reduziert. Die Abstellung des Personals, was ja eigentlich immer besonders viel Geld bringt - Baustellenabstellung ist etwas, wovon eine Firma leben kann, gut leben kann -, das dünnte sich aus, weil ja, wie gesagt, der Konkurrent Professor Simons von der Uni Braunschweig hineinkam. Dann war die Firma in der Fusion. Das heißt also, viele von den Abteilungen lösten sich auf, Lahmeyer Ingenieur GmbH und Lahmeyer International. Insoweit gab es keine echte Führung mehr. Professor Schetelig war weg. Seine Abteilung war verwaist. Wir wurschtelten alleine weiter.

Ich glaube, die Fusion mit Lahmeyer war insoweit auch die Weichenstellung, dass Lahmeyer International, die ja den Auftrag, wenn man so will, an die NUKEM gegeben hatte, gar nicht so sehr daran interessiert war als Firma, sondern deren Geschäft war es, international riesige Kraftwerksprojekte im Ausland zu machen, Staudämme, Flussbau, andere Kraftwerke. Das waren die großen Abteilungen, die Geld brachten. Die Nuklearabteilung - ich weiß nicht, ob - - Ich glaube, es war damals schon so das Gerücht, es ist schwierig, weiter Kernkraftwerke zu bauen. Ich weiß es nicht. Das Geschäftsfeld schwenkte in Richtung Ausland, mit einem ganz anderen Portfolio.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, vielen Dank. - Dann sind wir noch mal am Ende einer Berliner Runde, und ich gucke noch mal in die Runde. - Bei der CDU/CSU gibt es Kopfschütteln, bei der SPD schüttelt es auch, bei der FDP schüttelt es auch. Dann sind wir noch mal bei den beiden kleinen Fraktionen. Wie sieht es bei den Linken aus?

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Nein!)

- Auch nicht mehr. Und bei den Grünen? - Danke, Nicken. Wunderbar.

Dann sind wir tatsächlich am Ende unserer Befragung. Ich möchte gerade noch den formalen Abschluss vornehmen.

Herr Dr. Diettrich, das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. Gibt es dazu von Ihrer Seite noch Fragen?

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Zu dem, was Sie eben gesagt haben, gibt es keine Fragen.

Ich möchte Ihnen offiziell die Dokumente übergeben, von denen ich gesprochen habe, -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: - und ich möchte zur Einfachheit darauf bestehen, dass mein offizieller Wohnsitz in Frankreich im Moment nicht bestückt ist und es so vielleicht besser gehandhabt werden könnte, wenn die Unterlagen an die Adresse meiner Tochter in Berlin gesendet werden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, wenn Sie uns die Adresse, damit die Adresse nicht auch noch im Protokoll auftaucht, freundlicherweise dann schriftlich zukommen lassen würden. Ein Mitarbeiter des Sekretariats ist gerade schon auf dem Weg. Wenn Sie Herrn Hirte dann tatsächlich auch noch diese Adresse zukommen lassen würden, dann wäre das wunderbar.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann bedanke ich mich sehr herzlich, einmal bei Ihnen natürlich. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen und natürlich auch bei den Stenografen. - Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte nur noch darum bitten, Frau Vorsitzende, dass wir den Eingangsvortrag bekommen.

Zeuge Dr. Thomas Diettrich: Ja, davon redete ich eben. Den bekommen Sie hiermit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Das ist wunderbar. Die gesammelten Unterlagen werden Ihnen natürlich zugestellt. Ich schließe die Sitzung. Herzlichen Dank. Schönen Abend.

(Schluss: 17.33 Uhr)

Prof. Dr. K. Schetelig [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Deutscher Bundestag
Sekretariat PA 25
z.Hd. Frau Margot Heimbach
Platz der Republik 1

11011 Berlin

1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode
Eingang: 03. März 2011
Tgb.-Nr. 80

Ihr Zeichen
PA 25 - 5432

Ihr Schreiben
16.02.2011

Unser Zeichen
sc-ja

Datum
2. März 2011 3

Betr.: 1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode
Protokoll der Anhörung am 10. Februar 2011

Sehr geehrte Frau Heimbach,

für die Übersendung der vorläufigen Fassung des Stenographischen Protokolls der Anhörung am 10. Februar 2011 bedanke ich mich bestens. Diese Fassung habe ich durchgesehen und sende sie Ihnen als Anlage wieder zurück. Zu folgenden Punkten habe ich kleine Änderungen eingefügt:

- Seite 3, linke Spalte, letzter Absatz: statt „Salzkristallin“ getrennt „Salz, Kristallin“
- Seite 4, rechte Spalte, 2. Absatz: statt „2-400 Meter“ „200-400 Meter“ (um Missverständnisse zu vermeiden)

Ergänzend kann ich zu Seite 25, den Fragen zu dem Telefongespräch mit Herrn Wille, Redakteur der „Frankfurter Rundschau“, noch mitteilen, dass mich Herr Wille am Ende des Telefongesprächs um eine kurze Telefonnotiz mit Bestätigung der wichtigsten Aussagen gebeten hatte. Dieser Bitte habe ich entsprochen. In der Anhörung habe ich daran nicht mehr gedacht.

Abschließend möchte ich Ihnen und Ihrem Team meine große Anerkennung dazu aussprechen, einen so ungewohnten Sachverhalt derart detailliert und fehlerfrei zu dokumentieren.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

(Prof. Dr. K. Schetelig)

Anlage

80

Thomas Diettrich



Deutscher Bundestag

Erster Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode

Leiterin Sekretariat PA 25

z.H. Frau Margot Heimbach

Platz der Republik 1

11011 Berlin

20. Februar 2011

GZ PA 25 - 5432; PUA Gorleben Anhörung 10.02.2011

Hier: Berichtigung Protokoll 33.Sitzung am 10.02.2011 durch Zeugen Thomas Diettrich.

Sehr geehrte Frau Heimbach,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 16. Februar 2011 mit der Zusendung des stenographischen Protokolls ("vorläufig"), sende ich Ihnen hiermit meine "Berichtigungen" wie folgt:

1) **Seite 52**, linke Spalte, 1 Absatz, 5. Zeile:

Falsch ist: "... KE-System über die Technologie des Bohrens..."

Richtig ist: "... KI-System über die Technologie des Bohrens..."

("KI-System" = Abkürzung für: "Künstliche-Intelligenz-System")

2) **Seite 62**, rechte Spalte, 4. Absatz, 5. Zeile:

Falsch ist: "... Diese internationalen Darstellungen von 10⁻¹² ..." ("hoch minus zwölf")

Richtig ist: "... Diese internationalen Darstellungen von 10⁻¹¹ ..." ("hoch minus elf")

3) **Seite 68**, rechte Spalte, 1. Absatz, 2. Zeile:

Falsch ist: "... ist natürlich **weniger** bedauerlich. ..."

Richtig ist: "... ist natürlich bedauerlich. ..."

4) **Seite 76**, rechte Spalte, 6. Absatz, 1. Zeile:

Falsch ist: "...Zeuge Dr. Thomas Diettrich: **Da ja**, aber ..."

Richtig ist: "...Zeuge Dr. Thomas Diettrich: **Ja ja**, aber ..."

"Ergänzungen" habe ich keine hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Diettrich